

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 22. Februar 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1984.

Zur Charakteristik der „anständigen“ Presse.

Die Presse ist in dem Entwicklungsstadium, auf welchem sie angelangt ist, der gefährlichste, der wahre Feind des Volkes, ein um so gefährlicherer, als er verläpft auftritt. Ihre Ungegenwartigkeit, ihre Verkommenheit, ihre Unstillschicklichkeit werden von nichts anderem überboten, als vielleicht von ihrer Unwissenheit. . . Täglich Lügen, Lügen in reinen, puren Tatsachen, Tatsachen erfunden, Tatsachen in ihr Gegenteil gestellt — das waren die Waffen, mit denen man uns belämpfte! Und was der Schamlosigkeit die Krone aufsetzte, war, daß man sich in den allermeisten Fällen weigerte, auch nur eine Verichtigung zu bringen. Es waren die seltensten Ausnahmefälle, in denen hin und wieder einmal ein liberales Blatt sich dazu entschloß.

Mit diesen Worten charakterisierte Lassalle in seiner bekannten Rede über „Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag“, die er im September 1863 vor den Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Barmen, Solingen und Düsseldorf hielt, den damaligen Entwicklungsstand der kapitalistischen Presse in Deutschland — damals vor mehr als 40 Jahren, als der deutsche Kapitalismus und das kapitalistische Zeitungswesen noch in den Kinderschuhen steckten. Seitdem hat die kapitalistische Presse Riesenschritte gemacht und noch mehr als ihre Ausdehnung stieg ihre Korruption. Sie hat seitdem die Gründerperiode nach dem deutsch-französischen Kriege erlebt; sie hat ihre Fälle Lindau und Hammerstein gehabt, und die Zahl der ihr nachgewiesenen Bestechungen hat sich bis zu den Enthüllungen des Commerzbankprozesses vermehrt, daß eine Darstellung aller dieser Fälle einen stattlichen Verkonband füllen würde. Allein die Spezialgeschichte einzelner Handelsredaktionen liefert ein recht ansehnliches Material zu dem Kapital „Finanz und Presse“. Hat doch z. B. allein die „Vossische Zeitung“ ihre beachtenswerten Fälle Ebeling, Schweizer, Dury und Moritz Meyer.

Zwar die Diskontogesellschaft existierte schon zu Lassalles Zeit, schon seit 1851. Sie hatte auch 1856 schon ihre Umwandlung von einer einfachen Kreditgesellschaft in eine wirkliche Bank zur Finanzierung industrieller Unternehmungen vollzogen, und David Hansemann hatte bereits 1857 das Berg- und Hüttenwerk „Henrichshütte“ angekauft; doch die große Periode der Diskontobank als Spekulationsbank und damit ihre enge Verbindung mit der kapitalistischen Presse datieren erst seit den Gründerjahren, die dem deutsch-französischen Kriege folgten. Um für die Patrie ihrer verschiedenen Industrie- und Eisenbahnunternehmungen den gewünschten Absatz im Publikum zu finden, suchte die Diskontogesellschaft gute Verbindungen mit der Presse, und bei der Zugänglichkeit der liberalen Blätter gelang ihr dieses Bemühen vorzüglich. Zwar fiel der größte Teil des Publikums bei den von der Diskontogesellschaft emittierten Papieren hinein, aber die Diskontogesellschaft erzielte ansehnliche Profite und für die Blätter, die sich zu Empfehlungen der schönen Spekulationsunternehmungen bereit finden ließen, fielen gute Huppen ab. Die Beziehungen zwischen Bank und Presse erwiesen sich also wertvoll für beide Teile, daß sie nicht nur fortgesetzt, sondern noch weiter ausgebaut wurden, und Herr Generalkonsul Russel als Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft 1892 vor der Vörsenquotekommission erklärte:

„Im allgemeinen müssen wir mit der Tatsache rechnen: das Preshgewerbe ist an erster Stelle heute ein Gewerbe, ein kaufmännisches Unternehmen für den Unternehmer der Presse. Der Eigentümer der Zeitung will aus der Zeitung einen Ueberfluß erzielen; er wird demzufolge regelmäßig darauf angewiesen sein, sich umfangreiche, namentlich gut bezahlte Inserate zu beschaffen. Das Bestreben, diese Inserate zu bekommen, ist ein berechtigtes und geht ausnahmslos wohl durch die ganze Presse; durch diejenige Presse, die sich häufig der Vorse am feindslichsten zeigt, ganz in dem gleichen Grade. Es ist oft gar nicht zu sagen, welchen Bestürmungen durch Agenten wir regelmäßig zur Zeit vor öffentlichen Emissionen irgend welcher Art ausgegesetzt werden, und ich kann wiederum nur sagen, daß in sehr vielen Fällen, wenn man der betreffenden Zeitung das Inserat nicht gibt, dann am folgenden Tage ein ungünstiger Artikel über die betreffende Emission in der Zeitung steht, oder, falls die Zeitung nach der Richtung hin vielleicht etwas vorsichtig ist, sonst ein mißliebiger Artikel. Das gilt nicht für alle Zeitungen, aber es ist naturgemäß, daß, wer mit seinen Unternehmungen auf die Öffentlichkeit angewiesen ist, es unliebsam bemerkt, wenn sein Unternehmen gerade in demjenigen Zeitpunkt, wo es emittiert wird, derartigen nicht sofort in dem Moment widerlegbaren Kritiken ausgesetzt ist; und daß hiernach durch die Presse geradezu ein gewisser Druck auf die Emissionsinstitute geübt wird, ihnen die Inserate in einem weiteren Umfange zuzuwenden, als es die Emissionsinstitute fast vielleicht tun würden.“

Unter der Bedingung, daß die Beziehung der Banken zur Presse sich auf die „anständigen“ Blätter beschränkt, fand Herr Russel denn auch durchaus nichts „Bedeutendes“ darin, wenn die Banken die Handelsredaktionen inspirieren,

und falls diese solchen Inspirationen folgen, sich ihnen gegenüber erkenntlich zeigen: „Ich finde“, meinte er, „darin, wenn es in den Grenzen einer ehrlichen und ordentlichen Leistung und Gegenleistung stattfindet, auch nichts Bedenktliches. Auch die schriftstellerische Tätigkeit in ihren verschiedenen Stadien, von der Tagesliteratur bis zur Monatschrift usw. beansprucht ein Honorar.“

Aber die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen zur Presse ist nicht nur von der Diskontogesellschaft gepflegt worden — wenigstens diese in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts besonders Beträchtliches auf diesem Gebiete leistete — sie ist allgemeiner Geschäftsgebrauch geworden. So erzählte z. B. Herr Dr. Müller, Handelsredakteur der „Kreuz-Zeitung“, vor der Vörsenquotekommission folgende Erfahrung:

„Ich bin vor etwa drei Jahren an die Borse gekommen als Vertreter des Reichsbankens. Sehr bald bekam ich ein eingetragenes Akzept geschickt mit einigen hundert Mark und der Bistitenkarte des Bankiers. Darauf stand: „Anbei Ihre Beteiligung an der und der Emission“. Ich schickte Geld und Bistitenkarte sofort zurück. Ich erkundigte mich unter Kollegen, wessen Fürsorge ich es zu verdanken hatte, daß der Bankier meine Adresse erfahren habe; da sagte mir einer: „Das konnte der dumme Mensch auch wissen, daß sie das Geld so nicht annehmen würden. Es konnte ja jemand dabei sein, während Sie das Akzept öffneten. So muß es nicht gemacht werden.“ Ich will ihm sagen, daß er Ihnen ein Konto eröffnen und Ihnen mitteilen soll, daß er Ihnen so und so viel Aktien zugeteilt hat. Ich sagte: „Bitte, lassen Sie das, der Fall ist erledigt.“

Diese Auskunft warte mich darüber auf, unter welchen Vorsichtsmaßnahmen die sogenannten Preshbeteiligungen an den Mann gebracht zu werden pflegen. Um nicht als Denunziator zu erscheinen, sah ich im Einverständnis mit meinem Chefredakteur von einer Veröffentlichung des bestimmten Falles ab. Das war nun kein großer Bankier. Später kam aber laum eine größere Emission vor, ohne daß der eine oder der andere von meinen Kollegen zu mir gekommen wäre und mir gesagt hätte: „Haben Sie schon die Beteiligung an der und der Emission?“ — In diesen Tagen gibt die und die Bank ihre Halbjahresgratifikationen an die Presse aus. — Sie stehen doch auch auf der Liste? —

„Nein, ich vermeide es sogar so viel wie möglich, den Herren bekannt zu werden.“ — „Es ist doch gar nichts dabei, es tun ja fast alle, und es handelt sich jährlich um viele Tausende von Mark; kommen Sie her, ich stelle Sie vor.“ . . .

Durch solche und andere Mitteilungen von Vörsenredakteuren, für die ich stets auch von anderer Seite glaubwürdige Bestätigung fand, bin ich allmählich in das ganze System der Beteiligungen eingeweiht worden und finde hierin eines der wirksamsten Mittel der Großfinanz, ihre einzelnen Operationen mit Erfolg durchzuführen und sich im allgemeinen ein glänzendes Renommee zu verschaffen. Ein Redakteur, der regelmäßig Gratifikationen von jährlich mehreren Tausend Mark von jeder großen Bank oder doch den meisten bezieht, kann von diesen Instituten und Firmen immer nur mit der Devotion eines Angestellten schreiben, und da weitaus die Mehrzahl aller von einem wohlhabenden Publikum gelesten Zeitungen unter diesem Banne steht, so sind die Banken, welche das Vörsengeschäft beherrschen, jeder wirksamen Kritik entzogen. . .

Bei der portugiesischen Tabakmonopolanleihe bewilligte das Konfession der hiesigen Emissionsstelle 100 000 M. zur baren Verteilung an die Berliner Presse (nicht etwa zu Inseraten) . . .

Allerdings behauptet heute allgemein die „anständige“ Presse, die vielen Bestechungen hätten aufgehört. Man braucht nur an die bekannte Entlassung der Dresdener Handelsredakteure, an das im Commerzbankprozess zum Vorschein gekommene Spezial-Ausgabenbuch der Direktoren Romeid und Schulz mit seinen Notizen über die an Redakteure und Mitarbeiter von Vörsenblättern gezahlten Vergütungen zu erinnern, um den Wert dieser Behauptung zu kennzeichnen. Auch der in voriger Woche verhandelte Prozess des Reichsgläubners Gehlsen hat, wenn er sich auch auf Vorgänge bezieht, die schon um 8-9 Jahre zurückliegen, aufs neue bewiesen, wie freigiebig Kreditinstitute unter gewissen Bedingungen sein können.

Eine Hauptursache der Korruption liegt darin, daß die Zeitungsmache zu einem kapitalistischen Geschäftsbetrieb geworden ist. Schon in seiner Rheinischen Zeitung schrieb Marx: „Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein.“ Tatsächlich aber hat, wie auch Generalkonsul Russel in seiner obigen Aussage erklärt, die kapitalistische Entwicklung dahin geführt, daß die Presse heute ein kaufmännisches Unternehmen ist — ein Unternehmen, das nach kaufmännischen Grundsätzen betrieben wird. Wie der eine Unternehmer zum Zweck der Erzielung eines möglichst hohen Profites eine Kattun- oder Seidenfabrik errichtet und Kattun oder Seide herstellen läßt, so gründet der andere, wenn es profitabler erscheint, eine Zeitung und macht in öffentlicher Meinung. Entscheidend dafür ist der Geschäftsgewinn; Tendenz und Ueberzeugung sind Nebensache. Ist in der Gegend, wo die Zeitung gegründet wird, eine liberale kaufkräftige Geschäftsbourgeoisie vorhanden, so wird das Blatt nationalliberal oder freisinnig, je nachdem, was am vorteilhaftesten erscheint. Hat hingegen die Gegend einen ausgebeuteten kleinen Mittelstand und eine wohlhabende Bauern-

bevölkerung, so wird das Blatt konservativ und antisemitisch. Manchmal geben auch dieselben Unternehmer, um dem Geschmack des Ortspublikums entgegenzukommen, unter verschiedenenfirmen Blätter verschiedener Tendenz heraus; oder man wechselt, wenn der politische Geschmack des Publikums sich ändert, die Tendenz und läßt, wie z. B. erst jüngst in Gotha, das freisinnige Blatt nationalliberal oder konservativ werden. Sind die beschäftigten Redakteure nach bürgerlichen Begriffen „anständig“, so vollziehen sie mit dem Tendenzwechsel des Blattes zugleich einen Wechsel ihrer Ueberzeugung und begeistern sich, falls sie bisher für den freisinnigen Bürgerstolz fochten, fortan für die nationale Profitpolitik eines Wasserbauers oder die Scharfmacherei des Herrn von Fedlik. Haben aber die Redakteure das Wesen der höheren bürgerlichen Anständigkeit noch nicht genügend begriffen, wie jüngst Herr Walter vom „Gothaischen Tageblatt“, und weigern sie sich, vom Januar ab das Gegenteil von dem zu behaupten, was sie bis zum 31. Dezember als ihre Ueberzeugung vertreten haben, so werden sie entlassen. Auswahl ist vorhanden.

Vielsach, besonders in großen Städten, erscheint es den Zeitungsunternehmern vorteilhafter, in ihrem Blatt überhaupt keine bestimmte politische Tendenz zu verfolgen. Vielleicht ist die politische Presse schon allzu reichlich vertreten und hat um sich ein Stammpublikum gesammelt, in das sich schwer eindringen läßt, während andererseits ein großes, nichtpolitisches Geschäftspublikum vorhanden ist, das die Zeitungen lediglich als Reklame- und Unterhaltungsmittel betrachtet und nicht eine politische Kost vorseht haben will, die an sein Denkbemögen irgend welche Anforderungen stellt. In solchem Fall erscheint es vorteilhafter, sogenannte unparteiische Lokal- oder Generalanzeiger herauszugeben. Sie finden, wie die Erfahrung lehrt, bei geschickter Mache großen Absatz. Allerdings politisch unparteiisch sind diese Blätter nicht und können sie nicht sein, denn dann müßten sie vollständig auf alle politischen Nachrichten verzichten. Schon in der Auswahl dieser Nachrichten, d. h. in dem, was sie bringen und was sie fortlassen, schon in der Form, in der sie ihre Notizen veröffentlichen, steckt eine Tendenz. Tatsächlich besteht die „Parteilosigkeit“ dieser Blätter nur darin, daß sie nicht konsequent eine bestimmte Politik verfolgen, sondern nur ganz allgemein eine gewisse politische Richtung einhalten. Aber eine politische Richtung haben sie alle; der Scharfsche „Berliner Lokal-Anzeiger“ z. B. eine gemäßigtkonservativ-regierungsfreundliche Richtung, die „Organpost“ eine sogenannte freisinnige Richtung, und zwar je nachdem es für die geschäftlichen Interessen des Blattes vorteilhafter erscheint, das eine Mal mit einem starken mittelständlerischen, das andere Mal mit einem gewissen arbeitervreundlichen Einschlag.

Ob aber diese Presse parteipolitisch geeicht ist, oder ob sie sich selbst als „unparteiisch“ bezeichnet, in jedem Fall bedarf sie, um ihren Zweck der Profitmacherei zu erfüllen, der Gunst der sogenannten kapitalkräftigen Kreise. Selbst wenn ein Blatt dieser Art auf jede direkte Unterstützung verzichtet, bedarf es doch, um sein geschäftstreibendes Publikum zu befriedigen, mancher Information, die es nur aus diesen Kreisen selbst zu beziehen vermag und nur erhält, wenn es sich manierlich zeigt. Es muß ferner darauf halten, daß ihm die großen hochbezahlten Anzeigen der Banken und Aktiengesellschaften für seinen Inseratenteil nicht verloren gehen, und es muß außerdem darauf achten, daß es bei Konflikten zwischen dem Unternehmertum und der Arbeiterkraft, z. B. bei Streiks, nicht seine kapitalistische Leserschaft vor den Kopf stoßt. Daher vollzieht sich, seit Lassalle seine oben erwähnte Rede hielt, in der Zeitungswelt eine für unsere heutige Wirtschaftsordnung höchst charakteristische Umwälzung. Die Prinzipblätter verschwinden immer mehr und an ihre Stelle treten politische und unpolitische Geschäftsblätter.

Und neben dieser zeigt sich eine andere Erscheinung. Wie einerseits die Zeitungsunternehmer sich das Wohlwollen der Finanz- und der großen Geschäftswelt zu erhalten suchen, so trachten andererseits Finanz- und Großindustrie dahin, sich einen bestimmenden Einfluß auf die Presse zu sichern, um diese zu zwingen, nicht nur die allgemeinen kapitalistischen Interessen zu vertreten, sondern außerdem die besondere Geschäftspolitik der betreffenden Finanz- und Unternehmerrgruppen und zugleich mit Hochdruck jene Partei zu bekämpfen, die sich der Ausnutzung der staatlichen Institutionen zum Vorteil der kapitalistischen Gruppen am energischsten widersetzt: der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Zu diesem Zweck werden entweder bestehende Blätter von den Interessenten durch Massenabonnements, Zuwendung von Anzeigen, Druckaufträgen und bare Zuschüsse zu fördern gesucht, oder aber die betreffenden Herren erwerben sich durch Geldeinlagen und Ankauf von Geschäftsanteilen einen derartigen Einfluß auf diese Blätter, daß diese völlig ihrer Weisung folgen. Auf diese Art sind nach und nach gar manche der sogenannten anständigen Blätter in die Hände finanzieller und industrieller Konjortien gelangt, darunter vor allem die Scharfmacherischen „Berliner Neuesten Nachrichten“ und die „Post“, in der früher bekanntlich Freiherr v. Stumm als unumschränkter Gebieter regierte und nach seinem Tode der hochfeudal-industrielle Herzog von Ratibor, Fürst von Meß, Fürst von Stolberg-Berninger u. a. m.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Rollenzeit oder deren Raum 60 Wfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beschlüsse-Anzeigen 30 Wfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Wfg., jedes weitere Wort 10 Wfg. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Wfg., jedes weitere Wort 5 Wfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Steben der Vertretung der politischen Interessen ihrer
Wähler haben diese Blätter vornehmlich die Aufgabe, die
Sozialdemokratie zu bekämpfen und viel mehr zu ver-
leumdern, denn zu der geistigen Bekämpfung fehlen trotz
der verhältnismäßig hohen Honorare die nötigen geistigen
Kräfte. Bei der „Post“ ist diese Verleumdung sogar zur
Hauptfrage geworden. Und dabei findet dieses „anständige“
Blatt nicht nur die Unterstützung der Korrespondenz des
Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie und der Max
Dorrenzischen „Antisozialdemokratischen Korrespondenz“, sondern
auch einiger anderer Berliner Korrespondenzen, wie z. B. der
„Information“.

Aus dieser Quelle stammen die meisten Verleumdungen
und Fälschungen, die während des letzten Wahlschlusses gegen
die Sozialdemokratie in das Land hinausgeschleppt worden
sind. Nach welcher Methode dabei gearbeitet wurde, soll ein
weiterer Artikel zeigen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Februar 1907.

Das Dreiklassenparlament als Sittlichkeitskonzil.

Die beweglichen Klagen, die der Abg. v. Schu-
mann (L.) am Mittwoch über die zunehmende Unsitlichkeit
in Berlin angestellt hatte, gaben dem Abgeordnetenhaus
am Donnerstag zu einer großen Debatte über die Sittlichkeit
im allgemeinen und die Prostitution im besonderen Anlaß.
Für die Herren von der Rechten und vom Zentrum gilt es als
unumstößliche Tatsache, daß die Großstädte — in erster Linie
natürlich die Reichshauptstadt — völlig verfaulen sind, und sie
halten es für ihre Pflicht, durch Polizeimaßnahmen und
Gebot auf diesem Gebiete Wandel zu schaffen. Die Herren,
die nie ernsthafte Sozialpolitik getrieben, die sich nie die
Mühe gegeben haben, den Ursachen der Prostitution auf
den Grund zu gehen, glauben, daß ein politisches Macht-
wort genügt, um einen so gewaltigen, am dem Markte des
Volkes schmerzenden Krebsgeschwür aus der Welt zu schaffen. Sie
wettern gegen die Vergewaltigungslust, sie empfehlen die Herab-
setzung der Polizeistunde, aber sie vergessen ganz, daß das
„Kaster“, wenn man es gewaltsam zu unterdrücken versucht,
von selber heimlich sich weiter verbreitete und weit gefähr-
lichere Formen annahm als vordem.

Gegenüber den vermoderten Anschauungen der Frommen
im Lande wirkte die Erwiderung des Ministers des Innern
fast herzerfrischend. Wir stimmen mit dem, was er gesagt hat,
in den meisten Punkten zwar keineswegs überein, aber wir
müssen offen anerkennen, daß seine Anschauungen hoch über
denen der patentierten Sittlichkeitsfanatiker und Tugend-
beutler stehen. Herr von Weismann-Hollweg sucht den An-
forderungen des profanen Lebens Rechnung zu tragen, und
deshalb erklärt er sich entschieden gegen den Vorschlag, in
Berlin alle in eine frühere Polizeistunde eintreten zu
lassen. Er will nur die übermäßige Verlängerung des Nacht-
lebens energisch bekämpfen wissen — durch welche Mittel, das
verschwiegen er. Andererseits aber ist er offen genug, einzu-
gestehen, daß die Polizei auf diesem Gebiete nicht alles machen
kann. Was insbesondere die Prostitution betrifft, so
gab der Minister die Unzulänglichkeit unserer Gesetzgebung
zu und befürwortete eine Reform des Strafgesetzbuchs, dessen
bekannter Kluppeleiparagraph wohl so ziemlich das Tollste ist,
was sich denken läßt. Persönlich neigt der Minister der An-
sicht zu, daß wir uns in Deutschland einem System nähern
müssen, wie es kürzlich in Dänemark eingeführt ist, jenem
System, welches von der Reglementierung absteht, aber die
gefährlichsten Auswüchse der Prostitution beseitigt. Auf
nähere Einzelheiten ließ sich Herr v. Weismann-Hollweg leider
nicht ein. Ebenso berührte weder er noch ein anderer Dis-
kussionsredner die Ursachen der Prostitution; nur die Ge-
sellschaft und die Wirtschaft sind als die Ursachen kurz gestreift.
Es ist bekannt, daß Dienstmädchen einen unverhältnismäßig
hohen Prozentsatz zur Armee der Prostituierten stellen, und
als einer der Gründe hierfür wird mit Recht die Gesinde-
ordnung ins Feld geführt. Doch trotzdem nicht ihre Be-
seitigung verlangt wurde, beweist, wie wenig das Dreiklassen-
parlament ernsthaft Wandel zu schaffen geneigt ist.

Will man wirklich Besserung schaffen, dann beseitige man
die Ursachen der Prostitution, dann sorge man vor
allem für eine verlässliche Wohnungsangelegenheit, die dem
Schlafstummeln ein Ende macht, dann treibe man eine
vernünftige Sozialpolitik, dann gewähre man allen Arbeitern
— männlichen und weiblichen — das volle, uneingeschränkte
Koalitionsrecht, damit nicht alljährlich Tausende und Aber-
tausende von Frauen gezwungen werden, sich zu prostituieren,
um nicht Hungers zu sterben; dann höre man endlich mit dem
Fleisch- und Brotwucher auf, dann beseitige man alle Aus-
wüchse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. So leicht, wie
die Mehrheit des Unterparlamentes es sich vorstellt, ist der
Kampf gegen die Prostitution denn doch nicht.

Charakteristisch ist es übrigens, daß in demselben Augen-
blick, wo man verlangt, daß die überhand nehmende Ver-
gewaltigungslust eingeschränkt werden soll, der konservative Abg.
Hammer sich nicht entblödete, eine Verschärfung des
Vereinsrechts zu verlangen und gegen die „sozialdemo-
kratischen Jugendorganisationen“ zu Felde zu ziehen. Gerade
da aber wird die Jugend zu ernstlichen Dingen erzogen und
dadurch von schädlichen Vergnügungen — Besuch von Singel-
tangs, Animierkneipen u. dergl. — abgehalten. Es scheint
doch, als ob den Herren trotz aller schönen Redensarten eine
sittliche Jugend immer noch viel lieber ist, als eine
von sozialdemokratischen Ideen erfüllte.

Die weitere Staatsberatung wurde durch die Besprechung
von Anträgen auf Gehaltserhöhungen für einzelne Beamten-
kategorien, insbesondere für Schulleute, ausgefüllt.

Am Freitag soll zunächst die Beratung des Etats des
Ministeriums des Innern beendet werden. Dann folgt die
Besprechung der Interpellation über das Grabmängeld von
Neden und die Beratung des Bergotats.

Die wirtschaftliche Bedeutung unserer Kolonien.

Eine dem Reichstag zugegangene Denkschrift über die
Entwicklung der deutschen Schutzgebiete in
Afrika und der Südsee gibt für das Jahr 1905 folgende
Ziffern des Handelsverkehrs an: Der Außenhandel der
Schutzgebiete betrug 1905 99 208 517 M. Gegen das Jahr
1904 eine Steigerung um 27 915 303 M. Die Denkschrift
selbst führt allerdings aus, daß diese Steigerung des Handels
teils auf den südwestafrikanischen Krieg, teils auf die Eisen-
bahnbauten zurückzuführen ist. Von der Zunahme des Han-
dels entfiel auf Südwestafrika allein eine Zunahme der Ein-
fuhr von 13,8 Millionen Mark. Wir haben schon früherzeit
nachgewiesen, daß diese Einfuhrsteigerung in einer Einfuhr
von Alkohol oder von Mineralien bestanden hat, die zum Bau der Eisenbahn notwendig war. Diese

Mehrfach stellt also in Wirklichkeit nur einen kleinen Teil
der Summen dar, die vom Reiche für unsere Truppen und
die staatlichen Eisenbahnbauten vorausgab wurden! Die
Zunahme der Ein- und Ausfuhr für Deutsch-Ostafrika betrug
nur 4,8 Millionen, für Kamerun 5,4 Millionen Mark; in den
übrigen Kolonien ist die Zunahme des Handels vollends eine
unmerkliche.

An dem Gesamthandel der Schutzgebiete in Höhe von
99 208 000 M. war Deutschland 1905 nur mit 63 184 000
Mark beteiligt. Gegenüber dem Jahre 1903 ergibt sich aller-
dings eine Steigerung der deutschen Vorkaufkraft am Handel
um 12,6 Proz. Aber wenn man bedenkt, daß die Steigerung
der Gesamteinfuhr nur auf die deutsche Kriegsführung und
die vom Reiche ausgeführten Eisenbahnbauten zurückzuführen
ist, so ergibt sich, daß von einer größeren Anteilnahme des
deutschen Handels an den eigentlichen Handelsbeziehungen
der Kolonien keine Rede sein kann.

Des weiteren wird in der Denkschrift mitgeteilt, daß
das in den Schutzgebieten in Afrika und der Südsee angelegte
deutsche Kapital 146 875 405 M. betrage, von denen
128 987 005 M. auf eingezahltes Gesellschaftskapital und
17 988 400 M. auf Anleihen entfallen. Für eine zwanzig-
jährige Kolonisierungstätigkeit ist das immerhin ein äußerst
bescheidenes Ergebnis, namentlich, wenn man sich vergegen-
wärtigt, daß das im Ausland angelegte deutsche Kapital sich
nach der amtlichen Schätzung auf ungefähr 25 000 Millionen
Mark beläuft. Nur der 166. Teil des von deutschen Kapital-
isten im Ausland angelegten Kapitals hat also nach
20 Jahren kolonialpolitischer Tätigkeit und nach einer Aus-
gabe von 1500 Millionen für unsere Kolonien in diesen
Kolonien Anlagemöglichkeit gefunden! —

Bündnispolitik oder Klassencheidung.

Genosse Dr. August Müller, Redakteur der Magdeburger
„Volkstimme“, hat in der „Neuen Gesellschaft“ einen längeren Artikel
„Kritisches und Antikritisches zu den Reichstags-
wahlen“ veröffentlicht. Wir würden auf die Ausführungen des
Genossen Müller, da sie neue Gesichtspunkte nicht enthalten, nicht
eingegangen sein, wenn nicht die bürgerliche Presse Aus-
züge aus dem Artikel brächte. Wir halten es deshalb
für unsere Pflicht, unsere Leser wenigstens über die Kernpunkte
der Ausführungen des Genossen Müller zu unterrichten. Genosse
Müller schreibt:

Es wäre indessen falsch, die unerfreulichen Erscheinungen in
der Parteigeschichte der letzten Jahre als des Übels Grund zu
betrachten. Es sind nur Symptome, die Wurzel des Übels liegt tiefer.
Es ist das Mißverhältnis zwischen den An-
forderungen, die die praktische Tagespolitik an
eine Partei mit drei Millionen Anhängern stellt
und unserem tatsächlichen Einfluß, aus dem alle
die Konflikte entstehen sind, deren Austrag oft in so wenig
kameradschaftlicher Weise erfolgte. Den Weg, der uns aus dieser
Konfusion herausführt, haben wir noch nicht gefunden, wir
müssen ihn aber suchen, das Lebensinteresse der Partei
fordert es, daß wir ihn finden. ... Wir haben jetzt
wieder das traurige Bild erlebt, daß rund 80 Wahl-
kreise der feudalen Reaktion ausgeliefert wurden, weil den
liberalen Wählern der jüngerliche Vertreter vorwärtlicher
Ideen näher steht als der Vertreter der Arbeiterklasse. Haben
die Freisinnigen in Führung den Herrn v. Didenburg oder deshalb
gewählt, weil sie im Grunde genommen ebenso reaktionär sind
wie er oder sind sie wirklich liberale Leute, für die aber trotzdem
der Junter das „Leinere Übel“ ist? Ist das erstere richtig,
dann gehen wir trägen Zeiten entgegen, dann ist und bleibt
die Arbeiterklasse auf lange Zeit hinaus zur voll-
kommenen Einflußlosigkeit verurteilt, weil sie auf sich
allein angewiesen nur von der Gnade der bodenständigen
Herren abhängt; sind die Liberalen aber nicht reaktionär, dann
müssen wir uns fragen: Was ist zu tun, damit diejenigen
Schichten der Bürgertums, deren politischer Weg eine ganze
Weile neben dem unserigen verläuft, so lange mit
uns zusammenmarschieren, als ihr eigenes Interesse es erfordert?
Man lasse nicht, es sei nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie,
sich die Köpfe der Liberalen zu zerbrechen. Hier handelt es
sich darum, was wir dazu beitragen können, daß der
deutsche Liberalismus sich auf sich selbst besinnt, denn
das ist das Problem unserer Zeit: der Sozial-
demokratische Bündnisfähige und Bündniswürdige
bürgerliche Parteien zu schaffen. Gelingt es, dann
können wir bald ein schönes Bild vorwärts kommen, gelingt es
nicht, nur dann müssen wir uns eben mit dem Gedanken vertraut
machen, daß die Sozialdemokratie ganz allein auf sich angewiesen
ist. Dann stehen drei Millionen gegen acht
Millionen Wähler. Wenn das auch nicht einmütig auf
uns wirken braucht; angenehmer und für die deutsche Arbeiterklasse
erfolgsversprechender wäre es immerhin, wenn zu den drei
Millionen im bürgerlichen Lager zu rechnen
wären, die sich zu tatkräftiger politischer und
sozialer Reformarbeit mit der Arbeiterklasse
verbündeten.

Genosse Müller hat hier ein Problem aufgeworfen, das selbst
Herr Theodor Barth durch die politische Entwicklung ein-
stweilen für erledigt hält. Selbstverständlich wäre es zu be-
zweifeln, wenn ein entschiedener Liberalismus eine Straße
mit der Sozialdemokratie zusammen marschieren würde. Aber
der Liberalismus hat selbst alle Brücken nach
links abgebrochen. So lange Genosse Müller nicht mit
konkreten Vorschlägen heraustritt, wie der Liberalismus
wieder zur „Selbstbestimmung“ gebracht werden kann, liegt für uns
keinerlei Anlaß vor, uns mit seinen Wünschen näher zu
beschäftigen.

Wederigens begegnet sich auch Genosse Bernstein in dieser
Frage durchaus mit unseren Ansichten. In einer Zuschrift an die
„Volkstimme“, in der er sich gegen dort gegen ihn er-
hobene Angriffe vermahnt, schreibt er:

„Speziell hinsichtlich der Frage, die Herrn Dr. Cohn am
Herzen zu liegen scheint, habe ich erst in allerneuester Zeit
Gelegenheit zu der Erklärung genommen, daß wir die schleichende
Reaktion in Deutschland behalten werden, bis entweder ein in-
erwartet eintretender „Kadaverabstich“ eine ganz neue Situation
schafft, oder es gelingt, ein Verhältnis zwischen
bürgerlicher Demokratie und Sozialdemokratie
zustande zu bringen.“

Auf das letztere zu spezifizieren hat keinen Zweck. Das Zweite
ist durch die Vorgänge bei den letzten stattgehabten Reichstags-
wahlen, wo die bei uns die bürgerliche Demokratie vertretenden
Parteien fast ausnahmslos den Anschlag nach rechts gesucht
und den reaktionärsten der Reaktionen den Streichgel gehalten
haben, bis auf weiteres außerhalb des Gebietes
der praktischen Politik gerückt worden.
Was auf weiteres, das heißt unter anderem, bis inner-
halb der freisinnigen Partei selbst gründlicher
Wandel eingetreten sein wird. Ob und inwieweit
die Sozialdemokratie an sich zu ändern hat, ist eine Frage, die
ich es mir zum Grundgesetz gemacht habe, nur in sozialdemokratischen
Publikationen zu erörtern. Wohl so viel sei daher bemerkt, daß
Kendierungen am Wesen der Partei als politische
Vertretung der Arbeiterklasse und der aus der
Klassenlage des Arbeiters sich ergebenden Grundzüge und

Forderungen nicht zu erwarten sind und selbst von weit-
blickenden bürgerlichen Demokraten nicht erwartet werden dürfen.
Denn es ist die Wollens-Gier der bürgerlichen Demokratie unserer
Tage, der tiefere Grund aller ihrer Halbheiten und Verkäufereien,
daß sie aufgehört hat und als bürgerliche Partei auf-
hören mußte, ein stärkeres Klasseninteresse zu vertreten.
Die Massenparteien des Bürgertums sind heute, welchen Namen
sie auch tragen, konjervativ. Der Demokratie, dem
vornwärts dringenden Radikalismus jene Festigkeit und Geschlossen-
heit zu verleihen, die aus dem Bewußtsein eines Klassenkampfes
sich ergibt, wie ihn in seinen heroischen Tagen der bürgerliche
Liberalismus kämpfte, ist heute lediglich der Partei der Arbeiter-
klasse möglich, weil alle Interessen der Arbeiter
als Klasse an den politischen, wirtschaftlichen
und allgemein kulturellen Fortschritt gebunden
sind, sämtliche anderen Klassen aber heute in
der einen oder anderen der hierhergehörenden
Frägen ihre Vorbehalte zu machen haben.

Die Eigenart der Sozialdemokratie zu verstehen und sie nicht
als „unheimliches Übel“, sondern als notwendige
Tugend anzuerkennen und danach zu handeln, das muß die
bürgerliche Demokratie lernen, wenn ein Verhältnis zwischen ihr
und der Sozialdemokratie möglich sein soll. Sie muß es vor
allem begreifen, es als einen Vorteil für ihre besten Ideale
sich zu lernen, daß die Sozialdemokratie nicht, ohne sich selbst
aufzugeben, davon ablassen kann, Partei des Friedens- und des
freien Verkehrs zwischen den Kulturvölkern zu sein und alle
nationalistischen Bestrebungen kapitalistischer Parteien unter diesen
Gesichtspunkt zu behandeln.“

Genosse Bernstein bemerkt schließlich, daß er freilich zugeben
müsse, daß er in Bezug auf eine Bündnisfähigkeit zwischen Sozial-
demokratie und Freisinn von „zu optimistischen Auffassungen
zurückgekommen“ sei.

Wir unsererseits haben solchen Optimismus niemals
gehuldigt, wohl aber mit unserer Prognose der immer schärfer
werdenden Klassencheidung recht behaltend!

Vermutlich wird auch Genosse Müller noch von seinem Optimis-
mus gründlich geheilt werden. —

Deutsches Reich.

Freisinnige Fraktionsgemeinschaft.

In einer gemeinschaftlichen Sitzung der drei freisinnigen Fraktionen
(Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung und Süddeutsche
Volkspartei) wurde eine Fraktionsgemeinschaft dieser drei Gruppen
beschlossen, bei der aber die Selbständigkeit der einzelnen drei
Fraktionen erhalten bleibt. Diese Fraktionsgemeinschaft soll namentlich
in Betracht kommen bei der Stellung von Interpellationen, bei der Ver-
tretung in den Kommissionen, bei sonstigen parlamentarischen Aktionen.
Für diese Gemeinschaft wurde ein Ausschuss gewählt, der sich aus
zwei Mitgliedern der Freisinnigen Volkspartei, einem Mitgliede der Frei-
sinnigen Vereinigung und einem Mitgliede der Süddeutschen Volks-
partei zusammensetzt. Vorsitzender dieses Ausschusses ist ein Ver-
treter der Freisinnigen Volkspartei, der stellvertretende Vorsitzende
wird aus der Freisinnigen Vereinigung oder der Süddeutschen Volks-
partei genommen. Im übrigen wurde die weitere Durchführung der
Frankfurter Beschlüsse beauftragt.

Von dem parlamentarischen Zusammenarbeiten der drei frei-
sinnigen Parteien wird es abhängen, ob die Fraktionsgemeinschaft
ich schließlich zu einer Verämbelung der Parteien verdrängt. So-
fern nicht persönliche Eitelkeit in Frage kommt, dürfte diese
Verämbelung nur eine Frage der Zeit sein. —

Leutwein gegen die Verfassung der südwesafrikanischen Eingeborenen.

General Leutwein sendet an die. Mann über die Frage der
Behandlung der Eingeborenen auf eine Anfrage, die jüngste Kritik
seiner Vorgehens betreffend, folgende Zeilen:

„Wer sich über das, was ich in der Tat in Bezug auf Ein-
geborenenbehandlung anstrebe, Ausschlag verschaffen will, der möge
so freundlich sein und einen Blick in mein Buch „11 Jahre Gouver-
neur“, namentlich Seite 541, tun.“

Aber nicht nur dort, sondern auch in dem kritisierten Aufsatz
selbst „Südwesafrika und der neue Reichstag“, im dritten Heft der
Halbmonatschrift „Weg“, habe ich klar zum Ausdruck gebracht,
daß ich, nachdem wir da drüben 10—15 000 Soldaten stationiert
haben, keineswegs die Fortsetzung einer Politik empfehle, die wir,
bei einer Macht von 6—700 Soldaten haben einhalten müssen.
Noch warne mich davon, daß wir der jetzt möglichen politischen
Entscheidung der Eingeborenen auch die persönliche
hinzufigen und habe zu dieser Warnung, gestützt auf meine
Erfahrung in Südwesafrika meine guten Gründe.
Wenn Sie selbst von Vorstehendem irgend welchen Gebrauch
machen wollen, so stehe ich dies ergebendst anheim. Mit nachsichtiger
Danke habe ich die Ehre zu sein.“

Ihr Hochachtungsvoll aufrichtig ergebener
Leutwein, Generalmajor a. D.

Wir fürchten, die koloniale Wunde Deutschlands wird
über die schäblichsten Bedenken des ehemaligen südwesafrikanischen
Gouverneurs triumphieren!

Dernburgs Bilanzverschleierung.

Die „Freie Ztg.“ schreibt:
Nach der Regierungsvorlage soll das Darlehen vom 1. April
1911 ab mit 3/4 Proz. jährlich verzinnt und vom 1. April 1912
ab nach einem vom Reichstagler aufzustellenden Tilgungsplan
mit 1/2 Proz. jährlich getilgt werden. „Die zur Verzinsung
erforderlichen Beträge sind alljährlich in den Etat des südwest-
afrikanischen Schutzgebietes aufzunehmen und zur Verzinsung aus
den bereitgestellten Mitteln an das Reich abzuführen.“ Diese Be-
stimmung klingt sehr schön, aber sie hat gar nichts zu
bedeuten, so lange das südwestafrikanische
Schutzgebiet noch Rußlands vom Reich erhält.
In diesem Falle ist die Einstellung der Zinsen eine rein rechnungs-
mäßige Prozedur und bedeutet nur, daß der Reichsschatz die Zinsen-
summe aus seiner rechten in die linke Hosentasche steckt. Wahr-
scheinlich aber nimmt die Kolonialverwaltung an, daß Südwesafrika
spätestens vom 1. April 1911 ab auf eigenen Füßen stehen wird,
so daß es die Zinsen auch wirklich aus den eigenen Einnahmen
bezahlen kann. Wir gestatten uns, etwas weniger optimistisch
zu sein, wollen uns jedoch freuen, wenn es sich nach vier
Jahren wirklich herausstellen sollte, daß wir Schwarzseher ge-
wesen sind.
Daß Südwesafrika auch in vier Jahren bei einer militärischen
Ausgabe von jährlich 50 Millionen „auf eigenen Füßen“ stehen
sollte, ist allerdings eine Annahme, die selbst der „Freie Ztg.“ zu
überwiegend erscheinen muß! —

Wahlprotest.

Wir erhalten folgendes Privattelegramm:
Röln, 21. Februar. Gegen Trindorns Wahl Protest einzulegen,
beschlossen der sozialdemokratische Verein und das Wahlkomitee in
Röln. Der Protest wird gestützt auf die Wahlbeeinträchtigung, die der
Oberbürgermeister durch seinen Plakatanschlag bei der Stichwahl ver-
übt hat.

Unser Kandidat für Röln-Stadt, Genosse Hofmeister, erhielt
bei der Hauptwahl 15 061, Trindorn 17 850 Stimmen; für die
Nationalliberalen wurden 10 844 Stimmen abgegeben. Bei der
Stichwahl wurde Trindorn mit 22 911 gegen 18 751 sozialdemo-
kratische Stimmen gewählt. —

Nach dem Blutbad die Hungernot!

Ueber unsere ostafrikanische koloniale „Kulturarbeit“ be-
sichtigt die bürgerliche Presse:

Im ostafrikanischen Schutzgebiet sind infolge des Aufstandes recht mitleidige Verhältnisse für die Eingeborenen eingetreten. Nach Privatbriefen, aus denen die „Kölnische Volkszeitung“ Mitteilungen macht, ist in einigen Distrikten eine förmliche Hungersnot ausgebrochen. So heißt es in Briefen aus dem Bezirk Ugoni: Den ganzen Tag hört man das Wort: Njaa (Hunger). Von Matengo haben die Leute zwar Mais herübergebracht, auch nach Veramho. Aber was ist das für so viele! Die Leute können man dem Hundert nach zur Arbeit haben, nur damit sie etwas Nahrung als Lohn erhalten. Man merkt aber bei der Arbeit, daß die Leute wirklich großen Hunger haben und entkräftet sind. Viele Leute werden krank, besonders die alten Leute und die kleinen Kinder. Viele leben nur mehr von Gras und Wurzeln wie das Vieh. Ein großer Teil der Leute ist fort in die Wildnis, um sich dort Gras und Kräuter zu suchen. Die Arbeiter wünschen ihren Lohn ausdrücklich teilweise in Mais. Aus dem Bezirk Mabenge wird berichtet: Im Umkreise von weit über fünf Stunden ist kein Reis mehr aufzutreiben. Auf der Militärstation Mahenge kostet ein gekochenes Pfund Reis (drei Liter) 1,50 Rúpia (2 M.). Früher ein aufgehäufter Pfund 10 bis 15 Heller. Mais dürfte an einigen Orten bald zur Nahrung kommen, so daß dort wenigstens für einige Zeit dem größten Hunger gewehrt ist. In Liganga haben die Leute schon etwas geerntet. Die Löwen bilden dort gegenwärtig eine schreckliche Plage. Täglich fallen ihnen Menschen zum Opfer. Auch zwei Schakale wurden angefallen. Das eine kam davon, das andere wurde zerissen. Ein Lehrer legte mit noch drei anderen mit Gewehren ausgerüsteten Männern den Tieren nach und erlegte eines. Im Mabengebezirk herrscht schrecklicher Hunger. Die Leute haben seit zwei Monaten keine andere Nahrung mehr, als was sie im Walde finden können: Gras, Wurzeln, Baumrinde, Käfer und Ameisen. Auf sechs bis acht Tagereisen im Umkreise ist rein nichts mehr aufzufinden.

Was die Kleinfamilien betrifft, holt also jetzt die durch den Krieg erzeugte Hungersnot hinweg! Koloniale Kulturverbreitung!

Die Spandauer Waffendiebstähle.
Seit einem Jahre beschäftigen sich die deutschen Behörden mit dem umfangreichen Waffens- und Munitionsdiebstählen, deren Entdeckung seinerzeit Aufsehen erregte. Sowohl durch Zivil- als auch durch Militärgerichte sind in dieser Hinsicht eine ganze Reihe von Verurteilungen erfolgt. Nicht weniger als drei Wochen hindurch hatte sich das Wesener Landgericht mit den verzweigten Diebstahlsfällen in öffentlicher Verhandlung zu beschäftigen. Einen Ausschluß sollen die Akten vor dem Kriegsgericht der königl. Kommandantur in Spandau finden. Zeugoberleutnant Walter Poppe (geboren 1884) aus Berlin, der zuletzt im Artilleriepark in Spandau tätig war, hatte sich gestern vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Soweit die Spandauer Fälle in Betracht kommen, gilt der Angeklagte geradezu als die führende Hand. Er arbeitete mit den Kolonnenführern Greffer, Gängel, Donath und Reubert zusammen. Die vier Erwähnten waren in der königl. Werkstätte in Spandau beschäftigt und haben bereits durch das Landgericht in Wesen ihre Urteil empfangen. Außer Donath, der zu einem Jahre und neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde, wurden die Angeklagten freigesprochen, da ihnen strafbare Handlungen nicht nachgewiesen werden konnten. Auch der Händler Voll, der Hauptabnehmer des Poppe, wurde freigesprochen. Lediglich durch den Umstand, daß V. über seine Verhältnisse lebte und in große Geldverlegenheiten geriet, ließ er sich dazu verleiten, sich in die Waffenhändler einzulassen. Die Verhandlungen wurden schließlich vertagt.

Deutsche Berufs- und Betriebszählung.
In dem laufenden Jahre soll eine neue Berufs- und Betriebszählung stattfinden. In dem darüber dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwurf heißt es:

Im Jahre 1907 wird für den Umfang des Reichs eine Berufs- und Betriebszählung und in Verbindung damit eine Zählung der Personen, für die die der rechtsgesetzlichen Invalidentversicherung Beiträge entrichtet werden, derjenigen Personen, welche auf Grund der Reichsgesetze Unfall- oder Invalidenrente beziehen und der Witwen und Waisen vorgenommen.

Die vorgelegten Fragen dürfen sich, abgesehen von dem Personen- und Familienstande, nur auf die Berufsverhältnisse, und zwar bei Frauen unter achtzehn Jahren und Witwen auch auf diejenigen des verstorbenen Mannes beziehungsweise Ehemanns, und auf die sonstige regelmäßige Erwerbstätigkeit sowie auf die rechtsgesetzliche Invalident- und Unfallversicherung beziehen. Jedes Einbringen in die Vermögens- und Einkommensverhältnisse ist ausgeschlossen.

Wer die auf Grund dieses Gesetzes an ihn gerichteten Fragen wissenschaftlich wahrheitsgemäß beantwortet oder diejenigen Angaben zu machen verweigert, welche ihm nach diesem Gesetz und den zur Ausführung desselben erlassenen und bekannt gemachten Vorschriften (§ 4) obliegen, wird mit Geldstrafe bis zu 30 M. bestraft.

Ein Bild aus dem christlichen Staate. In Köln wurde dieser Tage ein Mann in hilflosem Zustande auf offener Straße gefunden. Fuhrleute nahmen ihn auf ihren Wagen. Ehe jedoch Hilfe herbeigeholt werden konnte, starb der Mann. Wie es in dem Kölner Polizeibericht heißt, ist der arme Mensch einige Tage vorher als ungeheilt aus einem Kölner Hospital entlassen worden. Man hat den Mann also einfach seinem Schicksal überlassen.

Der Georg Bernhard hat seine von und abgelehnte „Erklärung“ nunmehr in der Donnerstags-Abendausgabe der „Kölnischen Volkszeitung“ veröffentlicht. Er schied ihr eine Einleitung voraus, die folgendermaßen lautet:

„Der Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, wird augenblicklich von einer Clique beherrscht, die die Schamlosigkeit besitzt, Parteigenossen, die sie in größter Weise inhaftiert hat, die Möglichkeit zu rauben, sich durch eine Gegenerklärung im „Vorwärts“ vor der sozialdemokratischen Wählerschaft zu verteidigen. Ich bin deshalb zu meinem lebhaften Bedauern genötigt, diejenigen nicht sozialdemokratischen Blätter, die auch von Arbeitern und Angestellten gelesen werden, zu bitten, mir die Möglichkeit zur Rechtfertigung zu geben.“

Aus der sogenannten Erklärung, die in Wirklichkeit ein Sammelurteil von Beschimpfungen und Verdächtigungen gegen den „Vorwärts“, von Lügen, Unwahrheiten und Entstellungen ist, bemerken wir nur, daß Herr Bernhard ausdrücklich sagt, Herr Dr. Martin Cohn habe die Unterredung, die er mit Bernhard hatte, in dem „Vorwärts“ „höflich korrekt“ wiedergegeben. Alle Folgerungen, die wir aus der Veröffentlichung des Herrn Dr. Cohn gezogen haben, bestehen also zu Recht.

Wenn ein Parteigenosse sich durch den „Vorwärts“ ungerecht behandelt glaubt, so wendet er sich an die Parteinstanzen. Herr Bernhard läuft zur gegnerischen Presse. Vor kurzem noch wußte er den Weg zu den Parteinstanzen zu finden; seitdem sie oder seine Beschwerden über die „Vorwärts“-Redaktion abgewiesen haben, rechnet er sie offenbar auch zu den „Vorwärts“ beherrschenden „Clique“. Wie verhalten's ihm nicht, denn wenn man nicht Sozialdemokrat ist, wie soll man dann die Disziplin des Sozialdemokraten haben!

Husland.

Oesterreich.
Die Ausschreibung der Reichsratswahlen ist nunmehr erfolgt. Durch Rundmachung des Ministers des Innern ist als Hauptwahltag der 14. Mai, als Stichtag der 23. Mai festgesetzt. Nur für Galizien und Dalmatien sind andere Wahltag (14. Mai bis 7. Juni) bestimmt.

Unsere österreichischen Genossen stecken tief in der Wahlarbeit, Wägen ihnen recht viel Erfolge beschieden sein.

Schweiz.

Die Anwesenheitsgebühren der Abgeordneten wurden durch Beschluß des Berner Landestags am Mittwoch mit 66 gegen 53 Stimmen von 7 auf 10 Frank pro Tag erhöht.

Frankreich.

Das einzige Ministerium.

Paris, 20. Februar. (Fig. Ver.)

Die so spannungsvoll erwartete gestrige Kammer Sitzung hat geendet, wie diese angefangen: Schicksalsfrage in der Regel endigen: mit einer solennen Lebenserklärung. Clemenceau hat nicht das Banner freidenkerischer Unentwegtheit ergriffen und seinem Kultusminister an den Kopf geschlagen, vielmehr sah er geduckt auf seinem Ministerplatz und nahm mit christlicher Geduld den Lohn hin, den Briand ihm überreichlich versetzte. „Eine Sühneleistung...“ so schreid heute Sembat in der „Humanité“. Briand hat Clemenceau den bitteren Trank der Reue Tropfen um Tropfen schlürfen lassen. Mitten in seiner Siegreifrede ließ er einige Wendungen vom Stapel, die sichtlich vorbereitet und mit Liebe ausgefeilt waren. Die Rede ist ein Gericht, das fast genossen werden will... Aber Clemenceau applaudierte Briands Rede! Denn die Minister waren „einig“. — Einig, wie nur ein Usurpator mit dem gestürzten Herrscher sein kann, der abgedankt hat und ins Kloster geht. Wer hätte Clemenceau zugemutet, daß er sich für die Wändgebäude reif finden würde.

Briand hat gestern nicht ein Jota von seinem kirchenpolitischen Programm ausgegeben: Die Kirchen für die Katholiken — heißt es. Nicht auch für schismatische Gemeinden und Freidenkervereine oder für Konzerte und Theateraufführungen. Die Kirchen für die Katholiken, mit oder ohne Kontrakt. Die Bürgermeister haben die Freiheit, einen Mietvertrag auf 18 Jahre — oder auch weniger — mit den Pfarrern zu schließen, ja — ihn auch ganz zu bezweigen. Aber dann können die Pfarrer die Kirche auf Grund des Gesetzes von 1907 für ihre gottesdienstlichen „Versammlungen“ beanspruchen, und die Bürgermeister haben in diesem Falle nicht einmal das Recht, Erhaltung- und Reparaturkosten zu fordern.

Diesen seinen Standpunkt hat Briand in einer überaus klugen und formell glanzvollen Rede dargelegt, und die Sozialisten zogen sich in gleichmäßig schlechter Ordnung zurück. Sie hatten nicht den Mut, die Verantwortung für die Vereinerung des kirchenpolitischen Konflikts und des Stodes der sozialpolitischen Gesetzgebung, die Briand seinen Gegnern zugeschoben hatte, auf sich zu nehmen.

Briand hat gestern also für seine Politik den Sieg erzwungen. Hat er aber das Ministerium gesund gerettet? Das ist zu bezweifeln, auch wenn Clemenceau keinen Rückfall in unchristliche Ehrbegier und Raubsucht bekommen sollte. Clemenceau lebte ja nur von der allgemein verbreiteten Meinung, daß er unheimlich und gefährlich sei. Gestern aber hat es sich gezeigt, daß er überflüssig, ja schon überwunden ist!

Italien.

Die Bluttat von Sirna beschäftigte dieser Tage die Kammer. Auf die Interpellation des Abgeordneten Sabatoni antwortete der Unterrichtsminister Facta: Die Untersuchung sei im Gange, und es werde strenge Bestrafung der Schuldigen eintreten, der Leinwand sei seines Postens entbunden; glücklicherweise sei Öffnung vorhanden, die Verwundeten alle wieder hergestellt zu haben.

Das ist alles recht schön und gut, macht aber die Greuel nicht ungeschöner und bietet keinerlei Gewähr dafür, daß sich ähnliche Dinge nicht wiederholen.

England.

Die koloniale Konferenz.

London, 19. Februar. (Fig. Ver.) Mitte April werden die Premierminister und sonstigen Vertreter der selbständigen Kolonien zur 5. kolonialen Konferenz zusammenzutreten. Die Reichsregierung ist mit den Vorbereitungen beschäftigt, und sie verhandelt vor wenigen Tagen an die Kolonien eine Note, welche die vorläufige Tagesordnung enthält. Die Tagesordnung beruht zum größten Teile auf Anregungen aus kolonialen Kreisen, jedoch wird es den Konferenzteilnehmern gestattet sein, auch Gegenstände zu berühren, die in der Tagesordnung nicht vorgesehen sind. Die Beratungen werden etwa drei Wochen in Anspruch nehmen. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung sind: Die Errichtung eines ständigen Reichsrats der sich aus den Vertretern der selbständigen Kolonien und des Reichskolonialministers zusammensetzen soll; die Gründung eines Reichskolonialbüros; der Plan eines Reichsvorparates, das eine Reihe seiner Vorklagen, die Welt- und Schiffsverkehr, Bürgerrecht, Gerichtssachen, Patentangelegenheiten, Münze, Maß und Gewichte betreffen.

Die Adresse an den König wurde in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag nach siebenstündiger Debatte vom Unterhause angenommen.

Afrika.

Die Wahlen.

Johannesburg, 21. Februar. Nach den bisherigen Wahlergebnissen sind gewählt 18 Fortschrittler, 6 Nationalisten, 16 „Vollstimm“, 1 Unabhängiger und 3 Arbeiterparteil.

Zum Tode verurteilt wurden am Mittwoch, wie ein Telegramm aus Kimberley vom 20. v. M. meldet, der Transvaalbur Betreiter und seine Genossen, die Anfang November vorigen Jahres in den Nordwesten der Kapkolonie eingebrochen waren, Polizeistationen überfallen und einen Aufstand ins Werk zu setzen versucht hatten. Totgötter und Rattis wurden zur Vergnügung empfohlen.

Parlamentarisches.

Die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion über die von Preußen geplante Einführung von Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen lautet:
Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in Widerspruch mit Artikel 54 der Reichsverfassung und unter Verletzung internationaler Abmachungen die Einführung von Schiffsabgaben auf deutschen natürlichen Wasserstraßen durch den Bundesrat Preußen geplant ist? Was gebietet der Reichskanzler zum Schutz der Reichsverfassung und der durch Preußens Plan gefährdeten wichtigen wirtschaftlichen Interessen zu tun?

Entwurf an den Reichstag.

Entwurf an den Reichstag: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen:
1. Die Vereinfachung der Reichsversicherungs-Gesetze (Krankenversicherungs-Gesetz, Unfallversicherungs-Gesetz, Invaliden- und Altersversicherungs-Gesetz) mit möglichster Beschleunigung zur Durchführung zu bringen.
2. Die Beilegung, von welcher ab die Altersrente gewährt wird, von 70 auf 65 Jahre herabzusetzen und zur Bedingung der dadurch erforderlich werdenden Beitragszahlungen in erster Reihe die durch die Vereinfachung der Reichsversicherungs-Gesetze zu erzielenden Ersparnisse an Verwaltungslosten zu verwenden.
3. Die obligatorische Renten-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung auf die Kleingewerbetreibenden sowie die Privatbeamten mit geringem Einkommen unter wesentlicher Beteiligung des Reichs an den Kosten dieser Versicherung auszudehnen.

Entwurf an den Reichstag: Der Reichstag wolle beschließen: die verhandelten Regierungen um abschließende Vorlegung von Gesetzesentwürfen zu ersuchen, welche bezwecken:

1. die Sicherung und den weiteren Ausbau des Koalitionsrechts der Arbeiter (§ 102 W.-D.);
2. eine auf freierwilliger Grundlage aufgebaute Regelung der privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verhältnisse der Berufsgenossenschaften aller Art;
3. die Errichtung von Arbeitskammern zum freien und friedlichen Ausdruck der Wünsche und Beschwerden der Arbeiter;
4. die Sicherung und weitere Ausgestaltung der Tarifgemeinschaften zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 21. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Die Verhandlungen werden vom Vorsitzenden Dr. Langerhans nach 1/2 Uhr eröffnet.

Ergebnisse an Stelle des verstorbenen Stadtv. Perle haben noch festzustellen in den Ausschuss für Unbesoldete und in das Kuratorium der Stadtbibliothek und der Volksbibliothek und Besoldung. Gewählt wurden die Stadtv. Feuerstein und Labowitz, beide der Reuten Linken angehörig.

Auf Vortrag des Stadtv. Cassel (N. L.) wird die Bericht-erstattung über die Vorlage betreffend die anderweitige Festsetzung der Besoldungsverhältnisse des Lehrpersonals an den Gemeindeschulen vorweggenommen.

Referent ist der Stadtv. Rosenow (N. L.): Die letzte Vorlage des Magistrats ist vom Ausschuss ebenfalls angenommen worden wie die früheren; es hat sich aber bei der Beratung auf allen Seiten das Bestreben gezeigt, endlich einmal mit dieser leidigen Angelegenheit zu einem positiven Abschluß zu kommen, und es ist schließlich einstimmig der Beschluß gefaßt worden, der Verammlung vorzuschlagen, das Grundgehalt nach dem Wunsch des Magistrats auf 1450 M. zu normieren und 10 Alterszulagen beizubehalten, diese aber auf 200, 200, 300, 200, 200, 200, 200, 200, 200 M. zu bemessen.

Stadtv. Cassel: Wir werden dem Ausschussvorschlages beitreten, da nur auf diesem Wege eine Einigung möglich erscheint und anerkannt werden muß, daß auch der Magistrat Entgegenkommen gezeigt hat. Es ist eine sehr erhebliche Verbesserung der Gehälter der Volksschullehrer erreicht worden; die Lehrer erhalten binnen zwei Jahren Zulagen von 350, 250 oder mindestens 200 M. pro Jahr.

Stadtv. Singer: (Soz.): Wir stimmen dem Ausschussantrage zu, bedauern aber ebenfalls, daß nicht mehr hat erreicht werden können und eine gewisse Verkürzung der Alterszulagen hat ein-treten müssen. Aber auch wir freuen uns, daß dieser langwierige Streit mit dem Magistrat jetzt anscheinend endgültig aus der Welt geschafft werden soll. Wir erwarten, daß die Nachzahlung der Gehälter vom 1. April 1906 ab erfolgen wird.

Stadtv. Kreising (N. L.): Damit die Sache endlich erledigt wird, stimmen auch wir für den Ausschussantrag; wir hoffen, daß auch eine Zeit kommen wird, wo die älteren Lehrer wieder besser bedacht werden können.

Stadtv. Wommien (Fr. Fr.): Wir freuen uns, daß durch die Nachgiebigkeit des Magistrats die Angelegenheit jetzt endlich abgeschlossen werden wird.

Oberbürgermeister Kirchner: Ich kann namens des Magistrats die Zustimmung zu den Ausschussanträgen erklären. Daß die Nachzahlung vom 1. April 1906 gerechnet werden wird, ergibt sich aus der Vorlage.

Darauf gelangen die Ausschussanträge einstimmig zur Annahme.

Stadtv. Liebenow (N. L.) berichtet über die Vorlagen betreffend die Einstellung eckhöher und neuer Zu-wendungen an gemeinnützige Vereine, Anstalten usw. in den Etat für 1907. Die Magistratsvorschlüsse sind vom Ausschuss fast durchweg gutgeheißen worden. Nur bezüglich der Zuschüsse für den „Verein zur Förderung der Kleinkinder-Verwahranstalten“ und für den „Zentralverein für Arbeit-nachweil“ soll es bei der bisherigen Höhe der Zuwendungen (3000 bzw. 4000 M.) bleiben, während der Magistrat 5000 und 4500 M. beantragt hatte.

Aus der Versammlung wird die Bewilligung der höheren Summen beantragt; Stadtv. Rosenow will den Zuschuß für den Zentralverein sogar auf 50000 M. erhöhen.

Stadtv. Dr. Habel (Soz.): Wenn gegen die Finanzabteilung des Vereins zur Förderung der Kleinkinder-Verwahranstalten Bedenken erhoben worden sind, weil er Kapitalien als Reserve beschlagnahmt, so kann man das alles gelten lassen, braucht aber doch nicht den Antrag abzulehnen, die städtische Beihilfe von 3000 auf 5000 M. zu erhöhen. Weiter ist das Verfallensmitglied, welches in dem Vorstand des Vereins sitzt, nicht im Ausschuss erschienen, um Aufklärungen zu geben. Wir haben es hier aber mit einem Verein zu tun, welcher in gemeinnützigster Weise über zwei Menschenalter hindurch die Kinder, welche tagsüber von ihren Müttern ohne Aufsicht gelassen werden müssen, beherbergt und versorgt. Der Verein ist an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Mehrere Unterkunftsräume bedürfen der Erneuerung und die Mittel zur Verpflegung der Kleinen reichen nicht mehr hin, so daß in letzterem Punkte geradezu wahrhaft jämmerliche Zustände herrschen. In einer Anstalt sind einmal nicht als ein Einzeln Kind, sondern als Verpflegung für diese Kleinen und Kleinsten Kinder für den ganzen Tag zu verpflegen. Um hier eine Ver-wahrlosung zu verhindern, sollte die Erhöhung der Subvention be-willigt werden. Ich identifiziere mich gewiß nicht mit diesem Verein, dessen Vorstand aus Pastoren und Abbeien besteht und der gewiß auch sehr in Patriottismus macht, aber er hat sich jahrzehnt-lang um die Versorgung von Kindern bemüht, welche sonst ganz verwaist worden wären.

Stadtv. Ramlau: Es handelt sich hier um einen eminent sozialpolitischen Gesichtspunkt. Von Unklarheit der Finanzabteilung kann nicht mehr geredet werden; die Klarstellung ist erfolgt, das neue Ergebnis hat nur nicht befriedigt, weil immer noch eine besondere Reserve für die Hausverwaltung vorhanden ist. Den Verein zwingen, auch diese Reserven für den gemeinnützigen Zweck zu verwenden, das können wir nicht. Seit 70 Jahren ist der Verein tätig; gegenwärtig verpflegt er 2900 Kinder, wofür er 48000 M. braucht. Ziehen wir unsere Hand zurück, so wird nicht der Verein, sondern so werden die Kinder gekrafft.

Stadtv. Gerde (Fr. Fr.) tritt für die Erhöhung der Sub-vention ein. Der Verein habe zwei eigene Häuser und es sei ganz richtig, daß er eigene Grundstücksverwaltung treibe. Risto-räume für die Besuche der Kleinkinder-Verwahranstalten seien sehr schwer zu erlangen. Anmeldungen von Kindern lägen bis zu 10000 vor. (Sitz hört!)

Stadtv. Wallach (N. L.): Wir haben die Erhöhung schon im vorigen Jahre abgelehnt, und es hat sich seitdem nichts geändert. Wenn die Kost tatsächlich ist, wäre das doch gerade ein Grund für die Ablehnung der Unterstützung. Wenn der Verein die Erträge aus seinen Grundstücken annehmen will, um eventuell Hypotheken-ausfälle zu decken, statt diese Gelder auch dem Vereinsschatz zu-zuführen, so können wir nicht für höhere Subvention sein.

Stadtv. Rosenow tritt für die Erhöhung ein.

Stadtv. Zobel: Ich habe nur gesagt, daß bei einer meiner Besuche ich die erkrankten Kleinkinder in konstanten konnte. Nebenbei hat die Stadt überall da, wo sie Subventionen hingibt, auch das Recht und die Pflicht der Kontrolle über deren Ver-wendung.

Die höhere Summe von 5000 M. wird mit großer Mehr-heit bewilligt.

Der Referent führt aus, daß die Erhöhung der Subvention für den „Zentralverein für Arbeitsnachweis“ von diesem ursprünglich auf 20 000 M. beziffert war, wovon 10 000 M. für die Verlegung des Dienstbotenbüros von der Gormannstraße in eine geeignetere Gegend, 5000 M. zur Errichtung von Hocharbeitsnachweisen für gelernte Arbeiter und 5000 M. zur Deckung eines Defizits von 1800 M. sowie zur Erhöhung von Beamtengehältern dienen sollen. Der Magistrat habe nur die letzten 5000 M. zu bewilligen beantragt. Der Ausschuss habe auch diesen Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt, weil das Bedürfnis bestritten wurde; eventuell könne man ja die Bestimmungen über die Beitragserhebung abändern.

Von den Stadtv. Singer u. Gen. (Soz.) wird der Antrag eingebracht, den Magistrat zu ersuchen, die Uebernahme des Nachweises auf die Stadt in die Wege zu leiten.

Stadtv. Rosenow bringt eine Resolution ein, wonach die Versammlung die Bewilligung der gesamten vom Verein geforderten Beträge empfiehlt.

Stadtv. Glade (Soz.): Der „Zentralverein“ verdient in allererster Linie eine städtische Unterstützung. Wir werden für die höhere Summe nach dem Magistratsantrag und jedenfalls auch für den Antrag Rosenow stimmen. Welche Aufgaben auf diesem Gebiete noch zu lösen sind, lehrt ein Blick auf die Stätten, an welchen nachmittags ein Arbeitsmarkt herausgegeben wird, wo sich da die Leute zu Hunderten drängen und dann nach Arbeit rennen. Die Ausgabe von 20 Pf., welche im „Zentralverein“ gezahlt werden muß, ist für eine große Zahl der Arbeitslosen auch noch zu viel. Es ist geradezu unverständlich, von welchen Erwägungen die Ausschussmehrheit ausgegangen ist, um die Erhöhung der Subvention für überflüssig zu erklären. Es hat sich sogar schon ein preussischer Minister mit Vorschlägen zur Reform der Arbeitsvermittlung befaßt! Außerdem sind von zahlreichen Kommunalen ähnliche Maßnahmen getroffen worden. Da ist es doch unerhört, daß unser Ausschuss eine solche ablehnende Stellung eingenommen hat. Bei jeder Neuerrichtung einer Maschine werden doch abermals Arbeitskräfte arbeitslos; auch diese Erscheinung drängt mit Macht dazu, die Arbeitsnachweise zu organisieren. Die private und kommunale Tätigkeit auf diesem Gebiete ist namentlich in Süddeutschland auch von den Staatsbehörden unterstützt worden. Der in Berlin errichtete Arbeitsnachweis hat sich ebenfalls bewährt und der Verein sich mit der Gründung ein Verdienst erworben. Die Kämpfe um den Besitz des Nachweises sind in Industriezentren wie Berlin nur zu sehr erklärlich. Derjenige Faktor der Organisation, der den Nachweis im Besitz hat, kann ja auch einen Druck auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes, der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausüben. Der Verband der Metallindustriellen läßt mit dem größten Terrorismus den von ihm errichteten Arbeitsnachweis wirken, indem er auch auf die Gewinnung der Arbeiter Einfluß zu gewinnen sucht, ein Terrorismus, gegen den der angebliche sozialdemokratische Terrorismus der Arbeiterorganisationen ein Kinderspiel ist. (Rufe: Na! Na!) Der große Bierkrieg von 1894 endete doch mit dem Zugeständnis eines paritätischen Nachweises an die Brauer. Ich verweise ferner auf den Kampf in der Holzindustrie; eine Verwunderung über meine Ausführungen ist also gar nicht angebracht. Die paritätischen Nachweise haben zum Besten beider Teile gewirkt. Die Innungsnachweise werden einseitig im Interesse der Arbeitgeber gehandhabt, so bei den Wäldern, Schlächtern, ganz abgesehen vom Gastwirtsgerwerb. Unbedingt muß eine Stadtverwaltung wie die Berliner hier eingreifen. Das Richtige wäre eine kommunale, zentralisierte Arbeitsvermittlung; wir beantragen daher, den Magistrat zu ersuchen, den Nachweis von Stadtwegen zu organisieren, wie derartige kommunale Einrichtungen in Süddeutschland, aber auch in Preußen und Sachsen bereits bestehen. Ein solcher Antrag würde nur nachholen, was Berlin bisher auf diesem Gebiete verfehlt hat. Dem städtischen Arbeitsnachweis würde sich notwendig eine umfassende Statistik anschließen. In der Wahlbewegung hat man immer gehört, die Sozialdemokratie sei unfruchtbar, die liberalen Parteien allein seien zu positiver Arbeit fähig. Ist das wahr, so müssen Sie heute unseren Antrag annehmen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Rosenow: Wir können vom Terrorismus der Arbeiterverbände ein anderes Bild fassen. Dieser Terrorismus ist unerträglich geworden. (Beifall bei der Mehrheit; Lachen bei den Sozialdemokraten.) Redner tritt dann für seinen Antrag ein, den Magistratsantrag anzunehmen und sodann den Magistrat in einer Resolution zu ersuchen, auch die weiter geforderten 15 000 M. zu bewilligen, wobei er hauptsächlich auf die Dienstbotenmisere und die verwerflichen Praktiken der Vermietungskontore eingeht. Außerdem spricht er sich lebhaft gegen die Verstaatlichung des Arbeitsnachweises aus, die zu kostspielig und der Privatindustrie nachteilig wäre.

Stadtv. Dr. Ritter (Fr. Fr.) ist auch nicht für die Verstaatlichung, aber für die Bewilligung der 5000 M. nach der Vorlage. Allerdings hätte er die Erörterung der ganzen Frage in einem Ausschuss gern gesehen.

Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-fortschr.) tritt dem Kollegen Rosenow bei; auch er kann in der Uebernahme des Nachweises auf die Stadt keinen Vorteil erblicken, da der Nachweis vorzüglich funktioniert.

Stadtv. Kamelow: Der Magistrat wünscht auch die Uebernahme nicht; die Konsequenz davon ist, daß er dafür sorgen will und muß, daß die Existenz des jetzt gut verwalteten Vereins sichergestellt wird. In diesem Sinne empfiehlt er die Bewilligung von 5000 M.

Damit schließt die Erörterung. Die Mehrheit nimmt den Magistratsantrag und die Resolution Rosenow an; der Antrag Singer wird abgelehnt.

Auf Antrag des Stadtv. Singer wird jetzt die Vorlage betreffend den

Bau der beiden nördlichen städtischen Straßenbahnlinien sowie die nachträgliche Bewilligung von 10 000 M. für die Kosten weiterer Vorarbeiten beraten. Ueber den Inhalt dieser Vorlage haben wir seinerzeit ausführlich berichtet.

Von der Alten Linken ist Ausschuhberatung beantragt.

Stadtv. Singer: Wie ich höre, ist ein Antrag auf Ausschuhberatung gestellt. Ich würde bitten, die Vorlage ohne Ausschuhberatung anzunehmen. Die Vorlage ist eingehend in der Verkehrsdeputation beraten worden; es handelt sich jetzt darum, daß endlich einmal die Stadt anfängt, eigene Straßenbahnen zu bauen. Ich trage der Geschäftsstelle Rechnung und verzichte auf lange Ausführungen, aber ganz kurz muß doch noch darauf hingewiesen werden, daß die Gormannstraße, die vielfach in der Öffentlichkeit, bei Behörden und im Abgeordnetenhaus der Stadt Berlin gemacht werden, daß die Stadt zu faulem sei mit der Anlage neuer Verkehrsmittel, durchaus unzureichend sind. Man braucht nur die Vorlage zu lesen und zu beachten, daß die Antworten der Aufsichtsbehörden Monate- und jahrelang haben auf sich warten lassen. Jener Vorwurf trifft also lediglich die Aufsichtsbehörden. Ein charakteristisches Beispiel wird durch die Vorlage auf die Art gegeben, in der die Aufsichtsbehörde mit der Stadt verhandelt. Das Polizeipräsidentium verlangt an einer Stelle die Mitbenutzung einer städtischen Straße, um sie an Unternehmer zu verleihen, die ihm als passend für solche Unternehmungen erscheinen, also an die sonstigen Bedingungen zu knüpfen, welche ihm ganz außerhalb seiner staatlichen Zuständigkeit die Verfügung über städtisches Eigentum überlassen an Privatunternehmer zur Mitbenutzung. Das muß hervorgehoben werden; dieses eine Beispiel beweist, mit welchen Schwierigkeiten Berlin bei seinen Verkehrsanlagen zu kämpfen hat. Nachdem die Dinge soweit gediehen sind, daß die Frage der Straßenlinien noch von einem schiedsgerichtlichen Ausspruch abhängig ist, wobei wir ein Schiedsgericht anrufen müssen wegen des Umstandes, daß die „Große“ der Meinung ist, daß sie die Verpflichtung der Mitbenutzung von 400 Meter nicht zu erfüllen braucht, weil die geplanten Linien den ihrigen angeblich Konkurrenz machen, außerdem Schaden-

ersch von 50 000 und 12 000 M. pro Jahr beansprucht. Es macht einen eigentümlichen Eindruck, wenn uns der Polizeipräsident so oft auffordert, die Verkehrsangelegenheiten in gütlichem Einvernehmen mit der „Großen“ zu regeln. Ich wünsche, er hätte mit diesem Kontrahenten zu tun! Die Richtlinien müssen wir, durch das Vorgehen der „Großen“ gezwungen, in dieser Tragweite verändern. Nach fast allgemeiner Meinung ist die neue Trasse vorteilhafter, weil sie uns mit dem Viehhof in direkte Verbindung bringt. Alles in allem wird Ausschuhberatung überflüssig sein. (Beifall.)

Stadtv. Staps (A. L.): Wir wollten der Vorlage keine Schwierigkeiten machen, sondern hielten für nötig, in einem Ausschuss nochmals das Verhältnis zur „Großen“ zu erörtern, sowie das Novum, welches in dem erwähnten Verlangen des Polizeipräsidenten liegt. Auf den Wunsch aller übrigen Fraktionen ziehen wir aber diesen Antrag zurück.

Stadtv. Rosenow: Ich freue mich über diesen Entschluß. Im Abgeordnetenhaus habe ich heute das Ministerium ersucht, die Verhandlungen mit der Stadt zu beschleunigen und nicht ferner die Verhältnisse immer unter dem Gesichtspunkt der Rücksicht auf die „Große“, eine Privatgesellschaft, zu betrachten. Für zwei Linien haben wir die Genehmigung; verlieren wir keine Zeit! (Beifall.)

Nachdem noch Stadtv. Kallmann (Fr. Fr.) sofortiger Erledigung zugestimmt hat, wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Von dem Magistrat vorgeschlagenen Ankauf eines Schulgrundstücks in der Genter Straße (das Terrain von ca. 4800 Quadratmetern gehört der Bodenkulturgesellschaft Berlin-Nord und der Quadratmeter soll 88 M. kosten) ist von dem eingesehenen Ausschuss als zu teuer und unvorteilhaft einstimmig abgelehnt worden. Ohne Debatte tritt das Haus nach dem Referat des Stadtv. Wallach diesem Beschlusse bei.

Aus den Anträgen Kallmann (Fr. Fr.) auf Beschaffung von 2 Automobilen für Zwecke der städtischen Verwaltung und Arons (Soz.) betr. die Anschaffung von Fahrlarten auf den Straßenbahnen für die Mitglieder der beiden städtischen Behörden sind folgende Ausschuhentwürfe hervorgegangen:

1. Die Versammlung ersucht den Magistrat um eine Vorlage behufs versuchsweiser Beschaffung von 1 oder 2 Automobilen zur Verfügung des Magistrats.

2. Gleichzeitig wird der Magistrat ersucht, im nächsten Etat Mittel bereit zu stellen, um für die Mitglieder der Versammlung und des Magistrats Fahrlarten auf den Straßenbahnen anschaffen zu können.

Ueber die beiden Punkte wird gesondert diskutiert. Der erste Antrag wird nach dem Referat des Stadtv. Kallmann mit der vom Stadtv. Lamberg (A. L.) beantragten Modifikation angenommen, daß die Worte „oder 2“ gestrichen werden.

Die Versammlung wendet sich dann zum Ausschuhentwurf über den Antrag Arons.

Stadtv. Kallmann referiert, daß der Antrag seit 2 Jahren bereits zweimal abgelehnt sei, daß man aber diesmal im Ausschuss Rücksicht genommen habe auf die Wünsche einer großen Anzahl von Herren der Versammlung, da man ja auch bisher schon bare Auslagen für Fahrten usw. liquidieren konnte.

Stadtv. Haberland (A. L.): Ein großer Teil meiner Freunde wird den Antrag ablehnen. Wenn es auch selbstverständlich ist, daß jeder Stadtverordnete seine bare Auslagen liquidieren kann, so halten wir es für ebenso selbstverständlich, daß kein Stadtverordneter darüber hinaus einen Vorteil in seiner Amteigenschaft haben soll. (Choi!) Das würde aber geschehen, wenn man die Karte jeden Tag benutzen könnte, nicht bloß an den Tagen und zu den Zwecken, die mit der Stadtverordnertätigkeit zusammenhängen. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Herr Haberland wird zugeben müssen, daß es außerordentlich peinlich ist, die einzelnen Auslagen hier zu liquidieren, wodurch außerdem noch eine große Menge von Schreibarbeit entsteht. Gerade unter den Freunden des Herrn Haberland sind viele Herren, die sie nicht zu liquidieren brauchen — aber sie sind selbst im Besitze eines Automobils (Heiterkeit), aber Herr Haberland muß doch auch an den großen Kreis denken, denen die Kosten nicht zugemutet werden können. Ich bitte, den Ausschuhentwurf anzunehmen, da die Forderung eine Forderung der Gerechtigkeit ist, die die Stadt auch nicht vertragen wird.

Stadtv. Bamberg (A. L.): Zu meinem Bedauern bin ich mit meinem Freunde Haberland nicht einverstanden. Nicht alle Leute können in das große Portemonnaie greifen. Wir können nicht neben unserer angestrengten Tätigkeit als Stadtverordnete auch noch pekuniäre Opfer bringen. Die Reichstagsmitglieder haben ebenfalls freie Fahrt, auch dann, wenn der Reichstag verlagert ist. Ich bitte, den Ausschuhentwurf anzunehmen.

Stadtv. Jacobi (A. L.) ist der Meinung, daß der Antrag wie vorliegend nicht angenommen werden könne. Von den eventuell erforderlichen 42 000 M. würde doch nur der vierte Teil ausgenutzt werden; so dürfte die Stadt das Geld nicht fortwerfen.

Stadtv. Haberland: Die Kollegen haben mir mein Automobil vorgezogen (Choi und Heiterkeit). Ich stehe auf dem Standpunkt, daß jeder seine Auslagen liquidieren kann; über die angeregte Beschränkung des Abkommens auf 2 Linien läßt sich reden.

Stadtv. Labowitz (A. L.) stellt den Antrag, der Magistrat möge mit der Straßenbahngesellschaft wegen eventueller Verbilligungen verhandeln.

Stadtv. Rosenow spricht sich kurz für den Ausschuhentwurf aus.

Stadtv. Singer: Der Eindruck des Antrages Labowitz, der Verhandlungen mit der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft vorschlägt, kann nur dadurch paralytisch werden, daß die Versammlung den Antrag einstimmig ablehnt (Allgemeine Zustimmung). — Niemand von uns ist es eingefallen, Herrn Haberland sein Automobil vorzuzwerfen, das wäre auch bei der Gastfreundschaft, die Herr Haberland mit seinem Automobil übt, ein Unrecht. Aber wollen Sie dadurch, daß eine große Anzahl der Herren nicht in der Lage ist, auf die Auslagen zu verzichten zu können, Stadtverordnete I und II. Klasse schaffen? (Anruhe.) Es wird gesagt, daß die dafür ausgeworfenen Mittel nicht ausgenutzt würden, aber andererseits kann ich mir sehr gut denken, daß viele Kollegen durch den Besitz einer solchen Fahrenkarte viel öfter zu Fahrten in Ausübung ihrer Tätigkeit als Stadtverordneter sich veranlaßt fühlen könnten. Ich bitte, den Ausschuhentwurf anzunehmen.

Stadtv. Labowitz bleibt dabei, daß man der „Großen“ mit den Abkommensbedingungen ein Gesicht mache. Es liege ihm ganz fern, die Versammlung zu animieren, bei der „Großen“ zu petitionieren; wohl könne man aber auf einen minderen Preis dringen.

Stadtv. Cassel bittet den Kollegen Labowitz, den Antrag zurückzugeben, da er Missverständnissen ausgesetzt sein könne. Den Ausschuhentwurf bekämpft Redner besonders mit dem Argument, daß die Analogie mit den Reichstagsmitgliedern nicht zutreffend sei. Stadtverordnete erster und zweiter Klasse durch den Hinweis auf die Berechtigung zur Liquidierung schaffen zu wollen, liege ihm ganz fern. Man dürfe nicht mehr Geld ausgeben, als notwendig sei, namentlich nicht aus bloßer Courtesy. (Die Versammlung wird allmählich so unruhig, daß die Redner sich nur noch schwer verständlich machen können.)

Stadtv. Wallach plaidiert für den Ausschuhentwurf mit Ausführungen, die Stadtv. Cassel sofort wieder für seinen Standpunkt zu verteidigen sucht.

In namentlicher Abstimmung wird der Ausschuhentwurf mit 76 gegen 24 Stimmen angenommen.

Es ist inzwischen 9 Uhr geworden. Eine längere Geschäftsordnungsdebatte entspinnt sich, ob verlagert oder fortgearbeitet werden soll. Die Versammlung fährt in der Beratung der Tagesordnung fort; es wird noch eine Reihe von Gegenständen minderer Bedeutung erledigt.

Die Vorlagen betreffend die Abänderung der Straßenanlege behufs Verlängerung der Pullichstraße über den Bahnhof Moabit bis zur Straße 30 Abt. VIII sowie zur Befestigung einer Nebenlinie vor der Einmündung der Pullichstraße in die Straße 30, sowie betreffend die

Erbauung einer Ueberführung der verlängerten Pullichstraße über den Bahnhof Moabit und einer im Zuge der Pullichstraße über den Spandauer Schiffkristallal führenden Straßenbrücke werden nach Ablehnung eines Antrages (Soz.) auf Ausschuhberatung nach kurzer Debatte unbeschadet genehmigt.

Die Petition der Kasse der Straßenreinigung um Gehaltsaufbesserung, Festsetzung eines Nebenlohnbeitrages und Einrichtung eines periodisch wiederkehrenden dienstfreien Tages wird bezüglich des letzten Punktes dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen; im übrigen geht das Haus zur Tagesordnung über.

Gegen 10 Uhr muß die Sitzung abgebrochen werden, da Beschlußfähigkeit eingetreten ist.

Soziales.

Dienstbotenlos.

Was sich ein Dienstmädchen alles gefallen lassen muß, zeigte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Frankfurt a. M. Angeklagt war die Hebamme und Schumanns-Gefrau Elisabeth Renkel. Es wird ihr zur Last gelegt, ein Dienstmädchen gegen seinen Willen körperlich unterzucht, wörtlich und tätlich beleidigt zu haben. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Anklage liegt folgendes zu Grunde: Das betreffende Dienstmädchen stellte sich am Sonntag, den 28. Oktober 1906, nicht wohl und teilte ihrer Herrschaft auf einem Zettel mit, daß es den Sonntag über in seiner Manfardie bleiben würde. An demselben Abend wurde nun das Mädchen von der Hebamme Renkel, die von der Herrschaft herbeigeholt wurde, einer gewaltsamen Unterzucht unterzogen. Das Mädchen setzte sich heftig zur Wehr, die Hebamme überwältigte sie jedoch und betastete es in der rücksichtslosesten Weise. Als Kerzenhalter fungierte bei dieser empörenden Handlung ein Schumann, der zur Hilfe herbeigeholt worden war. Er habe aber — so sagt er — bei der Unterzucht sein Gesicht abgewandt. Die Hebamme stellte auf Grund der Unterzucht fest, das Mädchen habe heimlich geboren und das Kind bei Seite geschafft. Auf ihre Veranlassung wurde nun das Mädchen nach der Entbindung ins Gefängnis gebracht. Hier wurde aber festgestellt, daß das Mädchen niemals geboren hatte und auch nicht in anderen Umständen war. Der Chefarzt der Entbindungsanstalt sprach seine schärfste Mißbilligung über diese Art der Unterzucht eines unbescholtene Mädchen aus.

Das Gericht nahm tätliche und wörtliche Beleidigung und Nötigung an. Es verurteilte die Hebamme wegen der dem Mädchen zugefügten Kränkung zu der geringen Geldstrafe von 50 M., und wegen Uebertretung der Hebammenordnung zu 20 M. Geldstrafe. Der Rechtsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sum Untergang des Dampfers „Berlin“.

Goel van Holland, 21. Februar. (B. Z. B.) Um 4 Uhr ging das Rettungsboot von neuem in See, es war aber alles vergebens. Bisher sind ungefähr 30 Leichen geborgen. Bekanntheit sind die Leichen von A. Krüger aus dem Haag, van Ramotte, Anderson und Patriks nebst Sohn, alle aus Hamburg, sowie die Leichen von fünf Mann der Besatzung. Um vier Uhr sind tausende von Zuschauern. Die Lage des Schiffes ist noch unverändert. Der Minister für Ackerbau, Industrie und Handel sandte gleich bei der ersten Nachricht von der Katastrophe der „Berlin“ den Schiffsarztinspektor nach Goel van Holland, um sich über die Größe des Unglücks auf dem Laufenden zu halten.

Goel van Holland, 21. Februar. (B. Z. B.) Der Kapitän Parleson aus Velfast, welcher allein von den an Bord der gestrandeten „Berlin“ befindlichen gewesenen Personen gerettet wurde, war auf der Reise nach Amsterdam, um dort ein Schiff für seine Reder zu übernehmen. Er erzählte, die Nacht sei schrecklich gewesen, in seiner eigenen Laufbahn als Seemann habe er wenig ähnliche erlebt. Er hätte sich deshalb vollständig beseitigt befähigt auf dem Oberdeck aufgehalten. Das Leuchtfeuer war, wie Parleson erzählt, schon in der Nähe gewesen, und die Passagiere, von denen sich die meisten wegen des Sturmes nicht zur Ruhe begeben hatten, schöpften schon wieder Hoffnung, da erfolgte die Katastrophe. Es wurde ein suchbarer Stoß verspürt und plötzlich sah das Schiff unbeweglich fest. Parleson stürzte auf Deck, um seine Hüfte anzubieten, da er Seemann ist; aber in dem Augenblick sah er den Kapitän und den Steuermann im Wasser verschwinden. Was dann geschah, weiß Parleson nicht genau. Als er wieder zum Bewußtsein kam, fand er sich im Meer, von Holzstücken umgeben. Er ergriff einige von ihnen, und es gelang ihm auch, sich über Wasser zu halten. Als er ein Rettungsboot sah, rief er um Hilfe. Dann wurde er nach dem Wohnhof geschafft und von dort nach dem Hotel. Parleson muß ungefähr eine Stunde in dem tobenden und eisigen Wasser gewesen sein. Tief ergriffen erzählt er noch Einzelheiten darüber, wie er etwa 100 Menschen auf dem Vordeck des Oberdecks stehen sah, ehe er von den Bogen fortgerissen wurde.

Weitere Schiffskatastrophen.

Guzhaven, 21. Februar. (B. Z. B.) Heute vormittag sank der Bremerhavener Schlepper „Neufahrwasser“ infolge Zusammenstoßes mit dem Kreuzer „Medusa“. Es sind ertrunken der Kapitän, der erste und der zweite Maschinist, der Steuermann und ein Feiger. Vier Mann der Besatzung wurden von dem Schlepper „Terschelling“ schwerverletzt nach Guzhaven gebracht. Ein Mann der Besatzung wurde von der „Medusa“ gerettet.

Bergmannslos.

Prag, 21. Februar. (B. Z. B.) Wie die Abendblätter aus Brüx berichten, wurden auf dem Johannische der Gewerkschaft der „Brücher Hohlwerke“ vier Bergleute beim Niederbrechen eines Abbauplanes durch herabstürzende Kohlen vererschütet. Es wurde sofort an die Bergwerksarbeiten geschrieben; erst nach längerer Zeit gelang es, zu den Vererschütteten vorzudringen. Ein Bergmann wurde tot aufgefunden, die anderen drei Bergleute sind so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Reaktionäre Anschläge.

Die „Russ. Korrespondenz“ erhält folgendes Telegramm: Petersburg, 21. Februar. Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich, daß in einer Beratung in Jaroslavl Selo beschlossen worden ist, die Duma bei den ersten Anzeichen revolutionärer Gesinnung auseinanderzujaagen, eine Aenderung des Wahlgesetzes vorzunehmen und sich zunächst auf den Reichstag zu stützen.

Hungerstreik.

Lemberg, 21. Februar. (B. Z. B.) Die verhafteten ruthenischen Studenten, die sich seit mehr als drei Wochen im hiesigen Strafgericht befinden, haben heute mit dem angekündigten Hungerstreik begonnen, um gegen die lange Untersuchungshaft zu protestieren.

New York, (B. Z. B.) Auf dem Mississippi stieß der Kreuzer „Cleber“ mit einem amerikanischen Dampfer zusammen, welcher sofort sank. Acht Mann der Besatzung sind ertrunken.

Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 21. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Bethmann-Hollweg.

Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel

Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung.

Minister v. Bethmann-Hollweg: Von vielen Rednern ist gestern eine Reform der Gefindeordnung gefordert worden. Rein formal genommen, könnte man die Reformbedürftigkeit insofern wohl zugeben, als diejenige Gefindeordnung, welche für das größte Gebiet gilt, ein Jahrhundert alt ist. Die Lebensverhältnisse haben sich seitdem geändert, und es ist nicht zu verwundern, wenn manche Bestimmungen mit den heutigen Auffassungen nicht übereinstimmen. Auf die Gefindebedürftigkeit wird von den Herrschaften meist zu wenig Rücksicht genommen. Ich erinnere auch an die Hängewände, die wir in den älteren Berliner Häusern haben. Sind das ausreichende Wohnungen? Es kommt hinzu, daß wir uns gewöhnt haben, bei Anwesenheit unserer Vergnügungen auf unser Gefinde nicht genügend Rücksicht zu nehmen. (Sehr wahr!) Auf der anderen Seite sehen wir eine Scheu des Gefindes vor dem Dienst, so daß es dem Bauer oft unmöglich ist, ländliches Gefinde zu bekommen. Alles das ist von dem Charakter der Gefindeordnung absolut unabhängig. Eine allgemeine, einheitliche Kodifikation des Gefinderrechts für die verschiedenen Teile der Monarchie ist bei den ganz verschiedenen Verhältnissen ein außerordentlich schwieriges Werk, selbst wenn man, wie Abg. Münsterberg empfohlen hat, eine grundsätzliche Scheidung von Stadt und Land vornimmt. Sie werden mir daher nicht etwa Faulheit vorwerfen, wenn ich Bedenken trage, Ihnen eine Aufgabe zu erteilen.

Der Abg. v. Schudmann hat ernste und bewegliche Klagen über das Berliner Nachleben vorgebracht. Ich meine, er hat sich dabei vieler Ueberreibungen schuldig gemacht. (Sehr wahr!) In einer Beziehung gebe ich ihm aber durchaus recht: Es herrscht die Tendenz, die Nacht immer mehr zum Tage zu machen in feiner anderen Großstadt so sehr wie in Berlin. Das Rezept des Abg. v. Schudmann scheint mir aber eine Pferdekur zu sein. Wenn er eine frühe Polizeistunde für Berlin fordert, so übersieht er doch wohl, daß die internationalen Verkehrsverhältnisse und der Verkehr mit den Vororten dies gar nicht zulassen. Ich habe den Polizeipräsidenten schon zu Beginn meiner Amtstätigkeit aufgefordert, jeder Verlagerung der Polizeistunde mit Energie entgegenzutreten. Auf die Polizei kommt aber nicht alles an. Auch in England und Amerika haben sich die Polizeivorfchriften nach den Lebensgewohnheiten gerichtet und nicht umgekehrt. So wird es auch bei uns sein müssen. Die Mäßigkeitsbewegung, die nicht in Enthaltsamkeit auszuarten braucht, kann viel Gutes bringen. Man muß dem Bildungshunger Rechnung geben. Hier Pflege und Vermehrung des Sports kann gar nicht genug gesehen werden. Das ist eine sehr wichtige Aufgabe unserer Kommunen, die ich nachdrücklich unterstelle. Die Prostitutionsfrage ist ein heißes Thema, nicht nur wegen der Materie, sondern auch wegen der Gesundheit, die hier vorliegt. Das System unseres Strafgesetzbuches ist ein unglückliches und veraltetes. Die Polizei kann jetzt gar nicht anders als eine gewisse Reglementierung einführen. Wenn wir also zu einer Besserung kommen wollen, muß das Strafgesetzbuch geändert werden! Vielleicht können wir zu einem System kommen, wie es Dänemark hat! Dort ist die Reglementierung beseitigt, aber scharfe Strafbestimmungen, namentlich in hygienischer Beziehung, sind eingeführt. — Die Antimierneipen würde auch ich gern mit einem Federstrich beseitigen. Nach der Gewerbeordnung ist es aber nicht zulässig, die Konzession davon abhängig zu machen, daß keine weibliche Bedienung zugelassen wird. — Vor allen Dingen gilt es, die körperlichen und sittlichen Kräfte zu heben. Die Anschauungen des Volkes müssen mehr und mehr geläutert werden. Ich hoffe, daß es dann mehr und mehr — vielleicht mit immer wiederkehrenden Rückschlägen — gelingt, die Auswüchse einer Naturkraft zu beseitigen, der wir vom letzten Ende alle das Dasein, die Lust am Leben, Kraft und Arbeitsfreudigkeit verdanken. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Broemel (fr. Vg.) klagt über mangelnde Sicherheit des Berliner Tiergartens. Es zeige sich, daß die Sorge für die Statuen größer sei als die für die Menschen. Redner begründet sodann ausführlich einen Antrag, das Gehalt der Schutzmännervachtmänner auf 1700 bis 2400 M., das Höchstgehalt der Schutzmänner von 1900 auf 2100 M. zu erhöhen.

Minister v. Bethmann-Hollweg bittet, diesen Antrag der Kommission zur Beratung aller Beamtengehälter zu überweisen.

Abg. Dr. Dietrich (Z.): Es gebe andere, edlere Quellen für Arbeitsfreudigkeit als die vom Minister gepriesene Naturkraft. Die Bemerkung des Ministers sei eine Verleumdung für diejenigen, die durch die Verhältnisse oder freie Entschliebung an der Verletzung dieser Naturkraft gehindert seien. (Beifall im Zentrum.)

Minister v. Bethmann-Hollweg: Ich kann nicht begreifen, wie man meine Worte so auffassen konnte, wie der Redner es getan hat. Ich habe doch nicht von Sinnlichkeit, sondern von Lebenskraft gesprochen.

Abg. v. Schudmann (L.) stellt gegenüber den gestrigen Ausführungen des Abg. Kreiling fest, daß er in seiner Rede ausdrücklich anerkannt habe, daß viele Berliner Familien ein sittlich einwandfreies Leben führten.

Abg. Münsterberg (fr. Vg.) bedauert die Erklärung des Ministers, daß er eine Kodifikation der Gefindeordnung nicht schaffen könne. Was Baden, Württemberg und Sachsen könnten, müsse Preußen auch können.

Abg. Rosenow (fr. Vp.) konstatiert, daß der Abg. v. Schudmann durch seine heutige Bemerkung seine gestrige Verleumdung der Berliner nur noch unterfrischen habe; denn, wenn er sage, daß es auch viele Familien gebe, die gut lebten, so werfe er doch den übrigen vor, daß sie unsittlich lebten.

Redner bespricht sodann das Verhältnis der Stadt Berlin zur Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft: Auf die Genehmigung von Straßenbahnlinien durch den Polizeipräsidenten hätte die Stadt oft zwei Jahre warten müssen! Der Polizeipräsident habe das Interesse der Gesellschaft stets in den Vordergrund gerückt. (Beifall links.)

Minister v. Bethmann-Hollweg stellt dem Redner anheim, eine Beschwerde über Berliner Verkehrsverhältnisse beim Etat des Ministers der öffentlichen Arbeiten vorzubringen.

Abg. Heiß (Z.) spricht sich für eine Reform der gänzlich veralteten Gefindeordnung, insbesondere für die Aufhebung der Koalitionverbote aus und wünscht eine Verschärfung der Rohrungs-mittelkontrolle.

Abg. Broemel (fr. Vg.) weist noch einmal auf die Notwendigkeit größerer Kontrolle des Automobilverkehrs hin.

Abg. Kreiling hält gegenüber dem Abg. v. Schudmann seine gestrigen Ausführungen vollständig aufrecht.

Der Antrag Broemel wird der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt das Kapitel „Polizeiverwaltung in den Provinzen“.

Abg. Geert (L.) begründet einen Antrag auf Gleichstellung der Beamten der Polizeiverwaltungen in den Provinzen mit denjenigen der Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung.

Abg. Jund (fr. Vp.) tritt insbesondere für eine Vorsehung der Polizeikommissare in Frankfurt a. M. und ihre Gleichstellung mit den Berliner Polizeikommissaren ein.

Abg. Hammer (L.) macht darauf aufmerksam, daß die Bestimmung des Vereinsgesetzes, wonach Schüler und Lehrlinge politischen Vereinen nicht angehören dürfen, durch das Bestehen der sozialdemokratischen Lehrvereine und Jugendvereine verletzt werde. In Breslau

habe der Oberpräsident erklärt, daß jugendliche Arbeiter, welche die Fortbildungsschule besuchen müßten, also bis zum 18. Lebensjahre, als Schüler im Sinne des Vereinsgesetzes anzusehen seien. Ein solches Vorgehen empfehle sich auch für Berlin.

Abg. v. Werten (L.) tritt für erhöhten Tierchutz ein. Der Antrag geht an die Budgetkommission.

Weim Kapitel: „Polizeidistriktskommissare in der Provinz Posen“ wünscht

Abg. Rindler (fr. Vp.) Erhöhung des Fonds für Bureau- und Pferdevergütungen für diese Kommissionen.

Die Abgg. Lufensky (natl.) und Bierck (fr.) schließen sich dem Vorredner an.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr.

(Außerdem: Interpellation des Zentrums und der Freisinnigen wegen des Unglücks auf der Reedengrube im Saarrevier.) Schluß 4 Uhr.

Die russische Revolution.

Die Wahlen.

Petersburg, 20. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Von den bis 10 Uhr abends in 56 Gouvernements und 15 Städten mit eigener Vertretung gewählten Dumamitgliedern sind 36 Monarchisten und 27 Gemäßigte, darunter 17 Oktohristen, 108 gehören der Linken an, unter ihnen befinden sich 47 Kadetten, 31 Sozialdemokraten und 48 Rationalisten.

Odesa, 20. Februar. (M. Z. V.) Zum Abgeordneten für die Reichsduma wurde der Kandidat der Kadettenpartei Pergament, ein Juraer, mit 54 Stimmen gegen den Sozialdemokraten Kalliatowitsch gewählt, der 33 Stimmen erhielt.

Petersburg, 21. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach den bis 4 Uhr nachmittags eingelaufenen Telegrammen sind 355 Abgeordnete gewählt, darunter 62 von der Monarchistenpartei, 28 Gemäßigte, 221 von der Linken und 44 Rationalisten. Unter den Mitgliedern der Rechten sind 27 Monarchisten und 18 Oktohristen, unter denen der Linken 59 Kadetten, 27 Angehörige der Arbeiterpartei, 36 Sozialdemokraten und 7 Sozialrevolutionäre. (Die Gesamtzahl der Abgeordneten für die Reichsduma beträgt 524.)

Petersburg.

Ueber die Wahl in Petersburg geht uns folgendes Privattelegramm zu:

Petersburg, den 21. Februar. Die Kadetten erlangten Stimmenmehrheit, jedoch kann der Linkenblock einen starken Erfolg registrieren.

Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen.

Im gestrigen „Reichs-Anzeiger“ wird die nachstehende Bekanntmachung des Bundesrats vom 17. Februar 1907, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen veröffentlicht, die mit dem 1. Mai dieses Jahres in Kraft tritt:

Bekanntmachung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen.

Vom 17. Februar 1907.

Auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung hat der Bundesrat folgende Vorschriften, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen erlassen:

§ 1.

Die nachstehenden Vorschriften finden Anwendung auf alle Fabriken und sonstigen gewerblichen Anlagen, in welchen zur Herstellung von Zigarren erforderliche Verrichtungen vorgenommen oder Zigarren sortiert werden, sofern in den Anlagen nicht ausschließlich zur Familie des Arbeitgebers gehörige Personen beschäftigt werden.

§ 2.

Die Arbeits-, Lager- oder Trockenräume dürfen nicht als Wohn-, Koch- oder Vorratsräume benutzt werden. Die Zugänge von den Arbeits-, Lager- oder Trockenräumen zu benachbarten Wohn-, Schlaf-, Koch- oder Vorratsräumen sowie die Zugänge von den Arbeitsräumen zu benachbarten Lager- oder Trockenräumen müssen mit selbstschließenden dichten Türen versehen sein, welche während der Arbeitszeit geschlossen sein müssen.

§ 3.

Räume, in welchen das Abstreifen von Tabak, das Wickeln, Rollen oder Sortieren von Zigarren vorgenommen wird, müssen den folgenden Anforderungen entsprechen:

- 1. Sie dürfen mit ihrem Fußboden höchstens einen halben Meter unter dem ihn umgebenden Erdboden liegen und müssen, wenn sie unmittelbar unter dem Dache liegen, verputzt oder verputzt sein;
2. sie müssen mindestens drei Meter hoch sein;
3. sie müssen mit festen und dichten Fußböden versehen sein;
4. sie müssen mit unmittelbar ins Freie führenden Fenstern versehen sein, welche nach Zahl und Größe genügen, um für alle Arbeitsstellen Luft und Licht in ausreichendem Maße zu gewähren. Die Fenster müssen so eingerichtet sein, daß sie wenigstens für die Hälfte ihres Flächenraums geöffnet werden können;
5. in den Räumen müssen auf jede beschäftigte Person mindestens zehn Kubikmeter Luftraum entfallen.

§ 4.

Im übrigen gelten für die im § 3 bezeichneten Räume folgende Vorschriften:

- 1. In den Räumen darf Tabak nicht anders als in angefeuchtetem Zustande gemischt und nicht getrocknet werden. Tabak oder Halbfabrikate dürfen nur in der durchschnittlich für eine Tagesarbeit erforderlichen Menge gelagert werden. Auch dürfen dafelbst nicht mehr Zigarren vorhanden sein, als durchschnittlich an einem Tage angefertigt werden. In Anlagen, in welchen nicht mehr als fünf Arbeiter beschäftigt werden, ist es gestattet, in den Räumen Tabak und Halbfabrikate in der durchschnittlich für eine Wochenarbeit erforderlichen Menge und soviel Zigarren, als durchschnittlich in einer Woche angefertigt werden, aufzubewahren, sofern die Aufbewahrung in dicht geschlossenen Behältnissen erfolgt.
2. Die Räume müssen täglich mindestens dreimal eine halbe Stunde lang, und zwar jedenfalls morgens vor Beginn der Arbeit, während der Mittagspause und nach Beendigung der Arbeitszeit, durch vollständiges Öffnen der Fenster und der nicht in Wohn-, Schlaf-, Koch- oder Vorratsräumen führenden Türen gelüftet werden. Während dieser Zeit darf den Arbeitern der Aufenthalt in den Räumen nicht gestattet werden.
3. Die Räume und deren Einrichtungen, insbesondere auch Wände, Deden, Gesimse, Regale sind mindestens zweimal im Jahre gründlich zu reinigen. Von den Fußböden und Arbeitstischen ist täglich mindestens einmal durch Abwaschen oder sauberes Abreiben der Staub zu entfernen.
4. In den Räumen sind mit Wasser gefüllte und täglich zu reinigende Spucknäpfe, und zwar mindestens eine für je fünf Personen, aufzustellen.

5. In den Räumen oder in deren unmittelbarer Nähe sind für die Zahl der darin beschäftigten Arbeiter ausreichende Wascheinrichtungen mit Handlächern und Seife anzubringen.

§ 5.

Kleidungsgestelle, welche während der Arbeitszeit abgelegt werden, sind außerhalb der Arbeits-, Lager- oder Trockenräume aufzubewahren. Innerhalb dieser Räume ist die Aufbewahrung nur dann gestattet, wenn sie in ausschließlich dazu bestimmten verschließbaren Schränken erfolgt. Die letzteren müssen während der Arbeitszeit geschlossen sein.

§ 6.

In Anlagen, in welchen 10 oder mehr Arbeiter beschäftigt werden, müssen für Arbeiter und Arbeiterinnen getrennte Aborte mit besonderen Eingängen und, sofern vor Beginn und nach Beendigung der Arbeit ein Wechsel der Kleider stattfindet, getrennte Aus- und Ankleideräume vorhanden sein.

§ 7.

Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter dürfen nur dann beschäftigt werden, wenn sie in unmittelbaren Arbeitsverhältnissen zum Betriebsunternehmer stehen. Das Annehmen und Ablohnen dieser Personen durch andere Arbeiter oder für deren Rechnung ist nicht gestattet. Diese Vorschrift findet auf Arbeiter, die zu einander in dem Verhältnisse von Ehegatten oder Geschwistern stehen oder mit einander in gerader Linie verwandt oder verschwägert sind, keine Anwendung.

§ 8.

Die höheren Verwaltungsbehörden sind befugt, auf Antrag Ausnahmen von den Vorschriften des § 3 Ziffer 2, Ziffer 4 Satz 2, Ziffer 5 und des § 4 Ziffer 2 zuzulassen, wenn die Arbeitsräume mit einer wirksamen Einrichtung zur Herbeiführung eines ausreichenden Luftwechsels versehen sind. Im Falle der Bewilligung von Ausnahmen von der Vorschrift des § 3 Ziffer 5 müssen jedoch für jede beschäftigte Person mindestens sieben Kubikmeter Luftraum verbleiben.

Die höheren Verwaltungsbehörden können ferner auf Antrag Ausnahmen von der Vorschrift des § 3 Ziffer 2 für solche Räume zulassen, in denen nicht mehr als fünf Arbeiter beschäftigt werden, in Abweichung von den Vorschriften des § 2 und des § 4 Ziffer 1 Abs. 1 auf Antrag zu gestatten, daß das Trocknen des Tabaks in der Küche oder im Arbeitsraum vorgenommen wird, sofern durch geeignete Einrichtungen ausreichende Fürsorge gegen hierdurch drohende Gesundheitsgefährdungen getroffen ist.

§ 9.

Unberührt bleibt die Befugnis der zuständigen Behörden, im Wege der Befugnis für einzelne Anlagen (§ 120d der Gewerbeordnung) oder durch allgemeine Anordnung für alle Anlagen ihres Bezirks (§ 120e Abs. 2 a. a. O.):

- 1. Die Anbringung besonderer Einrichtungen zur Herbeiführung eines ausreichenden Luftwechsels in den Arbeitsräumen vorzuschreiben;
2. die für die Instandhaltung und Reinhaltung der Deden und Wände erforderlichen Bestimmungen zu treffen;
3. Anordnungen über die Einrichtung der Arbeitstische und -stühle zu erlassen;
4. Maßnahmen zur Vermeidung von Staubbelästigung bei der Verwendung von Maschinen anzuordnen.

§ 10.

Der Arbeitgeber hat für die Arbeiter verbindliche Bestimmungen über folgende Gegenstände zu erlassen:

- 1. Die Arbeiter dürfen nicht auf den Fußboden aufspucken.
2. Die Arbeiter dürfen Zigarren nicht mit dem Munde bearbeiten und die Zigarrenmischer nicht mit Speichel befeuchten. In den zu erlassenden Vorschriften ist vorzusehen, daß Arbeiter, welche trotz wiederholter Warnung den vorstehend bezeichneten Bestimmungen zuwiderhandeln, vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung entlassen werden können. Ist für den Betrieb eine Arbeitsordnung erlassen (§ 134a der Gewerbeordnung), so sind die vorstehend bezeichneten Bestimmungen in die Arbeitsordnung aufzunehmen.

§ 11.

In den Arbeitsräumen, in denen das Abstreifen von Tabak, das Wickeln, Rollen oder Sortieren von Zigarren vorgenommen wird, muß an der Eingangstür ein von der Polizeibehörde unterzeichnetes Auswahnbefehl sein, aus welchem ersichtlich sind:

- 1. die Länge, Breite und Höhe des Arbeitsraums;
2. der Inhalt des Luftstroms in Kubikmeter;
3. die Zahl der Personen, welche demnach in dem Arbeitsraum beschäftigt werden dürfen;
4. die von der höheren Verwaltungsbehörde gemäß § 8 für den Arbeitsraum etwa zugelassenen Ausnahmen. In jedem Arbeitsraum muß ferner eine Abschrift oder ein Abdruck dieser Vorschriften sowie der gemäß § 10 vom Arbeitgeber erlassenen Bestimmung an einer in die Augen fallenden Stelle aushängen.

§ 12.

Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. Mai 1907 in Kraft und an die Stelle der durch die Bekanntmachungen des Reichskanzlers vom 8. Juli 1893 (Reichsgesetzbl. S. 218) und vom 9. April 1905 (Reichsgesetzbl. S. 236) verkündeten Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen. Jedoch benachteiligt es für die beim Erlasse dieser Bestimmungen bereits im Betriebe stehenden Anlagen hinsichtlich der Größe des jedem Arbeiter zu gewährenden Luftstroms bis zum 1. Januar 1913 bei den Vorschriften des § 5 der Bekanntmachung vom 8. Juli 1893.

Berlin, den 17. Februar 1907.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Graf von Posadowsky.

Ein bayrisches Staats- und Bankpanama.

Aus Würzburg schreibt man uns: Warum soll das gute Bayern nicht ebenso seine Korruptions-affäre haben, wie Preußen seine Pommerbankaffäre mit dem Kirchenbauernfonds und wie das Reich seine Tippelskirch- und Robbielski-Affäre? Die Dinge in den blauweißen Grenzgebieten knüpfen auch an eine Hypothekbank an, und zwar an eine der acht bayerischen, diejenige von Würzburg. Diese wurde 1895 vom Bankhause Ansbacher (Frankfurt a. M.) gegründet. Der allgemeine Kampf zwischen modernen Großbanken und kleinen Emissionshäusern spielt auch hier mit. Der Riesenbetrieb der Berliner Diskontogesellschaft hat seit 1905 bei der Bayerischen Bodencreditanstalt in Würzburg den Platz eingenommen, den früher die kleinere Gründerfirma hatte. Wo einstmal Herr Ansbacher saß, sitzen jetzt der Frankfurter Stadterordnete und Kommerzienrat Herr Labenburg bzw. dessen Bruder als Freunde der Diskontogesellschaft. Das Großkapital hat die Leute mit einfachen Millionen verdrängt. Die „Frankfurter Zeitung“ hat früher behauptet, die verdrängte Gründerfirma habe das günstige Pfandbriefgeschäft unzureichend ausgenutzt und bei Kapitalvermehrungen, Emissionen und Vertretung an der Frankfurter Börse unbillig-nismäßige Vorteile beansprucht und bezogen. Unser Genosse Galet

brachte nach der Darstellung der „Frankfurter Zeitung“, die er damals für richtig halten mußte, diese Dinge in der Sitzung des bayerischen Abgeordnetenhauses vom 17. Dezember 1903 zur Sprache und bemängelte die Staatsaufsicht. Schon damals fiel es auf, wie skrupellos die „Frankfurter Zeitung“ in ihrem Abendblatt vom 19. Dezember 1903 den Inhalt der Verhandlungen ins Gegenteil wendete. Jetzt behauptet der hinausgebrachte Gründer, daß

die Bankdirektoren die Großbank aus Berlin holten, weil ihnen Ansbacher nicht genug persönliche Vorteile zukommen ließ, und daß hinter der „Frankfurter Zeitung“ — diese Bankdirektoren und ihre Aufsichtsräte stecken. In der Tat haben diese Herren, lauter „liberale“ Würzburger Ordnungsgroßen selbstverständlich, lebhaft mit der „Frankfurter Zeitung“ verkehrt, und in der Tat hat der Vertrauensmann der Berliner Diskontogesellschaft, Herr Kommerzienrat Lodenburg, den Gründer mit einem Verschuldungsstande in der „Frankfurter Zeitung“ bedroht, wenn er nicht weiche; notabene derselbe Kommerzienrat Lodenburg, der kurze Zeit vorher als Frankfurter Handelsrichter im Prozesse zwischen Gründer und Bank fungiert hatte! In der Tat verurteilte die früher so billige Kritik der „Frankfurter Zeitung“ genau von demselben Augenblicke an, in welchem die große und mächtige Diskontobank das Emissionshaus für die Würzburger Bank wurde, ohne daß sich an den Geschäften derselben irgend etwas änderte. Und wie so sich Gründer und Bankdirektoren in Differenzen gerieten, hat ersterer, was die „Frankfurter Zeitung“ geflissentlich unterdrückte, schon auf der Generalversammlung von 1903 wie folgt geschildert:

Geschichte eines Anstellungsvertrages.

Auf der Tagesordnung der Aufsichtsratsitzung der B. W. A. in Würzburg vom 11. Februar 1905 hieß der Punkt 2 „Verschiedenes“, unter diesem Titel „Verschiedenes“ brachte der Vorsitzende den Antrag der Direktoren auf Verlängerung ihrer Verträge zur Sprache, sonst nichts. Die Direktoren, von denen der eine noch zwei Jahre lang, der andere noch vier Jahre lang Vertrag hatte, wünschten Verlängerung ihrer bisherigen Verträge auf 10 Jahre. . . . Später wurde der Antrag der Direktion auf Verlängerung ihrer Verträge als angenommen erklärt. . . . Das Protokoll über diese Sitzung wurde nicht sogleich aufgenommen, sondern — wie bei diesem Institute üblich — bis zur nächsten Sitzung angefertigt und, ohne es zu verlesen, in derselben den Herren Aufsichtsratsmitgliedern zur Unterschrift vorgelegt. Im späteren Prozesse wurde bemängelt: 1. daß die Verlängerung in statutenwidriger Weise stattgefunden hat, weil dieser Gegenstand nicht vorgeschrieben auf der Tagesordnung angegeben war, 2. daß eine Geschwindigkeit darin zu suchen sei, daß man eine 10jährige Bindung der Gesellschaft den Angestellten gegenüber vorgenommen hat, obwohl nach dem Gesetz der Angestellte selbst nicht über 5 Jahre hinaus verpflichtet werden kann, 3. daß es überhaupt tadelnswert sei, daß die Direktoren durch den Versuch der Ueberleitung der Bankverbindung von der Gründungsstirna weg in fremde Hände, zwar die Bank in eine Krise versetzten, gleichzeitig aber ihre eigene Position für alle Fälle auf lange Jahre in Sicherheit brachten. . . . Es erschien Ende Oktober eine Einladung für den 4. November zu einer Aufsichtsratsitzung mit der Tagesordnung: Vertragsverlängerung mit Herrn Direktor Souer. Ansbacher protestierte sofort dagegen unter Hinweis auf § 16 der Statuten, ja er erklärte sogar in seinen weiteren Ausführungen, daß er jetzt in dieser Verlängerung eine direkt auf Schädigung der Gesellschaft abzielende Handlung erblicken würde. Versenungachtet wurde in der Sitzung vom 4. November die Vertragsverlängerung beschlossen mit der Aenderung, daß für seine Lantimen ein Maximalbetrag von 40 000 Mark stipuliert werde und einer weiteren Aenderung dahingehend, daß die Verlängerung sogar elf Jahre umfassen soll. Unter weiteren unbekanntem Punkte der Veränderung war der wesentliche der, daß die ganze Lantimenberechnung der Direktoren durch eine geschickte, unauffällige Beifügung des § 10 der Statuten die ganzen Zinsen aus dem Aktienkapital zu 4 Proz. lantimenpflichtig gemacht wurden, was für die Direktoren eine plötzliche Erhöhung ihrer Bezüge gegen den bisherigen Stand um zirka 26 000 bis 30 000 Mark bedeutete. . . . Der § 10, nach welchem nunmehr die Lantimenberechnung stattfinden soll, ist entsprechend dem Wortlaute des neuen Gesetzes mit 1. Januar 1900 in die Statuten aufgenommen worden; aber es fiel den Direktoren nicht ein, ihre Lantimenberechnung danach vorzunehmen. Weil das Aktienkapital und die Dividende nur klein, die Gewinne jedoch und die Rücklagen sehr groß waren, haben sie an dem für sie weitaus vorteilhafteren Rodus des Vertrages festgehalten. Jetzt aber, wo das Aktienkapital gewachsen und die Gewinne relativ spärlicher, also die Rücklagen höchst unbedeutend geworden sind, ziehen sie den neuen Rodus der Lantimenberechnung vor, warten für diese Veränderung nicht einmal Ablauf ihrer bisherigen Verträge ab und machen nicht nur den Gewinn, sondern das Kapital der Gesellschaft tributpflichtig, und so würden sie nach dem neuen Rodus pro 1904 statt 48 000 Mark 74 000 Mark und pro 1905 statt 48 000 Mark ebenfalls zirka 74 000 Mark erhalten.

Reihe Dinge aus den Geheimnissen einer bayerischen Hypothekendarlehenbank! Aber zu ihrer Vollständigkeit gehört noch, daß der Intimus dieser lantimenwütigen Direktoren der Würzburger Rechtsanwalt und „liberale“ Kandidat bei der letzten Reichstagswahl Reigner ist und daß sich ihm die Direktoren dadurch dankbar erweisen, daß ihm auf Kosten der Hypothekenschuldner der Bank natürlich, die ohne rechtswidrige „Behandlung“ selbstverständlich viel billiger davontommen würden, den Verkehr mit jenen übertragen, der bisher direkt durch die Bank gepflegt wurde. So sieht die Würzburger Führerschaft des „freihellich denkenden Bürgeriums“ aus!

Sicher ist, daß die Verhandlungen der soeben stattgefundenen Generalversammlung und die gelegentlich derselben von uns eingelegenen Informationen jetzt unseren bayerischen Genossen im Landtage geradezu unschätzbare Material bieten zur Beurteilung der Staatsaufsicht, die Genosse Haller schon damals so scharf bemängelte. Es sieht nämlich urkundlich fest, daß

Der bayerische Staatskommissar in Würzburg,

der die Bank beaufsichtigen sollte, munter und fidel mit den Aktien derselben, die er sich zu Vorzugpreisen zu verschaffen suchte, spekulierte. Von diesem Ehrenmanne, einem sicheren königlichen Oberregierungsrat Trümmer, der schon 1900 für 5000 Mark Aktien zu einem besonders billigen Preise von den Direktoren der Bank erhielt, konnten folgende Briefe im Wortlaute bekannt gegeben werden:

Würzburg, 9. August 1902.

Hochgeachteter Herr Ansbacher!

Der tägliche Verkehr mit den Herren Direktoren und Aufsichtsräten unserer Bank läßt den Wunsch, als Aktionär derselben etwas kräftiger beteiligt zu sein als bisher, immer lebhafter hervortreten, um nicht gegen diese glücklichen Herren zu tief abzusuchen.

Freilich weiß ich, wie ich in den Besitz von mehr Aktien kommen könnte, aber die Finanzierung fällt mir zu schwer. Ich bitte Sie daher, hochgeachteter Herr Ansbacher, ob Sie nicht die Güte haben möchten, den Erwerb mir zu erleichtern. Ich würde selbstverständlich Discretion bewahren und würde Ihnen in jeder möglichen Weise dankbar sein.

In Verehrung ergebener

Trümmer, Igl. Reg.-Rat.

Würzburg, 25. Januar 1904.

Hochgeachteter Herr Ansbacher!

nach anruhendem Verzeichnis habe ich per 1. Febr. 1904 in Sa. 15 000 M. für 20 neue Aktien der B. W. A. -Anstalt infl. für 5 Aktien der B. W. A., welche für mich bei Ihnen deponiert sind, einzuzahlen. Ich bitte Sie recht dringend, die Zahlung für mich gültig zu leisten und mich für den Betrag zu belasten. Zur Sicherheit bitte ich die bereits deponierten 10 alten Aktien zu behalten und außerdem die 5 neuen Aktien zu deponieren. Die alte Schuld (Finanz-Salvo Nr. 31. Dezember 1903 mit 1124,80 M.) tilge ich durch Ueberlassung der 10 Dividenden-Coupons (pro 1903) des Depots und außerdem durch 5 Divid.-Coup. do., welche ich beilege.

Zur Verzinsung der neuen Schuld bin ich selbstverständlich gerne bereit, wobei ich den jeweiligen Zinsfuß Ihrem gütigen Ermessen anheimgabe. Im Verfallungsfall würde ich 15 000 M. Pfälz. Bank-Aktien verkaufen müssen und dadurch einen sehr empfindlichen Schaden leiden. Die neue Schuld mit 15 000 M. würde ich tilgen durch Ueberlassung der 60 Dividenden-Coupons unserer Bank mit jährlich 4800 M., so daß mit März 1907 die Tilgung perfekt wäre, wenn nicht schon früher durch weniger verlustreichen Verkauf der Pfälz. Bank-Aktien.

Für den bisherigen gütigen Beistand ganz ergebend dankend, zeichne ich in Wiederholung meiner dringenden Bitte in ausgezeichneter Hochachtung und Verehrung

Karl Trümmer, Igl. Reg.-Rat.

P. S. Im Einvernehmen mit den 5 Direktoren: der Name Trümmer wurde mit dessen Einverständnis mitgerechnet, um dem Staatskommissar bei einer allenfallsigen Revision eine Verlegenheit zu ersparen. Wenn es möglich wäre, würde ich bitten, in der Korrespondenz mit der Bank meinen Namen unerwähnt zu lassen.

Gesehen

Ah.

Würzburg, 7. November 1904.

Hochgeachteter Herr Ansbacher!

Durch einen günstigen Umstand bin ich unverhofft in die Lage versetzt, meine gesamte Schuld bei Ihnen per 10. d. M. zu bereinigen.

Ich bitte mir umgehend die Schuldberechnung per 10. ds. in Haupt- und Nebenache gültig mitzuteilen.

In Verehrung dankbar ergebener

Trümmer, Reg.-Rat.

Welch reizende Geständnisse eines Staatsaufsichtsbekanntem enthalten diese schönen Schreiben! Der Herr A. Regierungsrat will „etwas kräftiger“ als mit „nur“ 5000 Mark „beteiligt“ sein, nun, um nicht gegen die „glücklichen“ Direktoren „zu tief abzusuchen“. Die pflichtgemäße Unabgängigkeit gegenüber der Bank empfindet diese Perle von einem staatlichen Aufsichtskommissar als — „Ernieuerung“ und erst wenn er tüchtig mispeluliert, führt er sich „gleichwertig“! Doch er alle Chancen ausgenutzt gelernt hat, auch diejenigen, welche ihm seine Stellung verleiht, zeigt der zweite Brief von 1904 mit dem famosen Handlungsarrangement für seine Beteiligung bis — 1907! Als „Trümmer“ ist der Schlawenberger in den Rechnungen der Bank geführt, wie der Direktor sich in einer Nachschrift ausdrücklich bestritt, damit dem „Staatskommissar bei einer allenfallsigen Revision eine Verlegenheit erspart wird“ — dabei ist der Staatskommissar der Briefschreiber, Herr A. Oberregierungsrat Trümmer, selber! Und schluß ist der brave Beamte! Als er im Herbst 1904 merkt, daß das von den Direktoren vertraulich abgeschlossene Abkommen mit der Diskontogesellschaft so gut wie fertig war, daß infolgedessen der Gründer Ansbacher in Konflikt mit der Bank zu kommen drohte und eventuell ungemütlich werden könnte, „bereinigt“ der Herr Staatskommissar schnell seine „gesamte Schuld“ bei diesem, und durch die „Guns“ ganz „unverhofft“ Umstände kann er das!

Aber damit nicht genug! Nach einer auf der gestrigen Generalversammlung verbreiteten Darstellung gab es außerdem noch ein förmliches Konto K bei der Würzburger Hypothekendarlehenbank. Diese Darstellung lautet:

Als im Oktober 1890 die k. bay. Staatsregierung den Staatskommissar für die Bank ernannte, wurde der Bank dafür eine Staatsgebühr von 1200 M. pro anno, die an das Lageramt zu entrichten sei, auferlegt. Das war eine Staatsabgabe wie jede andere auch. Wann hat man je gehört, daß ein Steuerträger an den ihm vom Staate auferlegten Lasten nicht genug hat? Nun, das Unglaubliche geschieht. Die Herren Direktoren haben diese Staatsabgabe zu niedrig. Sie fanden eine Erhöhung dieser Last, eine Zulage an den Staatskommissar um 1800 M. pro anno für angemessen. So glatt von Hand zu Hand ergehen das unantastbar. Es wurde daher mit Beginn des Jahres 1900 aus dem Spesenkonto der Bank ein Betrag von 1800 M. pro anno entnommen und dafür wurden Handbriebe in ein separates Depot gelegt; später wurden diese Verträge auf ein Reservekonto für Staatsaufsicht gestellt. In einer Aufsichtsratsitzung Ende 1905 respektive Anfangs 1906 sah sich die Direktion demüthigt, für diesen Vorgang folgende Erklärung abzugeben. Sie habe sich Ende 1899 mit einem Schreiben an das königliche Ministerium gewandt und darin angefragt, ob sie dem Staatskommissar außer den 1200 M. für seine Aufsicht weitere 1800 M. für seine ihm zugewiesene Funktion als Treuhänder geben dürfe? . . . Der Herr Minister erklärte in der Landtagsitzung vom 17. Dezember 1903 wörtlich: „Für Wahrnehmung der formalen Geschäfte des Treuhänders sind gleichfalls von der Regierung Treuhändlerstellvertreter aufgestellt.“ Ueberdies werden auch die Herren Treuhändlerstellvertreter bezahlt. Die Ausrede der Herren Direktoren ist also recht schlecht gewählt. Auf diesen Brief an das Ministerium also sei immer und immer keine Antwort eingelaufen und so habe man in Erwartung dieser Antwort fortgesetzt und Jahr für Jahr diese 1800 M. pro anno auf die Seite gelegt. Wer denkt da nicht an die Briefe, die ihm nicht erreichen? Wer die Bunkelhaftigkeit kennt, mit welcher bei uns in den Ministerien, die Erlässe erledigt werden, der muß es ausfallend finden, daß eine Eingabe sieben Jahre lang unbeantwortet blieb. Man hat also jahrelang ein falsches Gewinn- und Verlustkonto, eine falsche Bilanz aufgemacht. Was hat nun aber der Herr Staatskommissar selbst zur Sache gesagt? Er hat wohl von der ganzen Sache nichts gewußt? weder aus den Büchern, noch aus der Kassa, noch aus den Handbrieftafeln? . . . Oweh hat er die Geschäfte gekannt und gebuhlet? Warum hat er sie gebuhlet, warum hat er nicht auf Klarstellung gedrungen? Konnte er seinen Minister nicht soweit, daß dieser nicht der Mann ist, der Eingaben sieben Jahre lang unbeantwortet läßt?

Das ist alles so ziffernmäßig klar und tatsächlich lüdenlos dargestellt, daß es der Wirklichkeit bis ins kleinste zu entsprechen scheint. Auch wurden von der Gegenseite gar keine Versuche gemacht, eine ernsthafte Widerlegung zu liefern. Es bleibt also beim bayerischen Konto K!

Dieses bayerische Staats- und Ordnungspanama wird ja wohl nun sofort zu den nötigen Schritten in der Verwaltung und in der Oeffentlichkeit führen und in Presse und Kammer gebührend beleuchtet werden, namentlich von unseren Abgeordneten. Nicht ohne ein gewisses politisches Interesse bleibt aber schließlich nach der eben getätigten Reichstagswahl und der großspurigen Rolle, welche die „Frankfurter Zeitung“ in ihr zu spielen versuchte, auch die Art, wie dieses dresdenförmige Blatt bei der Affäre abschnellete. Viel leicht hat die „Frankfurter Zeitung“ deshalb nichts von dem Panama der Staatsaufsicht gewußt, obgleich verbürgt wird, daß ihrem Finanzredakteur das Vorhandensein eines Würzburger „Konto K“ schon vor der Generalversammlung von 1903 zuverlässig mitgeteilt wurde. Aber es ist die alte Geschichte bei der „Frankfurter Zeitung“: sie sieht in geschäftlichen, wie in politischen Dingen, immer nur den Spalter im Auge anderer, niemals den Balken im eigenen. Das Ergebnis ist die Korruption, von der wir ja nur ein kleines Stückchen aufdecken konnten und die mitten in den von der „Frankfurter Zeitung“ angeblich so sorgfältig behüteten Gefilden blüht und gedeiht wie nur irgendwo.

Haus der Partei.

Vom Fortschritt der Presse. Der Ruhen der Haus-agitation erweist sich in Elberfeld und Warmen am vergangenen Sonntag. Es sind auf einen Schlag in Elberfeld über 600 und in Warmen annähernd 800 neue Abonnenten gewonnen worden.

Von den Organisations. Die Zahl der politisch organisierten Parteigenossen in der Stadt Brandenburg a. O. in den beiden letzten Monaten von 2000 auf 2500 gestiegen. Brandenburg hat zirka 61 000 Einwohner, darunter etwa 4000 Soldaten. Der Prozentsatz der Organisierten ist also ein sehr erfreulicher.

In der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins zu Pansburg wurde berichtet, daß die Mitglieder-

zahl im Berichtsjahre von 211 auf 882 gestiegen ist. Die Einnahme betrug 1128,25, die Ausgabe 1027,89 M.

Personalien. In der „Märkischen Volksstimme“ zu Pfort lesen wir: Genosse Dr. Adolf Braun, seit sechs Jahren Chefredakteur der „Frankischen Tagespost“ in Nürnberg, hat von den österreichischen Parteigenossen einen Ruf an die „Wiener Arbeiterzeitung“, das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokraten, erhalten. Bestimmte Gründe haben ihn veranlaßt, dem Rufe Folge zu leisten. Er tritt seine neue Stellung am 15. März an. Als zukünftigen Leiter der „Frankischen Tagespost“ haben die Nürnberger Parteigenossen den früheren Chefredakteur des „Vorwärts“, den Genossen Kurt Eisner, gewählt, der in den nächsten Tagen von Berlin nach Nürnberg übersiedelt.

Ein Verfechter der Arbeiterbewegung Ungarns ist gestorben. Von den Männern, die an der Wiege der ungarländischen Arbeiterbewegung gestanden, ist der Wadersten einer, Karl Farkas zu Grabe getragen worden. Als Gründer der ungarischen Sektion der Internationalen war Karl Farkas im Vereine mit Anton Jrlinger, Siegmund Polger und Viktor Kisköldi, der erste Organisator der ungarländischen Arbeiterpartei, an deren Spitze er fast anderthalb Jahrzehnte lang stand. Er hatte viele Verfolgungen zu erdulden und anlässlich des 1871er Hochverratsprozesses sah er elf Monate lang hinter den Mauern des Waigener Staatsgefängnisses. Karl Farkas entstammte einer verarmten Gentryfamilie, sein Adelsprädikat, das er als Sozialist sozusagen verheimlichte, lautet: „de Kisvárdai“. Im Jahre 1847 wurde er als Sohn eines eines Stuhlrichters in Pest geboren und erlernte das Schlosserhandwerk. Als junger Arbeiter wurde er mit den sozialistischen Lehren bekannt, deren eifriger Verfechter er wurde.

Die Leitung der ungarischen sozialdemokratischen Partei hat die diesjährigen Parteitage für die Osterfeiertage nach Budapest einberufen.

Die amerikanischen Genossen haben jüngst ihren Parteivorstand (National Executive Committee) und den Parteisekretär (National Secretary) ernannt. Gewählt wurden (geordnet nach der Höhe der Stimmzahlen): Ben Hanford, Victor Berger, A. W. Simons, Morris Hillquit, Joseph R. Patterson, Ernest Untermyer und John R. Wozel.

Als Parteisekretär: J. Nathan Barnes. Die Amtsdauer beträgt ein Jahr. Der Sitz des Parteivorstandes ist gegenwärtig in Chicago.

Sozialistische Wahlsiege in Kanada. In den Landtag der Provinz British Columbia sind drei Sozialisten gewählt worden. Die Partei hatte zusammen 20 Kandidaten aufgestellt; im letzten Provinzial-Landtag war sie durch zwei Abgeordnete vertreten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der Dresdener Polizeipräsident kam auch in kleinen Dingen groß sein. Hatten da unsere Genossen am 17. Februar für Mittwoch, den 20. Februar, eine Versammlung geplant. Infolge eines Schreibfehlers stand nun aber in der Anmeldung, die nach dem 17. im Polizeibureau ankam, „Mittwoch, den 17. Februar“. Da der 17. bereits verstrichen, war ohne weiteres klar, daß Mittwoch gemeint und das Datum irrtümlich war. Dem Polizeipräsidenten war das auch tatsächlich klar und er entsandte richtig Mittwochabend zwei überwachende Beamte in die Versammlung. Nun aber kommt das Bezeichnende — und das paßt so recht in den Rahmen der Dresdener Polizei- und Justizverhältnisse hinein — wenige Stunden vor der Versammlung teilte der Präsident dem Einberufer mit, daß die Versammlung nicht stattfinden dürfe, weil aus der Anmeldung der Termin des Stattfindens nicht klar zu ersehen sei! Das sagte derselbe Präsident, der bereits angeordnet, daß Mittwoch zwei Beamte die Versammlung überwachen sollten! Ein Akt überwältigender Größe!

Aber es kommt noch besser: Die Mitteilung von dem Nicht-Stattfinden der Versammlung erhielt der Einberufer erst 2 1/2 Tage nach der erfolgten Anmeldung, wenige Stunden vor der geplanten Zeit, obwohl das Gesetz vorschreibt, daß die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung „sofort“ auszuhändigen ist.

Erreicht hat also der die Sozialdemokratie bekämpfende Herr lediglich, daß 800 Parteigenossen umsonst zur Versammlung gepilgert sind und daß — nach gehöriger Brandmarkung dieser präsidialen Korrektheit — die nächste Versammlung anstatt vor 800 von 1000 und mehr Personen besucht wird.

Die Entlassung des Genossen Wabersky vom „Hamburger Echo“ aus dem Gefängnis ist nicht deshalb erfolgt, weil die Strafnummer IV des Hamburger Landgerichts die Wiederaufnahme ausgeschlossen hat, wie wir in der Wittwochnummer meldeten. So weit ist die Sache unseres Genossen bisher noch nicht gediehen. Das Gericht hat vielmehr lediglich die Zulässigkeit des Antrages auf Wiederaufnahme des Verfahrens ausgesprochen. Ob die Wiederaufnahme stattfindet, das hängt von der richterlichen Beurteilung der Aussagen der Zeugen ab, die Genosse Wabersky in seinem Antrage benannt hat und deren Vernehmung angeordnet ist.

Strafkonte der Presse. Zu 500 Mark Geldstrafe wurde von der Strafkammer zu Königsberg der Genosse Marzwald von der „Königsb. Volkszeitung“ verurteilt, weil durch eine Notiz, die die Behandlung eines Soldaten durch einen Gefreiten rühmte und daran eine Kritik der Behandlung beim Militär überhaupt knüpfte, die Offiziere und Unteroffiziere des 8. Ostpreussischen Infanterieregiments Nr. 45 beleidigt sein sollen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf in der Holzindustrie.

Am Donnerstagsvormittag fand wieder eine Versammlung der Ausgesperrten in der „Neuen Welt“ statt. Stütze gab den Situationsbericht. Er sagte, es sei wenig Neues zu melden. Der Höhepunkt der Aussperrung sei erreicht, jetzt heiße es, abwarten bis die Unternehmer zu Verhandlungen bereit sind. Daß der Kampf monatelang dauern wird, darauf sei der Holzarbeiter-Verband von Anfang an gefaßt gewesen und er werde den Kampf auch aushalten, möge er so lange dauern wie nur denkbar. Ob die Arbeitgeber noch lange aushalten werden, das sei eine andere Frage. In der „Fachszeitung“ sei ja verfaßt worden, durch falsche Darstellung des Falles Weiz den Anschein zu erwecken, als ob der Holzarbeiter-Verband den Arbeitgebern nachlaufe um sie zur Wiedereinstellung der Ausgesperrten zu bewegen. Daran denke jedoch kein Mitglied des Verbandes. Die Arbeitgeber haben den Kampf angefangen, nun werde doch der angegriffene Holzarbeiterverband nicht zu den Unternehmern laufen und um Frieden bitten. Die Arbeiter würden vielmehr warten, bis die Unternehmer kommen, um Verhandlungen einzuleiten. — In allen Gegenden Deutschlands suche der Schutzverband Stimmung zu seinen Gunsten zu machen. So werde in bürgerlichen Blättern in den verschiedensten Orten die unwahre Behauptung verbreitet, die Arbeiter seien es, welche den Kampf in Berlin angefangen hätten. Durch solche Ausstreunungen suchen die Scharfmacher das Publikum für sich einzunehmen und auch die Arbeitgeber, welche sich nicht für den Kampf begeistern können, auf ihre Seite zu ziehen. Hier und da tragen sich Arbeitgeber mit der Hoffnung, die Berliner Aussperrung habe den Holzarbeiter-Verband so in die Klemme gebracht, daß er sich allen Forderungen der Arbeitgeber fügen müsse. So habe der Redner fälschlich mit den Drechslermeistern in Wernau eine Verhandlung wegen Abschluß eines Vertrages gehabt. Die Herren waren nicht nur gegen die von den Arbeitern gewünschten Verbesserungen, sondern sie verlangten auch, der jetzt abzuschließende Vertrag solle am 1. Dezember oder 1. Januar 1910 enden. Den Unternehmern wurde aber rund heraus erklärt, daß sich der Holzarbeiter-Verband nicht darauf einlasse, das Ende des Vertrages auf die ungünstigste Zeit zu verlegen. Wenn die Unternehmer an dieser Forderung festhielten, werde der Holzarbeiter-Verband über-

haupteinen Vertrag abzuschließen. Die Herren sollten nur nicht glauben, daß die Berliner Aussperrung den Holzarbeiter-Verband gefällig mache. Die Verhandlungen in Bernau seien denn auch abgebrochen worden. Ebenso sei es bei einer Verhandlung in Spandau gewesen. — Ein Herr in Bernau glaubte die Scharfmacher dadurch auf die Fächermeister auszuführen, daß die Holzhändler erklärten, denen, die sich an der Aussperrung nicht beteiligen, kein Material zu liefern. Dieser Trick sei ein Schlag ins Wasser. Der Geld hat, der bekommt Holz, soviel er brauche, und auf dem Bureau des Holzarbeiter-Verbandes seien Adressen von Lieferanten zu erfahren, die jederzeit bereit sind, Holz in jeder gewünschten Menge zu liefern. — Der Redner teilte das Ergebnis einer genauen Feststellung der Zahl der in Berlin Aussperrten und Streikenden mit. Die Feststellung betrifft nicht nur die Verbandsmitglieder, sondern alle am Kampfe beteiligten Arbeiter. Es wurden ausgesperrt in der ersten Woche 4999 Arbeiter. In der zweiten Woche kamen hinzu 1806, es gingen (durch Abreise, anderweitige Arbeit und Rücknahme der Aussperrung) 672 ab. In der dritten Woche kamen 987 hinzu, 431 gingen ab. In der vierten Woche kamen 476 hinzu, 371 gingen ab, in der fünften Woche (der vorigen) kamen 198 hinzu, 209 gingen ab. Die wirkliche Zahl aller Aussperrten und Streikenden betrug am Schluß der fünf Wochen 4999, 6233, 6739, 6844, 6773. In Nizdorf sind 340, in Weihensee 310, in Schönberg 5 Aussperrte zu verzeichnen.

Nach dem Referenten gaben die Vertreter der eben genannten drei Vororte kurze Berichte ihrer Zustände. In Nizdorf kommen nur Waufrischer in Frage. Soweit es den Unternehmern gelingt, trotz der Aussperrung Arbeiter anfertigen zu lassen, wird dafür gesorgt, daß diese Arbeiter nicht eingesetzt werden. — In Weihensee handelt es sich nur um Möbelstickerien. Etwa die Hälfte der Weihenseeer Zustellungsmitglieder sind von der Aussperrung betroffen, trotzdem konnten sie aus den eigenen Mitteln der Zustellungsmitglieder unterstützt werden. Der Vertreter von Weihensee stellte ein Beispiel mit, welches in geradezu klassischer Weise den Terrorismus beleuchtet, mit dem die Scharfmacher vom Schutzbund keine finanziell schwache Arbeitgeber zur Teilnahme an der Aussperrung zwingen. Da ist eine Tischlerei, welche einer Witwe gehört, die sieben Kinder zu versorgen hat. Die Frau hat den dringenden Wunsch und die ehrliche Absicht, mit den Arbeitern Frieden zu machen. Nun haben es die Scharfmacher dahin gebracht, daß der Frau die Holzlieferung abgeschnitten worden ist. Da sie nur auf Kredit laufen kann, ist es ihr natürlich nicht möglich, sich einem anderen Holzlieferanten zuzuwenden und es bleibt ihr nichts anderes übrig, als dem Druck der Scharfmacher nachzugeben. Das ist ein Fall, der nach der herrschenden Rechtsprechung aus § 153 der Gewerbeordnung mit Gefängnis, und zweifellos sehr hart, bestraft würde, wenn es Arbeiter wären, die einen anderen durch solche Mittel zur Teilnahme an einem Lohnkampf zwingen würden.

Die Reden sowie die in der Versammlung zum Ausdruck kommende Stimmung ließ erkennen, daß es in den Reihen der Holzarbeiter kein Wanken und Weichen gibt, daß sie, von froher Zuversicht befeuert, aushalten werden im Kampf, bis ihnen ein annehmbarer Friede geboten wird.

Lapezierer!

Die Firma Markiewicz am Ende ihres Latens. Nachdem über 30 größere und kleinere Firmen der Lapezierbranche es abgelehnt haben, sich zum Koinagel für die Firma Markiewicz zu erheben, die wegen Verweigerung der Streikarbeit ausständigen Gehältern fast durchgängig bereits wieder eingestellt sind, hat sie sich an die Holzmaterialienhandlung Danziger, Junferstraße, gewandt, damit diese kleinere Meister besorge. Doch scheint auch dieses erfolglos geblieben zu sein. Denn sie hat jetzt durch den bisherigen Meister Gese und die Werkführer Wendt und Kurz eine „Produktions-Genossenschaft“ gründen lassen, um die Arbeiten der Firma herzustellen. 6 Gehältern haben sich leider als „Genossenschaftler“ einfangen lassen. Einzeln sollen die bisherigen Arbeitnehmer Rolle, Stiebert, Andra, Wincker, Kuring und Weidler als Anteil je 500 M., da jedoch fast alle trotz ihrer jahrelangen Tätigkeit bei Markiewicz es zu einem solchen Vermögen nicht bringen konnten, hapert es damit bedenklich und soll die Einlage dadurch aufgebracht werden, daß die „Genossenschaftler“ Afford arbeiten und pro Woche 33 M. Abschlag erhalten. Dem Meister Gese aber, der mit 2000 M. „von seinem Kapital“ einspringt, garantiert die „Genossenschaft“ seinen bisherigen jährlichen Verdienst von 4000 M. Damit hat die Firma anerkannt, daß die Haltung der Berliner Lapezierer es ihr unmöglich gemacht hat, ihren Bedarf außer dem Hause zu decken und gilt es jetzt auch die „Genossenschaft“ schon unter sich zu lassen. Räume sind in dem Hause Weissenstraße 21 gemietet, die Werkstatt zu meiden, ist Ehrensache jedes Kollegen. Die Ortsverwaltung.

Ein Eingriff der Gewerbeverwaltung und des Oberpräsidenten in den Tarifvertrag der Glaser.

Im das gedeihliche Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen im Glaserhandwerk zu fördern, hatte die Berliner Gewerbeverwaltung der Glaserinnung anheimgegeben, die Bestimmung des Statuts des paritätischen Arbeitsnachweises, daß organisierte Arbeitgeber wie Arbeitnehmer bei der Arbeitsvermittlung in erster Linie berücksichtigt werden sollen, zu befestigen. Das Einigungsamt des Gewerbegerichts entschied jedoch am 8. November vorigen Jahres, daß beide Parteien trotz jener Mitteilung der Gewerbeverwaltung aus jenem Punkt des Tarifvertrages unbedingt zu befolgen haben. Die Innung aber fügte sich diesem Spruch des Einigungsamtes nicht, sondern wandte sich in einem langen Schreiben an den Oberpräsidenten zu Potsdam, damit er sie von jener Bestimmung des Arbeitsnachweises befreie, die ihre eigenen Vertreter seinerzeit gutgeheißen hatten. Sie stellten ihren Vertretern in diesem Schreiben folgendes Argumente aus:

„Der Vorstand der unterzeichneten Innung sah sehr bald ein, daß er beim Abschluß des Vertrages sich von den in solchen Dingen sehr erfahrenen Gehälternvertretern gewissermaßen hatte überzumpeln lassen, indem er die eigentliche Absicht dieser Bestimmung nach ihrem unscheinbaren Wortlaut nicht erlirnt hatte.“

Es ist schon von den Vertretern der Gehältern vor dem Einigungsamt am 8. Novbr. hervorgehoben worden, daß jene Bestimmung in gemeinsamer Sitzung der Vertreter beider Parteien gründlich durchberaten worden war, also von einer Ueberrumpelung nicht die Rede sein kann.

Wie von einem preussischen Regierungsbeamten kaum anders zu erwarten war, fiel die Entscheidung des Oberpräsidenten ganz im Sinne der Gewerbeverwaltung aus. Das machte sich die Innung flugs zunutze. Eigenmächtig, ohne die Vertreter der Gehälternorganisation zu Rate zu ziehen, beschloß die Innungsversammlung, das Arbeitsnachweisstatut demgemäß abzuändern, und ließ am 5. Februar im Arbeitsnachweislokal ein Plakat anhängen, das die Ankündigung enthielt, daß Organisierte und Unorganisierte bei der Arbeitsvermittlung gleich behandelt werden sollten, und außerdem eine Verlegung der Nachweiskunden ankündigte, die ebenso eigenmächtig durchgeführt wurde. Selbstverständlich fühlten die Gehälternvertreter dieses Vorgehen als einen Tarifbruch auf und wandten sich abermals an das Einigungsamt des Gewerbegerichts, das gestern mit den Vertretern der Parteien zu einer Sitzung zusammentrat. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn der Oberpräsident und die Gewerbeverwaltung dieser Sitzung beigewohnt hätten. Da hätten sie einen Eindruck empfangen können von dem schönen „gedeihlichen Verhältnis“ zwischen Meistern und Gesellen, das sie durch ihren Eingriff in den Tarifvertrag geschaffen haben. Die Vertreter der Parteien standen einander so froh gegenüber, daß der Vorsitzende Dr. Bresauer Nähe hatte, allzu scharfe Auseinandersetzungen zu verhindern. Eine Sitzung schien von vornherein ausgeschlossen, und ein Schiedsspruch kam nach den stundenlangen Verhandlungen und Beratungen ebenfalls nicht zustande. Die Entscheidung wurde vorläufig ausgefetzt. Eine Sitzung des Einigungsamtes und des Kuratoriums des Arbeitsnachweises wird sich in den nächsten Tagen vornehmlich mit der Angelegenheit befassen.

Die bevorstehende Lohnbewegung im Berliner Baugewerbe beschäftigte am Mittwoch eine außerordentliche Generalversammlung der „Freien Vereinigung der Zimmerer“. Diese Versammlung sollte bereits am Sonntag stattfinden; sie mußte jedoch vertagt werden, weil der Andrang von Mitgliedern ein derartig starker war, daß der kleine Nebenraum der „Industrie-Festhalle“ die Zahl der erschienenen Besucher nicht zu fassen vermochte. Juppelap wies in seinem einleitenden Referat besonders auf den diesmaligen Ernst der Situation hin. Allem Anschein nach seien die Unternehmer gewillt, es zum Frühjahr zu einem Kampfe kommen zu lassen resp. eine Aussperrung großen Stils vorzunehmen. Jeder müsse sich vor Augen halten, daß die Unternehmer im Baugewerbe gegenwärtig über eine vorzügliche Organisation verfügen, wie man sie in früheren Jahren dort nicht kannte. Daher sei auch zu erwarten, daß den Forderungen der Zimmerer und Maurer auf Bewilligung der achtstündigen Arbeitszeit nebst einem Stundenlohn von 85 Pf. von dem koalitierten Unternehmertum schon aus prinzipiellen Gründen der schärfste Widerstand entgegengesetzt werde. Komme es zum Kampfe, so werde derselbe einen Umfang annehmen, wie ihn Berlin nie zuvor gesehen hat. Daher erlaube sich jetzt auch der Freien Vereinigung der Zimmerer die Aufgabe, ihre Rüstung nach Möglichkeit zu vervollkommen, um allen Eventualitäten entgegengehen zu können. Man wisse ja noch nicht, was der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in seiner Generalversammlung, die am 18. und 19. Februar in Köln abgehalten worden ist, für Beschlüsse gefaßt hat; jedoch müsse mit allem gerechnet werden. Erst am 27. Februar findet eine erneute Sitzung der Rechtzeckerkommision statt, über deren Ergebnis sich auch nicht das allgeringste voraussagen lasse. Unter eingehender Würdigung der Gesamtsituation hat sich der Vorstand daher veranlaßt gesehen, zur Stärkung des Kampffonds der Versammlung folgenden Antrag zu unterbreiten:

In Erwägung, daß die den Arbeitgebern gestellten Forderungen, besonders die der Arbeitszeitverkürzung, auf heftigen Widerstand stoßen wird und aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Aussperrung resp. Streik führen kann und dieser dann einen entbrennenden Kampf im Baugewerbe Groß-Berlins Dimensionen annehmen wird, wie nie einer zuvor, der dementsprechend auch ausreichende Mittel erfordert. In Anbetracht dessen, daß unsere Organisation in diesem Kampfe auf sich allein und ihre eigene Kraft angewiesen ist, beschließt die heutige außerordentliche Generalversammlung folgendes:

Jedes Mitglied, welches Anspruch auf Streik- oder Maßregelungs-Unterstützung erheben will, darf nicht länger wie sechs Wochen im Rückstand sein (§ 12. Abs. 1 des Statuts) und hat bis zum 31. März d. J. (13. Woche) 8 Extramarken à 50 Pf. zu liefern. Rückstände bis zu 6 Wochen werden von der Unterstützung in Abzug gebracht. Wer durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit verhindert ist, bis zum festgesetzten Termin die Marken zu liefern, muß dieses dann nachholen, wenn er in Arbeit steht.

Nach längerer Diskussion wurde vorstehender Antrag mit großer Mehrheit angenommen. — Der Vorsitzende befristete sodann den Ausschluß eines Zimmerers wegen Denunziation von Holzarbeiter-Streikposten bei der Polizei. Ohne Debatte stimmte die Versammlung dem Ausschluß zu. Mit der Mahnung, die ausgesperrten Holzarbeiter moralisch in jeder Beziehung zu unterstützen, wurde die Versammlung geschlossen.

Zu den neuen Lohnforderungen der in der Herr. maßschneiderei beschäftigten Gehältern nahm am Mittwochabend in Köpenick Festhalten, Rieberwallstr. 20, eine Versammlung des Verbandes der Berliner Gewerbetreibenden der Herren Maßschneiderei Stellung. Einmütig bezeichnete man die geforderten Lohnforderungen als zu hoch und unannehmbar. Sie würden zum Ruin der mittleren und kleineren Existenzen führen und nur der Konfektion zugute kommen. Mit der Einführung eines einheitlichen Tarifs für Berlin war man einverstanden. Man hielt nur die jetzige Zeit, wo gerade die Hochsaison, für durchaus ungeeignet, in Verhandlungen über diese Frage einzutreten, die eine völlige Umwälzung des Gewerbes hervorriefen. Mit solchen Verhältnissen hätte kein Meister gerechnet. Man beschloß daher, dem Vorstande des Verbandes der Schneider mitzuteilen, daß man wohl einem Einheitstarif sympathisch gegenüberstehe, man jetzt aber, während der Hochsaison, unmöglich verhandeln könne und schlage deshalb vor, die Verhandlungen bis zum Hochsommer zu verschieben und inzwischen zu den alten Tarifen weiter zu arbeiten. Als letzten Termin zur Beantwortung setzte man Dienstag, den 26. d. M. fest mit der Mahnung, daß andernfalls von diesem Tage ab alle Betriebe stillgelegt werden.

Daß der Schneiderverband auf das mehr als naive Angebot, seine Lohnbewegung in die stille Zeit zu verlegen, nicht eingehen kann, ist selbstverständlich. Kommt es zu der angekündigten Aussperrung, so werden die Herren sich wundern, was der Verband für Patronen im Nothre hat.

Tarifumgehungen der Arbeitgeber in der technischen Hartgummibranche wurden in der letzten Versammlung der Hartgummiarbeiter zur Sprache gebracht. Anfangs Januar war es noch längerem Streik in dieser Branche zu einem Tarifabschluß zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gekommen, der unter anderem auch folgenden Passus enthielt, daß schwachen Arbeitern ein Lohn nach gegenseitiger Vereinbarung gezahlt werden könne; die Bestimmung, wer als schwacher Arbeiter anzusehen sei, blieb dem Arbeitgeber überlassen. Jetzt versuchen es mehrere Arbeitgeber, eine möglichst große Zahl von Arbeitern als „schwach“ hinzustellen, um so am Lohn zu sparen. Ebenfalls sind entgegen den getroffenen Vereinbarungen Maßregelungen vorgenommen, indem alle Arbeiter nicht wieder eingestellt wurden. Die Versammlung kritisierte ein derartig vertragswidriges Verhalten der betreffenden Arbeitgeber mit aller Entschiedenheit und beschloß in einer Resolution, unter allen Umständen die volle Durchführung der tariflichen Abmachungen zu verlangen. In allen Fällen, wo die Arbeitgeber sich eines Tarifbruches schuldig machen, sollen die Arbeiter sofort eine entsprechende Meldung an die Organisationsleitung gelangen lassen, damit die nötigen Gegenmaßnahmen getroffen werden können.

Achtung, Brauereiarbeiter! Infolge Differenzen mit der Direktion und Betriebsleitung des Norddeutschen Brauhauses in Grünau wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages und fortgesetzter ungerechtfertigter Entlassung organisierter Brauereiarbeiter haben sämtliche organisierten Brauereiarbeiter einmütig die Arbeit niedergelegt. Zugunsten Grünau bei Berlin ist fernzuhalten.

Das Norddeutsche Brauhaus in Grünau (früher Brauerei Siemens) ist für organisierte Brauereiarbeiter gesperrt.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. Zweigverein Berlin I und II.

Deutsches Reich.

Der Streik der Fleischer in Eisenberg in Thüringen, der bereits seit dem 10. Januar andauert, ist nun noch dadurch verschärft worden, daß die Wurstfabrikanten auf diejenigen Fleischermeister, welche noch organisierte Gesellen beschäftigten, einen erfolgreichen Druck ausübten, ihre Gesellen wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation vor die Wahl zu stellen, entweder aus derselben auszutreten oder ihre Entlassung entgegen zu nehmen. Die Gesellen erklärten, keinesfalls aus der Organisation auszutreten, worauf ihre Entlassung erfolgte. Eine etwa tausendköpfige Volksversammlung am 16. Februar, in der der Verbandsvorsitzende Haupt-Verein über: „Der Stand des Streiks und die ungeheure Wirkung des Boykotts“ referierte, sprach ihre vollste Entschätzung aus über das brutale Verhalten der Wurstfabrikanten und der Fleischerinnung, die sich mit den letzteren solidarisch erklärt hat. Selbst der Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie mißt sich in den Streik und verurteilt den Kampf als „Folge der Niederlage der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen“ hinzustellen. Die organisierte Arbeiterschaft Eisenbergs bezieht ihren Fleischn- und Wurstbedarf nur noch von Nichtnennungs-Fleischermeistern. Der

von der Arbeiterschaft Eisenbergs ausgesprochene Boykott der „Thüringer Fleischn- und Wurstwaren“ hat eine ungeheure Wirkung auch auswärts. So finden sich jetzt täglich Agenten und Reisende der Eisenberger Wurstfabrikanten im Bureau des Zentralverbandes der Fleischer in Berlin ein, um dort Verhandlungen über den Streik bezug. Die Ursachen desselben einzuziehen und Klagen über den Ausfall ihres Verdienstes vorzubringen. Die Wurstfabrikanten müssen einen großen Teil Bestellungen zurückweisen, weil sie nicht liefern können. Trotzdem hält ihr Herrdünkel sie zurück, die geringen Forderungen der streikenden Gesellen zu bewilligen.

Kündigung der „Gelben“ Gewerkschaften.

Auf eine großartige Idee kam die Maschinenfabrik Augsburg, die Mutter der „Gelben“ in Deutschland. Die Direktion gibt an die „Gelben“ des Betriebes Lebensmittel zum Selbstkostenpreis ab, und zwar Reis, Gerste, Erbsen, Linsen und Bohnen. Die Direktion geht offenbar von dem Gedanken aus, daß die „Gelben“ nach einem halben Jahre der Kost mit kräftigeren Hälftenkräften für sich selbst zugenommen haben werden, daß sie einen gelegentlichen Lohnabzug, der in bürgerlicher Weise begründet wird, ganz gut ertragen können.

Ausland.

Aussperrungsepisode in Russland. In der letzten Zeit hat in Russland eine wahre Aussperrungsepisode begonnen. Die Unternehmer beeilen sich unter dem Schutze der Reaktion, den Arbeitern alles wegzunehmen, was sie in den letzten zwei Jahren erlirmt haben. Und da die Arbeiter noch nicht genügend organisiert sind und keine bedeutenden Geldmittel besitzen, so werden die Aussperrungen zum System erhoben.

So wurden in Warschau die Arbeiter der Aubert-, Strumpf- und einiger anderer Fabriken ausgesperrt und ist zum zweitenmale in den Schneiderwerkstätten die Aussperrung verhängt. — In Schitomir (Gouv. Wolhynien) dauern die Aussperrungen in den Schneiderwerkstätten fort. — In R o s j e wurden in der Streichholzfabrik „Wly“ etwa 500 Arbeiter ausgesperrt, in Wilna — 2000 Hirschenmacher. — In Danaburg waren die Arbeiter der Handschuhfabriken ausgesperrt. In Lodz werden die Aussperrungen sogar auf Werkstattheister und Kontorangestellte ausgedehnt. — In Petersburg drohen die Buchdruckermeister mit der Aussperrung und die Moskauer Buchdruckermeister gehen mit ähnlichen Absichten um, zu welchem Zwecke sie sich mit den Petersburgern in Verbindung gesetzt haben. —

Versammlungen.

Eine Mitgliederversammlung der Vereinigung der Maler, die am Freitag in Dörfels Festhale stattfand, befaßte sich mit der Vorbereitung der Stichwahlen zur Generalversammlung in Leipzig. Nach den Feststellungen setzen sich die Delegierten des ersten Bezirks wie folgt zusammen: Jakobetz, Riech, Klemming, Haase, Haase, Ehrhardt, Klotz, W. Müller, B. Stein, Hansen, Eisner, Wagner und Gendrischke. Zugenannte fünf gingen aus dem Resultat der Stichwahl hervor. Der weitere Punkt der Tagesordnung galt der Statutenänderung, wovon in der Hauptsache die Annahme folgender Anträge zu registrieren ist: Dem Titel „Vereinigung der Maler, Lackierer, Antiquare usw.“ soll in Zukunft in Parenthese „Zentralverband“ beigefügt werden, um, wie ausgeführt wurde, von den fast ausnahmslos ebenfalls sich „Vereinigung“ nennenden Lokalorganisationen besser unterschieden zu werden. Von einem gänzlichen Falllassen des historisch gewordenen Titels wurde Abstand genommen. Bezüglich des Beitritts wird ein Zusatz akzeptiert, welcher nur denjenigen als ausnahmsweise erachtet, welcher das Gewerbe nicht selbständig betreibt und im Zusammenhange hiermit den von der Mitgliedschaft abzuleitenden, welcher länger als zwei Jahre das Gewerbe selbständig betreibt. Auf Anfrage aus der Mitte der Versammlung wurde konstatiert, daß unter vorerwähnten Abänderungen die sogenannten „Spezialisten“ nicht fallen, sondern der Antrag lediglich den Erfahrungen des letzten Streiks entgegensteht. Ein Antrag der Ortsverwaltung: „Bei dem Uebereinstimmen aus anderen Organisationen wird der Teil der Beiträge in Anrechnung gebracht, die seiner Zeit für die Hauptkasse abgeführt wurde“, findet nicht die Zustimmung der Versammlung. Um jedoch dem alleseitig anerkannten Bedürfnis bezüglich der Fluktuation im Berufswechsel Rechnung zu tragen, einigt man sich dahin, die Zahl der wirklich geleisteten Beiträge beim Uebertreten anzurechnen. Die Befreiung von der Eintrittsgebühr erleidet durch diese Maßnahme keinerlei Beschränkung. Betont wurde seitens der Ortsverwaltung, daß dieses Entgegenkommen auch für den Uebertritt der Mitglieder der Lokalverbände Platz greifen soll. In den Vordergrund der Debatte tritt nunmehr die Beitragsleistung. Der Zweckmäßigkeit halber wird die Leistung der Hauptkasse bei Streiks ebenfalls unter diesem Punkt mit zur Beratung gestellt. Nach längerer Diskussion verabschiedet sich die Meinung der Versammlung zur Annahme der seitens der Ortsverwaltung vorgeschlagenen Anträge, welche wie folgt wiedergegeben sind: Der Beitrag für männliche Mitglieder darf in den 35 Sommerwochen, vom 1. März bis 31. Oktober, nicht unter 45 Pfennig, in den 17 Winterwochen, vom 1. November bis Ende Februar, nicht unter 15 Pfennig betragen. Von den Sommerbeiträgen werden 40 Pf. und von den Winterbeiträgen 10 Pf. an die Hauptkasse abgeführt. Der Beitrag für weibliche Mitglieder beträgt pro Woche 20 Pf., wovon 10 Pf. an die Hauptkasse abzuführen sind. Einzelmitglieder, welche an Orten arbeiten, wo sich keine Verwaltungsstelle der Vereinigung befindet oder im Auslande befindliche haben den Beitrag von 50 und 15 resp. 30 Pf. voll an die Hauptkasse einzulösen. Streikunterstützung: Diellunterstützung männlicher Mitglieder beträgt: von der 1. bis zur 13. Woche der Mitgliedschaft für Verheiratete 1,50 M. pro Tag, pro Woche 9 M., für Ledige 1 M. pro Tag, pro Woche 6 M. Von der 14. bis zur 52. Woche der Mitgliedschaft für Verheiratete 2 M. pro Tag, pro Woche 12 M., für Ledige 1,50 M. pro Tag, pro Woche 9 M., über ein Jahr der Mitgliedschaft für Verheiratete 2,50 M. pro Tag, pro Woche 15 M., für Ledige 2 M. pro Tag, pro Woche 12 M.

— Eine Anregung, bei Streiks oder Aussperrungen die Beiträge nicht zu erheben, wird den Delegierten zur Erwägung anheim gegeben. — Eine Härte im Statut, welche denjenigen trifft, welcher länger als 13 Wochen krank ist und infolge der beitragsfreien Warten in der Karenzzeit zurückgestellt wird, wird dahingehend geändert, daß die beitragsfreien Warten nur auf Antrag gestellt werden. Zu erwähnen ist noch der Antrag, der die Neuwahl des ersten Vorsitzenden und Kassierers als leitende Beamte der Filiale für die Zukunft ausschaltet. Unter Hinweis auf die im Laufe der nächsten Woche stattfindenden Bezirksversammlungen mit der Tagesordnung Wahl der Bezirksführer tritt Schluß ein.

Berichtigung. Wohl nur der Druckfehlerteufel läßt mich in dem Versammlungsbericht aus dem vierten Streife in Nr. 44 des „Vorwärts“ sagen, es müßten in Zukunft in der Parteipresse mehr Organisationsartikel gebracht werden. In Wirklichkeit habe ich ausgeführt, es müßten mehr Originalartikel in der Presse gebracht werden. Otto Geithner.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. Februar, vormittags 9½ Uhr, im Rathaus (Eingang Adenstraße), Saal 100: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. — Vormittags 10½ Uhr in der Schule, kleine Rannfurterstr. 6: Vortrag von Herrn Adolf Stern: „Religion oder Geist.“ Herren und Damen als Gäste sehr willkommen.

Tele- und Diskontierklub „Galencler“. Heute abend 9½ Uhr bei Koff. Elisabethstr. 18: Sitzung.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Danz usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Festhale bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freireligiösen sofort ihre Absichten kundgeben, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingekandt werden.

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin.

Sonntag, den 24. Februar 1907, vormittags 10 Uhr präzise, in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18 (früher Handwerkerverein):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Der Aussperrungs-Beschluß der Unternehmer.

Referent: Kollege Otto Wels.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. 177/7* Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 0679.

Sonntag, 24. Februar, vorm. 10 Uhr:

General-Versammlung

in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114.

Tages-Ordnung:

1. Neu- und Ergänzungswahlen für Angestellte im Bureau. 2. Weiterberatung der Vorträge zum Verbandstag. 3. Bericht des Vorstandes. 4. Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 113/13
Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Freitag, 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

Zentrums-Vertrauensmännerversammlung

≡ Jede Werkstatt muß vertreten sein. ≡

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigvereine Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr, im Etablissement Buggenhagen, Moritzplatz:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht vom 4. Quartal 1906. 2. Jahresbericht vom Jahre 1906. 3. Wahlen der Beschwerdekommision, Schlichtungskommision und der Redaktoren. 4. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert, ohnedem keinen Zutritt.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. 32/13*
Der Zweigvereins-Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Branche der Maschinenarbeiter.

Sonntag, den 23. Februar 1907, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:

Gr. Wiener Masken-Ball.

Drei Musikkapellen. Großartige Ueberraschungen.

Anfang 8 1/2 Uhr. Billett 50 Pf.

Billette sind bei Pankow, Gubenerstr. 12, und bei Lorenz, Koppenstr. 29 zu haben.

Das Komitee.

Montag, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Branchen-Versammlung

aller auf Küchenmöbel beschäftigten Tischler und Maler.

Die Kollegen von Weizensee und Nigbois sind hierzu eingeladen.
Der Branchenleiter.

Achtung! Herren-Maßschneider! Achtung!

Sonntag, den 24. Februar, mittags 12 Uhr, im Feen-Palast, Burgstr. 24:

Mittwoch, den 27. Februar 1907, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Öffentl. Versammlungen.

Tages-Ordnung:

Die Situation in der Herren-Maßbranche.

Referenten: Kollegen Ritter und Kunze.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberufer.

182/6*

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

(Eingelg. Hülfskaffe Nr. 29, Hamburg.) Filiale Berlin 3.

Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht. 2. Die bevorstehende Generalversammlung und die Vorträge des Vorstandes. 3. Aufstellung der Kandidaten. 4. Beschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet 113/12 Die Ortsverwaltung.



„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein“

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Vereinstour.

Aut. Beschluß der Funktionäre. Sitzung geht der Kassenbucher nach Baumgartenweg, Wilmanns. Start 2 Uhr Schließende Brücke. Bei schlechtem Wetter mit der Bahn.

Heute Freitag, abends 9 Uhr: Fahrwartinssitzung Klosterstraße 101 bei Bosse. Pünktliches Erscheinen ist erwünscht.

Sonntag, den 24. Februar, nachmittags 2 Uhr: Sitzung der Agitationskommission Klosterstraße 101 bei Bosse.

„Vorant II“

Produktiv- u. Einkaufsgenossenschaft des „Berliner Arbeiter-Radfahrer-Vereins“.

Heute Freitag, 22. Februar, abends 9 Uhr, im Olympia, Landsberg, Allee 40/41: General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Geschäftsführers. 3. Vorträge des Vorstandes. 4. Geschäftliches. 5. Neuwahl des Vorstandes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand. 11/10

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnen-Strasse 17-18

Veteranen-Strasse 1-2.

Vorzugspreise für Lebensmittel

Freitag
Sonnabend

Pökelkamm Pfund 78 Pf.

Cassler Rippespeer Pfund 80 Pf.

Neu aufgenommen: Als Specialität: Wiener Dampfwurst Pfd. 80 Pf.

Pommersche Leberwurst in ganzen Würsten . Pfd. 55 Pf. Pommersche Land-Mothwurst in ganzen Würsten Pfd. 75 Pf.

Sächsische Rotwurst Pfd. 55 Pf. Prima Schinkenspeck Pfd. 98 Pf.

Pa. Räucher-Lachs in Portionsstücken Pfd. 80 Pf.

Haushalt-Marmelade in 5 Pfd.-Eimern 1.15 M. Eimer

Kunst-Honig in 5 Pfd.-Eimern . . Eimer 1.45 M.

Jeden Abend von 6 Uhr an: Prager Schinken in Brötlitz gobacken 1/4 Pfd. 50 Pf.

Ein Posten Tafel-Aepfel Pfund 18 Pf.

Ein Posten Blumenkohl Kopf 15 Pf.

Zucker 2 Pfd. 35 Pf. Allerfeinste Tafelbutter Pfd. 1.20

Zentralverband d. Brauereiarbeiter

Zweigverein Berlin.

Anfolge Differenzen wegen Nichtanerkennung des Tarifes und fortgesetzter Entlassung organisierter Arbeiter, haben im Norddeutschen Brauhaus in Grünau sämtliche Mitglieder unseres Verbandes die Arbeit niedergelegt.

Zuzug nach Grünau ist fernzuhalten.

Das Norddeutsche Brauhaus in Grünau (Kontor Berlin, Köpenickerstraße 120), ist für organisierte Brauereiarbeiter gesperrt. Ortsverwaltung Berlin I. Fernsprecher-Amt VII. 13 837. Ortsverwaltung Berlin II. Fernsprecher-Amt VII. 1090.

Die Lage der arbeitenden Klasse in Russland.

Eine historische Darstellung an der Hand amtlicher und privater Untersuchungen und der Berichte der Fabrikinspektoren von 1861 bis in die heutige Zeit.

Von H. A. Paschikow.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Kuchinow.

Band 40 der Internationalen Bibliothek Preis broschiert 2,50 M., gebunden 3 M.

Ferner empfehlen wir:

Sechzehn Jahre in Sibirien.

Erinnerungen eines russischen Revolutionärs von Leo Deutsch.

Mit 7 Porträts und 6 Illustrationen. Preis broschiert 3 M., gebunden 3,50 M.

Expedition des „Vorwärts“

BERLIN SW. 68 Pindenstr. 69, Laden.

Neu eröffnet!

Erste Tegeler Roß-Schlächtere

Schliederstraße 80, am Bahnhof.

Für gute Ware ist bestens gesorgt! 30789* Hermann Hinz.

Achtung, Maurer!

Unterricht im deutschen Zeichnen, Veranschlagen, Lohnberechnen usw. Ausbildung zum Polier! Kostenteilung für Baustelle! 15885

Maurermeister Karras

Eidenburgerstr. 24 I (am Bahnhof Puffstraße).



Das größte Brot! 6 Stück 10 Pf.

Albrechts Bäckereien: Krautstr. 19, Wrangelstr. 135, Lüssitzerstr. 2, Falckensteinstr. 32, Zentrale: Boxhagenerstr. 13. Pöcklerhalle 222/223, Andreashalle 16/18.

Dr. Simmel, Prinszen-Str. 41, Spiegelplatz 10r 2/5

Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7 Sonntags 10-12, 2-4.

Eine furchtbare Schiffskatastrophe

Hat sich durch den in ganz Mitteleuropa wütenden Sturm in der vorgefrigten Nacht an der holländischen Küste ereignet. Der zwischen Hartwich und Goel van Holland verkehrende Passagierdampfer „Berlin“ ist bei der Einfahrt in den Hafen von Goel gescheitert und mit Passagieren und Besatzung untergegangen. Nach den bisherigen Meldungen haben 141 Personen, darunter 91 Passagiere in den Fluten den Tod gefunden. Ueber die Katastrophe liegen folgende Meldungen vor:

Rotterdam, 21. Februar. Der Dampfer „Berlin“ der Linie Hartwich-Goel van Holland, der aus London kam und heute morgen in Rieuwe Waterweg einfahren wollte, ist infolge des Sturmes an der Nordmole gescheitert. Der Dampfer ist in zwei Teile gebrochen und ein Teil gesunken. Die Passagiere und die Besatzung befinden sich auf dem Hinterteil des Schiffes, das noch aus dem Wasser hervorragt. Ein Rettungsboot versucht sie zu retten.

Ein weiteres Telegramm aus London meldet: Alle an Bord des bei Goel van Holland gestrandeten Dampfers „Berlin“ befindlichen 141 Personen, darunter 91 Passagiere sind ertrunken.

25 Leichen geborgen. Rotterdam, 21. Februar (1 Uhr 56 Minuten). Bis Mittag waren von den bei der Strandung des Dampfers „Berlin“ Verunglückten 25 Leichen geborgen, ferner wurde ein Geretteter an Land gebracht. Dem „Handelsblad“ zufolge machten die an die Unglücksstelle gesunkenen Rettungsboote die größten Anstrengungen, um die an Bord des „Berlin“ befindlichen Personen zu retten. Konnten sich aber wegen heftigen Sturmes und wilder See dem Schiffe nicht nähern.

Die Zahl der Verunglückten ist noch größer. Ein späteres Telegramm aus Rotterdam meldet: Von den Agenten der Linie Hartwich-Goel van Holland wird mitgeteilt, daß „Berlin“ 120 Passagiere und eine Besatzung von 60 Mann, im ganzen also 180 Personen an Bord hatte; die Namen der Verunglückten haben noch nicht festgestellt werden können. Die 25 Leichen, die, wie bereits gemeldet, geborgen sind, wurden heute vormittag 11 Uhr an Land gespült. Zwei Personen sind gerettet, eine davon ist der zweite Steuermann, ein Engländer, der bewußtlos in ein Hotel in Goel van Holland gebracht worden ist. Um 11 Uhr vormittags wurden an Bord des Wracks nur noch einige Personen bemerkt, es ist also sehr zweifelhaft, ob außer den bereits gemeldeten zwei noch weitere Personen gerettet sind.

Dem „V. L.“ wird über das Unglück noch folgendes gemeldet: Als der Dampfer „Berlin“ der Great Eastern Railway Company, welcher gestern nacht aus Hartwich abgefahren war, sich heute früh im ersten Morgengrauen der holländischen Küste und der folgenden Brandung der Bai von Goel van Holland näherte, wehte ein orkanartiger nordwestlicher Sturm. Das Schiff wurde von den sturmbelegten Wellen auf die nördliche Mole an der Maasmündung geworfen, wo es sofort entzwei brach, voll Wasser strömte und unterging. Die gesamte Besatzung und alle Passagiere sind ertrunken. Rettungsboote konnten in der rasenden Meerbrandung keine Hilfe leisten. Die Wellen mußten allen an Bord Befindlichen sofort Tod und Verderben gebracht haben. Von den Passagieren wurden manche in ihren Kabinen überrascht. Hohe Wellen verhinderten die Rettungsmannschaft, sich an die Unglücksstelle zu begeben, um nach etwaigen Ueberlebenden zu suchen. Vielleicht werden noch einige an Land gespült werden; es besteht jedoch die größte Wahrscheinlichkeit, daß die Wellen sich als Grab über allen schlossen. Das Schiff „Berlin“ sankte 1775 Tonnen brutto und war im Jahre 1894 erbaut. Die Dampfer der Great Eastern-Linien werden mehr von Fremden, besonders Engländern und Deutschen usw., als von Holländern benutzt, weil letztere ihre nationale Linie Vlissingen-Duinenborough bevorzugen.

Späteren Meldungen zufolge ist der Dampfer „Berlin“ mit der gesamten Post total verloren. Das Schiff ist außerhalb des Hafens, aber in Sichtweite von Land auf eine Sandbank aufgelaufen. Der Seegang zur Zeit des Auslaufens war derart, daß jede Hilfeleistung ausgeschlossen war.

Nach amtlicher Feststellung befinden sich unter den verunglückten Passagieren der königliche Kurier Arthur Herbert und 19 Chormitglieder einer deutschen Operngesellschaft, die kürzlich im Covent Garden-Theater in London Vorstellungen gegeben hat.

Dem Reuterschen Bureau in Amsterdam wird aus Goel van Holland gemeldet: Das Hinterteil des gestrandeten Dampfers „Berlin“ liegt unerrückbar fest. An Bord befinden sich noch einige Personen, die man bei Eintritt der Ebbe retten zu können hofft. Nur eine Person ist lebend an Land gebracht worden, und zwar Kapitän Parkison aus Belfast, nicht wie vorher gemeldet, der zweite Steuermann. Der Gerettete ist in Goel van Holland im Hotel untergebracht worden. Die 25 geborgenen Leichen sind in Goel van Holland im Bahnhof niedergelegt.

Rotterdam, 21. Februar. Die deutsche Operngesellschaft, die sich an Bord des gestrandeten Dampfers „Berlin“ befand, bestand aus 35 Personen, die sich nach Dortmund begeben wollten. Alle sind umgekommen, nur ein Mitglied der Gesellschaft, namens Denninger, kam bei der Abfahrt des Dampfers zu spät und machte daher die Reise über Antwerpen. Denninger traf heute früh hier ein, wo er sich den übrigen Mitgliedern der Gesellschaft wieder anschließen wollte.

Verunglückte deutsche Passagiere.

London, 21. Februar. Nach der Passagierliste des gestrandeten Dampfers „Berlin“ befanden sich folgende Deutsche oder vermutlich aus Deutschland stammende Personen an Bord: Fräulein Dery, Herr Laninger, Herr A. Frankenberg, Herr Safford-Manchester, Herr Augustus Dirsch, Herr und Frau Gerabals-Liverpool, Herr Themanns, Herr Hochländer, Herr Helfenstein und Herr Raismann.

Weitere Schiffsunfälle werden aus verschiedenen Städten gemeldet:

Brüssel. Infolge des überaus heftigen Orkans scheiterte das Fischerboot „Maria“ bei Dünkirchen. Der Fahrer und zwei Leute ertranken.

Nach Pariser Meldung sind zur Hilfeleistung bei dem an der westafrikanischen Küste auf Grund geratenen Kreuzer „Jean Bart“ aus Dakar mehrere Schiffe abgegangen, ebenso aus Langer der Kreuzer „Fortin“. Außerdem werden der Kreuzer „Gloire“ und der Transportdampfer „Drôme“ Frankreich zu gleichem Zweck verlaufen.

Auf Scharhörsand liegt ein großer Dampfer fest, zu dessen Assistance Schlepper abgegangen sind.

Nach einem Telegramm des großen Kreuzers „Moon“ ist der Hamburger Dampfer „Kakrele“ am 20. d. Mts. kurz nach 8 Uhr abends auf 64 Grad 8 Minuten Nordbreite und 8 Grad 19,5 Minuten Ostlänge auf 21 Meter Wasser gesunken. Die Besatzung des Dampfers wurde bis auf einen Wachmann durch „Moon“ gerettet. Der Kreuzer „Moon“ befindet sich zurzeit im Verbands der Aufklärungsschiffe auf einer Übungsreise in der Nordsee.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Am Sonnabend, den 23. Februar, veranstaltet der Gesangverein „Melodia“ im Restaurant „Deutsches Haus“, Schmargendorf, ein Vergnügen. Wir weisen darauf hin, daß das genannte Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht und sind deshalb alle dortigen Veranstaltungen seitens der Parteigenossen streng zu meiden. Die Lokalkommission.

Weißensee. Am Sonntag, den 24. Februar, früh 8 Uhr, findet von allen Abteilungslokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. — Die nächste Generalversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Prälaten“, Lehderstr. 122 statt. Zahlreiche Beteiligung an beiden Veranstaltungen erwartet Der Vorstand.

Scherendorf. Am Sonnabend, den 23. Februar, abends 8 Uhr, findet die Generalversammlung des Wahlvereins bei Pösch statt. Auf der Tagesordnung steht: Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben. Die Genossen werden ersucht, zu dieser Versammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 24. Februar, morgens 7 Uhr, von dem bekannten Lokale aus eine Flugblattverbreitung stattfindet. Es wird den Genossen zur Pflicht gemacht, sich vollzählig und pünktlich an derselben zu beteiligen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Ablehnung der Wertzuwachssteuervorlage durch den von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzten Ausschuss läßt auf das endgültige Schicksal dieser Vorlage noch keinen sicheren Schluß zu. Im Ausschusse erfolgte die Ablehnung der Vorlage mit acht gegen vier Stimmen, drei Mitglieder des Ausschusses fehlten, die wären sie anwesend gewesen, für die Vorlage gestimmt hätten. Demnach wäre bei besser Besetzung des Ausschusses die Ablehnung mit acht gegen sieben Stimmen abgelehnt worden. Das endgültige Schicksal der Vorlage liegt nunmehr im Plenum der Stadtverordnetenversammlung und steht auf des Messers Schneide.

Berliner Spielklubs.

Die neue Falschspielerassäre, über die wir gestern berichteten, lenkt wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die in Berlin bestehenden Spielklubs, deren es eine ganze Anzahl gibt. Es dürfte deshalb eine Schilderung über das Wesen dieser Spielklubs nicht uninteressant sein, die wir den von Hans Ojman herausgegebenen „Großstadt-dokumenten“ entnehmen:

„Der beste von ihnen ist der Klub von 1880 — ziemlich auf einer Stufe mit dem Turfklub —, der hauptsächlich die Vorzeigebühnen des Cabarets, Schriftsteller, Journalisten, Theaterleute, Rechtsanwölfe und Ärzte, die üblichen Grafen und Barone, auch echte Prinzen zu seinen Mitgliedern zählt. Im Klub von 80 wird wieder hauptsächlich in den Radonitiosituationen und zwar vorzugsweise Carté und Blauet gespielt — eine Zeitlang gab es die größten Partien in diesem Klub und wenn man vom Glück und vom Ende eines Spielers hörte, dann wurde er nur zu oft in Verbindung mit ihm genannt. Dort oben, unter den Linden, sind auch die großen Gewinner Berlins zu finden und mit neidischer Bewunderung zeigt man sich die Herren, die immer und immer gewinnen, die sich in wenigen Jahren am Kartentisch in lauter Arbeit ein Vermögen gemacht haben, die mit einem bescheidenen Monatslohn von einhundertundfünfzig Mark ihren Einzug in Berlin hielten und heute nur in eigenen Equipagen und Automobilen fahren, Kennzettel besitzen und in größtem Stille leben. Bis auch sie wieder das Geschick ereilt, wenn sie nicht so klug sind aufzuhören.“

In den jüngeren Klubs ist die Zusammenkunft die gleiche, vielleicht, daß die Konfektion um den Hausvogteiplatz einen größeren Prozentsatz zu den Spielern stellt als in den alten Klubs. Einen integrierenden Bestandteil in allen diesen Gesellschaften bilden die Juristen, vornehmlich Rechtsanwölfe, die von der Ressource angezogen bis herab zu den kleinen Binscherklubs in der Potsdamerstraße unermüdet an den Spieltischen sitzen. Für jeden, der mit der Psychologie des Spielers vertraut ist, leicht erklärlich, denn gerade die geistig besonders anstrengenden Anwälte suchen und brauchen nach des Tages aufreibender Arbeit die Ablenkung im Spiel. Daß sich dann mancher zu weit hineinreißt und zu Grunde geht durch die Karten, ist ein trauriges Geschick, und es wäre ganz verfehlt, daraus etwa schließen zu wollen, daß die Rechtsanwölfe die wildesten Spieler sind. Man hört nur von dem Niederbruch eines Anwalts deshalb mehr sprechen, weil durch seinen Fall weitere Schichten der Bevölkerung berührt werden, weil er sich naturgemäß nicht in einem kleinen Kreise abspielen kann. Zuweilen waren es die begabtesten, die sich ruinieren haben und die jetzt, fern von Berlin, ein bekaanntes Taschen führen, man nennt sich andere, die die Einkünfte ihrer enormen Praxis vollständig am Spieltisch lassen, es gibt auch einige, die vom Bericht in den Klubs, dann ins Bureau und schließlich wieder in den Klub gehen. Nur an Sonntagen machen sie eine Ausnahme, da gehen sie gar nicht ins Bureau.

Eine Kategorie ist unter den Spielern ziemlich vollständig verschwunden: die Offiziere. Ein Umstand, der zweifelsohne auf das energische, unachgiebige Einschreiten des Kaisers zurückzuführen ist. Damit soll nicht gesagt sein, daß das Spiel in der Armee vollständig ausgestorben ist, in den kleinen Garnisonen an der östlichen Grenze, wo die Fische sich „Gute Nacht“ wünschen und die Karten den letzten Zusammenhang mit der Kulturwelt bilden, nach den Liebesmählern, wenn die höheren Chargen vom Hauptmann auswärts sich entfernt haben, wird wohl noch genügend gespielt. Daß sich aber niemals wieder ein Generalmajor oder ein Oberst mit ganz jungen Offizieren an den Kartentisch setzen werden zu gemeinsamem Tun wie in Hannover anno Wechselweitschulprophet, ist ausgeschlossen.

In den Berliner Klubs sind die Offiziere jedoch in der verschwindenden Minorität. Sie könnten ja auch gar nicht mitmachen bei den enormen Summen, um die es sich zumeist handelt. So kommt es, daß die Offiziere mehr unter sich spielen, sie werden dann auch nie so leicht öffentlichen Skandalen ausgesetzt sein, wie es früher nur allzu oft geschah.

In den Klubs freilich, die ihre großen Tage nur nach den Pferderennen haben, den kleinen Hoppelgärtener, dem Groß-Vorheller, und dem Heiligendammerklub, in denen oft genug mehr Berliner als „Eingeborene“ erscheinen, werden die Offiziere naturgemäß stärker vertreten sein.

Es ist eine alte Tatsache, daß in Schauspielerkreisen von jeder die Spielendeenschaft — und nicht nur für das Spielen auf der Bühne — tiefe Wurzeln geschlagen hat. So lag denn nichts näher, als daß in der Reichshauptstadt flugs ein Klub für Schauspieler gegründet wurde. Selbstverständlich nur idealen Zwecken bestimmt, um einen Mittelpunkt für die zerstreuten Kärner von Theatervorstellungen zu schaffen. So stand schwarz auf weiß gedruckt und wer, stolz auf den Besitz, die Statuten nach Hause trug und dort las, der glaubte an die Wahrheit der gefundenen Worte, mußte daran glauben.

Wer aber die Probe auf das Exempel machen wollte und in den Klub — unter den Linden — hinaufging, der sah dort die Kolossalische, die Pörschspieler, Tarak und Kabrias wegen der vielen Theaterreiter, kurz alles, was auf diesem Gebiete vorhanden. Bis auch dieser Klub sein intimes Ständchen hatte und das Vorspielen verboten wurde — aber sonst blieb alles beim alten und es wird weiter gespielt, zuweilen sogar um recht erhebliche Summen, wenn

die alten Kämpen erscheinen mit den schneeweißen Haaren und der großen Vergangenheit.

Das gleiche Bild in einem der größten Schriftstellerklubs im Westen der Stadt, auch dort wird recht brav „gearbeitet“. Und auch dort werden die Nächte zu Tagen gemacht.

Rein sportlichen Interesses dienen zwei Klubs in Berlin, der Union- und der Automobilklub, von den unzähligen, bedeutungslosen Fecht-, Turn-, Ruder-, Schwimmlubs natürlich abgesehen.

Es liegt in der ganzen Entwicklung unserer Zeit, daß man heute mehr von dem jungen Automobilklub, der das früher Weid- rüberische Palais am Leipziger Platz bewohnt, hört und spricht, als von dem Unionklub, der einst in Berlin die erste Stelle unter allen Klubs einnahm, nicht zuletzt als Spielklub, der ja auch heute noch eine große Bedeutung hat durch die Veranstaltung der Pferderennen in Hoppelgärten.

Dem größeren Publikum bekannt, weil in ihren Räumen vielfach die Festlichkeiten der Berliner Gesellschaft gefeiert werden, sind zwei Vereinigungen, die Theobaldische Ressource in der Oranienburgerstraße und die Gesellschaft der Freunde in der Potsdamerstraße. Die erste vertritt das gute, erbeingesehene arische Bürgertum Berlins, die großen Grundstücksbesitzer, Bierbrauer und Schnapsbrennereibesitzer im Norden, die zweite das gute erbeingesehene jüdische Bürgertum Berlins, die alten, vornehmen Kaufleute im Westen.

Das Publikum, das sich in diesen Spielklubs zusammensindet, hat natürlich mit dem arbeitenden Berlin nichts gemein.

Die Mischzentrale, die seinerzeit von dem vor kurzem verstorbenen Landesökonomierat Ring ins Leben gerufen wurde, hat ihren Grund nicht lange überlebt, die Auflösung war nicht mehr aufzuhalten und ist nunmehr beschlossene Sache. Die Situation der jetzigen Genossenschaft ist eine recht bedenkliche, da ein sehr großes Defizit der Zentrale gedeckt werden muß. Von großer Wichtigkeit wird es sein, ob die reichen Genossenschaftler, die vor einiger Zeit auswichen, noch haftsichtlich sind, da sonst viele kleine Quisbesitzer und Bauern böse bluten müssen.

Mangel an Lehrern herrscht nicht nur in den ostelbischen Provinzen der Monarchie Preußen, sondern anscheinend auch in der Landeshauptstadt Berlin. Zwar steht in Berlin für jede Schulkasse eine eigene Lehrperson zur Verfügung, und auch Hilfskräfte werden für etwa notwendige Vertretung bereitgehalten. Es scheint aber, daß die Zahl dieser Hilfskräfte bei weitem nicht ausreicht, den Bedarf an Vertretern zu decken, der besonders in der kälteren Jahreszeit recht groß ist. Man weiß ja, daß Lehrer und Lehrerinnen sehr zu Erkrankungen der Atmungsorgane neigen. Im Winter ist die Zahl der erkrankten und fehlenden Lehrpersonen manchmal so bedeutend, daß der Unterrichtsbetrieb dadurch sehr fühlbar beeinträchtigt wird. In einen rechten Erfolg des Unterrichtes ist selbst dann nicht zu denken, wenn aus den anderen Mitgliedern des Lehrerkollegiums oder aus den besonderen Hilfskräften eine ausreichende Zahl von Vertretern beschafft werden kann. Aber es kommt vor, daß einzelne Klassen überhaupt keinen Vertreter kriegen. Da werden dann die Kinder in kleinen Gruppen auf zwei, drei, vier andere Klasse verteilt und werden dort als unerwünschte Gäste mit durchgeschleppt. Es läßt sich von vornherein denken, daß in diesem Fall für die unquartierten Kinder noch weniger von einem Unterrichtserfolg die Rede sein kann und daß auch für die anderen Kinder der betreffenden Klassen aus solchem Zuwachs nicht Gewinn, sondern höchstens Störung zu erwarten ist.

Eine Probe des Drahtes und Drahtes, das für verteilte Klassen sich aus dem Mangel an Vertretern ergeben kann, soll hier mitgeteilt werden. Ein Vater, dessen Kind die 142. Mädchen-Gemeinde (Schule (Demminstraße) besucht, hat sich bei uns über die tolle Wirtschaft beschwert, die er dort beobachtet hat. Der Lehrer der Klasse Vc erkrankte Anfang Dezember, fehlte dann lange Zeit und ist schließlich im Februar gestorben. Von Anfang Dezember bis Anfang Februar hat die unterrichtliche Versorgung dieser Klasse wiederholt gewechselt. Die Vertretung des fehlenden Lehrers durch andere Personen des Lehrerkollegiums konnte natürlich nicht lange durchgeführt werden. Zeitweilig wurde die Klasse von einer jungen Lehrerin versorgt, die als ständige Vertreterin hinfam. Gelegentlich übernahm auch der offenbar selber schon überbürdete Rektor die Vertretung. Er unterrichtete zuweilen im abgeklärten Verfahren, um möglichst in einer Stunde so viel zu schaffen, wie bei regelmäßigem Unterricht in zwei oder drei Stunden geschafft werden soll. Manchmal schickte er auch nur ein älteres Mädchen der ersten Klasse in diese fünfte Klasse hinein, damit die Kinder wenigstens eine Stunde hindurch beaufsichtigt und notdürftig beschäftigt wurden. Später kam wieder mal eine andere junge Lehrerin zu ständiger Vertretung, aber auch sie blieb eines Tages wieder aus, anscheinend deshalb, weil sie selber krank geworden war. Mehrfach sah der Rektor sich genötigt, die Kinder auf andere Klassen zu verteilen. Das war aber nicht so ganz leicht, weil in der 142. Schule (wie die neueste Frequenzübersicht zeigt) die meisten der Klassen, die für diese Kinder in Betracht kommen konnten, ohnedies schon stark besetzt sind. Manche Kinder fanden da überhaupt keinen regelrechten Sitzplatz; das Podium, auf dem das Katheder steht, mußte ihnen als Bank dienen. Auf die Beteiligung dieser Kinder am Unterricht scheint nicht immer viel Wert gelegt worden zu sein. Der Vater hat aus den Angaben seines Kindes den Eindruck gewonnen, daß die Kinder manchmal ganz untätig dastehen mußten und dann Mollia trieben. Er klagt, daß gerade jetzt vor der Verlegung solche Zustände so lange geduldet worden sind, und er wirft die Frage auf, ob denn nicht die Schulverwaltung die Pflicht hat, für rechtzeitige und ausreichende Vertretung zu sorgen.

Die Schulverwaltung und zum Teil auch die Lehrerschaft ist der Ansicht, daß es den meisten Eltern an Interesse für diese Dinge fehle und daß sie das am Ende auch gar nichts angehe. Wir sind anderer Meinung. Wir wissen, daß viele Eltern den Unterrichtsbetrieb sehr aufmerksam zu beobachten pflegen, so weit von ihnen aus eine Beobachtung überhaupt möglich ist, und daß sie sich manche Sorge darum machen, ob nicht den Kindern schwerer Schaden aus Mängeln des Unterrichtsbetriebes erwächst. Wenn Schulverwaltung und Lehrerschaft mehr Verständnis für die Arbeiterbevölkerung hätten und der Elternschaft mehr entgegenkommen bewiesen, dann könnten sie — mit Verlaub! — von den Eltern noch manches dozieren. Für den Mangel, um den es sich im vorliegenden Falle handelt, kann natürlich nur die Schulverwaltung verantwortlich gemacht werden. Gewiß, es ist manchmal ganz unmöglich, rasch für Vertretung zu sorgen. Aber Zustände, wie sie in der 142. Schule geherstet zu haben scheinen, sind denn doch zu arg. Sie dürfen nicht vorkommen, und sie würden auch nicht vorkommen, wenn die Zahl der Hilfskräfte weniger knapp bemessen wäre als bisher.

Die 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts, die am 1. April dieses Jahres ihre Tätigkeit aufnehmen soll, ist bereits eingerichtet worden. Die neue Kammer ist nicht wie die anderen im dritten Stock des Hauses Zimmerstr. 90 untergebracht, sondern im ersten Stockwerk in Räumen, die bisher vom Röchlichen Museum eingenommen wurden. Zum Wartezimmer ist das bisherige Anzimmers des Geh. Regierungsrats Dr. Friedel umgewandelt worden. Durch die Neueinrichtung der Kammer ist auch eine neue Verteilung

der Weitzer auf die einzelnen Kammern notwendig geworden. Es kommen jetzt auf jede Kammer 20 Weitzer. Diese Vermehrung der Weitzerzahl der einzelnen Kammern hat zur Ergründung der Frage geführt, ob nicht künftig für das Berliner Kaufmannsgericht mehr als 100 Weitzer gewährt werden sollen. Bei der nächsten Wahl, die im März 1908 stattfindet, wird jedenfalls eine solche Vermehrung schon verfügt sein.

Was der Stadt Berlin die königliche Polizeiverwaltung kostet.

Nach dem Gesetz vom 20. April 1892 über die Kosten königlicher Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden, hat Berlin zu den Kosten der hiesigen königlichen Polizei einen jährlichen Beitrag von 2 1/2 M. für den Kopf der durch die letzte Volkszählung ermittelten Privatbevölkerung zu zahlen. Gemäß § 6 des Gesetzes tritt jedoch mit Rücksicht auf die der Stadt übertragenen Zweige der öffentlichen Polizeiverwaltung eine der Winterausgabe des Staates entsprechende Ermäßigung dieses Beitrages ein. Die Höhe des ermäßigten Betrages wird von dem Oberpräsidenten festgesetzt, gegen dessen Festsetzungsbefehl innerhalb zwei Wochen die Klage beim Oberverwaltungsgericht eingereicht werden kann. Der Stadigemeinde ist die örtliche Polizeiverwaltung über den Straßenbau und die Grundstücksentwässerung, die Schulpolizei und seit 1905 auch über die Grundstücksentwässerung übertragen worden. Die dem Fiskus aus der Uebertragung der Straßenbau- und der Grundstücksentwässerungspolizei an die Stadt erwachsene Winterausgabe hat der Oberpräsident auf Grund der Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts auf 156 250 M. anerkannt. Aus der Uebernahme der Schulpolizei ist mit Rücksicht auf eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts eine Ermäßigung des städtischen Beitrages nicht zu begründen. Der Beitrag der Stadt ist deshalb auf 4 882 980 M. nach der Seelenzahl von 2 017 760 am 1. Dezember 1905 abzüglich 156 250 M. berechnet worden. In Schöneberg und Nizdorf ist die örtliche Straßenbaupolizei-Verwaltung den Gemeinden übertragen. Der gesetzliche Normalbeitrag von 1 1/2 M. war für 1906 in Schöneberg auf 1,42 M. und in Nizdorf auf 1,41 M. pro Kopf der Bevölkerung herabgesetzt worden. Wegen dieser Festsetzung haben beide Gemeinden Klage erhoben. In Charlottenburg ist bisher nur die Wahrnehmung der ortspolizeilichen Befugnisse hinsichtlich der Fleisch- und Zeichenschein dem Oberbürgermeister von der Landespolizeibehörde übertragen. Eine Ermäßigung des Beitrages hat nicht stattgefunden. Vom 1. April 1907 ab ist dagegen die Uebertragung der örtlichen Straßenbau-, der Wasser- und Entwässerungspolizei an die Stadt Charlottenburg geplant.

Es ist ein ganz unhaltbarer Zustand, daß die Stadt Berlin erhebliche Polizeikosten zu zahlen hat, ohne auch nur das geringste zu sagen zu haben. Es ist unter allen Umständen die Uebertragung sämtlicher Zweige der Polizeiverwaltung an die Stadt zu verlangen, eine Forderung, die von der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung wiederholt erhoben, aber immer wieder abgelehnt worden ist.

Die städtische Schuldverwaltung gibt bekannt, daß die Aufnahme in die städtische Laubstammensule anfangs April und Oktober stattfindet. Eltern oder Vormünder taubstummer schulfähiger Kinder haben Anmeldungen zum bevorstehenden Sommersemester bis zum 1. April d. J. bei dem Direktor Geymann, Marcksstr. 49, anzubringen.

„Berolina“ ist der Name des in der Plottowstraße domizilierten Spielclubs, in dem sich die von uns gemeldete Falschspielerei ausgebreitet hat. Die Amerikaner, die hier ihr Schwitzen gefahren und bereits den Berliner Staub von ihren Pantoffeln geschüttelt haben, heißen Salla und Herg.

Die großen Gewinne der Herren rekrutierten sich übrigens gleichermaßen wie aus dem Bac auch aus dem Boter, das die arglosen Teilnehmer zuweilen kostete. Wer sich an einen Tisch setzte, an dem die zwei Herren Platz genommen hatten, war und hatte erdarmungslos verloren.

Das Einschmuggeln der falschen Karten, die mit einer eigens dazu konstruierten amerikanischen Maschine gezeichnet waren, soll nach den neuesten Ermittlungen übrigens derartig vor sich gegangen sein, daß die Herren einfach alle in einer Kassetten befindlichen Spielkarten vor dem Beginn der Partie mit den von Hause mitgebrachten vertauschten, so daß auch an anderen Tischen mit den gezeichneten Karten gespielt wurde. Auf diese Art kann es vorgekommen sein, daß an einem Abend in dem ganzen Klub, selbstverständlich unwillkürlich, überhaupt nur mit markierten Karten gespielt worden ist.

Jetzt hat sich die Kriminalpolizei der Falschspielereiangelegenheit im Klub „Berolina“ angenommen. Western erschienen Beamte unter Leitung des Kriminalkommissars v. Wartenfels in den Klubräumen in der Plottowstraße und beschlagnahmten die vom Vorstande bisher verwahrten gezeichneten Karten. Die Karten sind in einer bereit gehaltenen Weise angebracht, daß das Raffinement selbst bei den in dieser Beziehung ziemlich verwöhnten Herren von der Kriminalpolizei Bemerkung hervorrief. Es steht zu erwarten, daß in den nächsten Tagen hinter Herg und Salla Stechbriefe erlassen werden. Herr Herg wird es dann dieselbst bereuen, daß er sich die deutsche Staatsangehörigkeit mit vieler Mühe wiederbeschafft hat; ihn wird der Arm der Gerechtigkeit schon erlangen, Herr Salla, der amerikanischer Staatsbürger ist, zu lassen, dürfte schwieriger sein. Die Untersuchung soll sich nicht nur auf die Persönlichkeiten der beiden genannten Falschspieler erstrecken, und so dürfte die nächste Zeit noch mannigfache Ueberwachungen bringen.

Die Ruhestellung zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit soll nach einer Bestimmung der Kaiserin den Namen Kaiserin Auguste Viktoria-Haus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich erhalten. Mit den Bauten soll baldigst begonnen werden.

Bei einem verhängnisvollen Unglücksfall hat gestern der 40 Jahre alte Arbeiter August Wasmann den Tod gefunden. Er war vor einigen Tagen von Liegnitz nach Berlin gekommen und wollte hier Arbeit suchen. Als er gestern an dem Hause Jennstr. 56 vorüberging, wurde er plötzlich von einem Obnmachtsanfall befallen und brach zusammen. Unglückslicherweise führte er in diesem Zustand und zog sich an der linken Halsseite so schwere Verletzungen zu, daß er noch auf dem Transport nach dem Virchow-Krankenhaus starb.

Ueber den Raubvorfall auf der Chaussee Fürstenwalde-Markgraspitze, bei welchem ein Schlosser Dietrich überfallen und beraubt worden sein sollte, ist es auffälligerweise sehr still geblieben. In den Kreisen derjenigen, die die Verhältnisse des Dietrich genauer kennen, steht man der ganzen Geschichte sehr mißtrauisch gegenüber.

Tödlicher Unfall auf einem Bau. Mittwoch vormittag war der 44 Jahre alte Bauarbeiter Gustav Suple mit noch zwei Arbeitern auf einer Zimmerbrücke am dritten Stockwerk des Vordergebüdes des Reichshauses Zeiglerstr. 21 mit dem Aufwinden von Rehrriegeln beschäftigt. Als ein Stapel Rehrriegel hochgehoben war und S. den Sperreleg löste, verlor er das Gleichgewicht und stürzte auf den Kopf hinab. Hierbei erlitt er so schwere innere Verletzungen und Verletzungen am Kopfe, daß er sogleich nach dem Rudolf Virchow-Krankenhaus geschafft werden mußte. Dort starb er kurze Zeit danach, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Die Leiche einer Kubaanten ist gestern aus dem Humboldt-Hafen gelandet worden. Die tote, die erst wenige Tage im Wasser gelegen hat, dürfte etwa 35 Jahre alt gewesen sein. Sie war mit braunem Rock, schwarzer Bluse, weißem Halstuch, blauweiß punktiertes Schürze, grauer Pelzermine und Lederpantoffeln bekleidet. Ihre Leiche wurde zur Befolgung in das Schauhaus eingeliefert.

Infolge Ueberladung brach am Dienstagmorgen eine Seitenwand des Materialschuppens der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken ein. Es ist dies ein aus Balken zusammengesetzter Schuppen, der sich längs der Dampfkompressorstraße hinzieht und in dem mehrere hundert Zentner Material aufbewahrt werden. Am Dienstag,

kurz nach 2 Uhr, stürzte man der Schuppen an der einen Seite mit lautem Krach zusammen. Als ein Wunder ist es zu betrachten, daß niemand verletzt wurde. Eine Anzahl Arbeiter waren gerade mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt; auch zwei Schreiber, welche gerade die Stelle passierten, sind mit dem Schrecken davon gekommen. Wären dieselben nur eine Minute früher dort vorbeigegangen, wären dieselben unter den Trümmern begraben worden. Auffällig ist, daß keiner der Ingenieure, Obermeister oder Meister den Schaden vorher bemerkt und versucht hat, denselben rechtzeitig zu beseitigen.

Straßensperrungen. Die Parochialstraße zwischen Kloster- und Lindenstraße wird behufs Leitung einer Gasleitung vom 21. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt. — Unter Bezugnahme auf § 49 Abs. 1 der Straßenordnung vom 31. Dezember 1899 wird bekannt gemacht, daß die Einfahrt in die Burgstraße von der Königstraße aus in der Richtung nach dem Mühlendamm verboten ist.

Im Prater-Theater wird am heutigen Freitag die Erstaufführung des v. Moser'schen Lustspiels „Der Seilgänger“ stattfinden.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht kam um 12 Uhr in der Linienstr. 13 Feuer aus, das auf seinen Herd — ein Zimmer — beschränkt werden konnte. Kurz vorher war in einer Küche in der Stargarderstr. 22 ein Brand entstanden. Ein zweiter Küchenbrand rief den 8. Zug nach der Raunynstr. 30. Nachts um 2 Uhr stürzte infolge der Glut in der Raunynstr. 45a ein Pferd. Die Wehr versuchte das Tier anzuführen. Es konnte sich aber nicht fortbewegen, weshalb es von der Abdeckeri abgeholt werden mußte. Gestern früh brannte in der Köpenickerstr. 128 Kolophonium u. a. und in der Strelitzerstr. 10 Holz. Säcke usw. auf dem Boden. Betten, Sofa, Schrank, Kasten, Schalbeden standen in der Mirbachstr. 59 in Flammen. Im Laden in der Dresdenerstr. 135 brannten Kartons mit Inhalt. Ferner hatte die Wehr am Südufer zu tun, wo vor dem Grundstück der Neuhotel Asphalt Compagnie ein Kabel der Feuerwehr durchgeschlagen worden war und ein Feuerwehrmann der Linie 4 außer Betrieb gestellt werden mußte. Um eine Ueberflutung zu vermeiden, mußte Zellestr. 15 Wasser ausgepumpt werden. Außerdem liefen noch Feuermeldungen aus der Seehofstr. 69 und von anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Zehlendorf.

Am letzten Dienstag hielt bei zahlreicher Beteiligung der sozialdemokratischen Wähler keine Generalversammlung ab. Bis aus dem Vorstandsbereich hervor, macht der Wählerverein gute Fortschritte. Der Mitgliederstand betrug am 1. Oktober 1905 117, am 31. Dezember 1906 232. Im Ausschluß an den Vorstandsbereich verbreitete sich der Vorkingende Genosse Scheeler mit kurzen Worten über die verflochtenen Reichstagswahlen und die Ursachen, welche unseren Mandatsverlust herbeiführten. Trotz dieses Mandatsverlustes, so fährt Redner aus, hätten wir keine Ursache mutlos zu sein und dem Gerede unserer Gegner, die Sozialdemokratie habe ihren Höhepunkt überschritten, irgend welche Bedeutung beizumessen. Dieser Wahlsieg habe gezeigt, daß es nur zwei sich gegenüberstehende Parteien gibt, auf der einen Seite die Klasse der Besitzenden mit den hunderttausenden unangeführten Volksmassen und auf der anderen die sozialistische Proletariat. Unsere Aufgabe müsse es sein, die Indifferenten für die Ideen des Sozialismus zu gewinnen. Hierfür gibt Genosse Hedding den Ausschlußbericht des verflochtenen Jahres. Der Bibliothekar Genosse Weber forderte, nachdem er den Bericht von der Frequenz der Bibliothek gegeben, die Mitglieder auf, die Bibliothek häufiger in Anspruch zu nehmen als bisher. Es folgten die Vorstandswahlen, welche folgendes Ergebnis hatten: Erster Vorsitzender: Ed. Scheeler, zweiter Vorsitzender: Hm. Koffizier, Otto Steinborn, Schriftführer: Wilh. Blaffert, Weitzer: Otto Jäkel, Sozialkommission: Aug. Borch und Otto Jäkel; Bibliothekar: Rudolf Weber; Revisoren: Karl Schulz und Fritz Ränge; Bezirksführer für den 1. Bezirk: Hermann Schulz; 2. Bezirk: Hermann Böhm; 3. Bezirk: Rudolf Weber; 4. Bezirk: Gustav Wolff. — Der Vorkingende machte auf die Flugblattverbreitung am Sonntag, den 24. Februar, sowie auf die am Freitag, den 15. Februar in Steglitz ins Leben gerufene Arbeiterbildungsschule aufmerksam, gleichzeitig dazu auffordernd, dieselbe möglichst zahlreich zu besuchen.

Treptow-Baumschulweg.

Müßelbastei Kinderarbeiten lautete das Thema, welches Herr Lehrer Oelenburg auf einem am Dienstag von der I. Gemeindegemeinschaft veranstalteten Elternabend behandelte. Auf Grund eigener Beobachtungen an Kindern zeigte Redner an mehreren Beispielen, daß der Lehrer oftmals rat- und hilflos dastehet. Solche Kinderarbeiten seien nicht normal und mühten in Klassen für minderbegabte untergebracht oder aber auf Kosten der Gemeindegemeinschaften für dieselben eingerichtet werden. Solche Kinder bilden, wenn sie gemeinsam mit begabteren Kindern unterrichtet werden, ein Hemmnis für dieselben. Herr Rektor Wankle teilte noch mit, daß, um die Beziehungen zwischen Schule und Haus zu festigen, in nächster Zeit jeder Lehrer einmal im Monat von 8 bis 9 Uhr abends Sprechstunde in der Schule abgehalten wird. Die Beteiligung an den Schultrausübungen, welche für die oberen und mittleren Klassen geöffnet sind, sei nur gering. Mit der Einrichtung des stufenweisen Systems stehe die Schule auf der Höhe, es fehle nur noch die Michaels-Einrichtung, welche aber auch in nicht zu ferner Zeit erfolgen werde. Zum Schluß ersuchte Redner die Anwesenden, die Lehrer in ihrem schweren Berufe zu unterstützen.

Die Einwohnerzahl Treptow-Baumschulwegs betrug am 31. Januar 1907 13 221 Seelen. Davon entfallen auf den Bezirk I innerhalb der Ringbahn 4866. Bezirk II von der Ringbahn bis an den Ortsteil Baumschulweg 909. Bezirk III Ortsteil Baumschulweg 7446. Hierzu kommen noch 668 Mann Militär.

Rummelsburg.

Die vorgesehene Gemeindevorstellung vollzog vorerst die Wahl eines unbesoldeten Gemeindevorsteher. Wie wir bereits ausführlich in Nr. 33 vom 14. d. M. ausführten, hatte der bisherige Gemeindevorstand stellvertretende Amtsvorsteher Lange dieses Amt mit der Motivierung niedergelegt, daß die Inzuchtigkeiten im Gemeindevorstand teilw. mit dem Gemeindevorsteher selbst, einen Zustand geschaffen hätten, der ein gedeihliches Zusammenarbeiten ausschließt. Soll es doch vorgekommen sein, daß in einer Sitzung, in welcher Schöffe Lange eine Frage an den Gemeindevorsteher gerichtet hatte, derselbe sich umdrehte und ihn stehen ließ. Bei der Wahl erhielt nun der bisherige Schöffe Lange 15 Stimmen, auf Direktor Frey, den Kandidaten des Herrn Bürgermeisters, entfielen nur zehn Stimmen; somit ist Lange wiedergewählt. Unter den gegebenen Verhältnissen bedeutet die Wiederwahl Langes gleichzeitig ein Mißtrauensvotum der Gemeindevorstellung gegen den Gemeindevorsteher. Dieses fällt noch besonders dadurch ins Gewicht, weil der Bürgermeister in einer betrüblichen Besprechung, welche unter Ausschluß unserer Vertreter stattfand, erklärt haben soll, daß Herr Lange auf keinen Fall wiedergewählt werden darf, da er mit demselben nicht mehr zusammenarbeiten könne. In dieser vertraulichen Sitzung wurde dann auf Vorschlag des Gemeindevorsteher eine Deputation zu dem früheren Gemeindevorsteher Direktor Frey mit dem Auftrage entsandt, diesem das freigewordene Amt eines Gemeindevorsteher anzutragen. Herr Frey hatte die Ehre auch zu würdigen gewußt und versprochen, das Amt anzunehmen — und nun dieser Reizfall! Wird der Gemeindevorsteher nun die Konsequenz, die er schon einmal in der Angelegenheit des Baummeister Hühls ziehen wollte, jetzt ziehen? — Punkt 1 der Tagesordnung betraf die Subvention des hiesigen Krankenhauses. Nach dem vorgelegten Projekt ist ein Erweiterungsbau für 60 neue Betten in Aussicht genommen. Hierzu soll die Gemeinde eine unkündbare und unterpfändliche Hypothek von

130 000 M. und einen Zuschuß zu den Betriebskosten von jährlich 6-7000 M. auf die Dauer von 10 Jahren gewähren. Die Subvention wird unter folgenden Bedingungen einstimmig beschlossen: 1. Das Krankenhaus muß in derselben Art wie Gemeindefrankenhäuser Kranken jeder Art und Konfession geöffnet sein, die Verpflegungsgelder dürfen die jeweiligen von den Berliner städtischen Krankenhäusern erhobenen Sätze nicht übersteigen. 2. Der politischen Gemeinde Rummelsburg wird ein Drittel der Stimmen im Arbeitsausschuß und eine weitere Stimme im Sanatorium gewährt. 3. Der Bauplan für das neue Krankenhaus ist der Gemeindevertretung zur Begutachtung vorzulegen. 4. Die Gemeinde Rummelsburg erhält das Recht, das neue Krankenhaus nach Ablauf von 10 Jahren zu erwerben. Eine Verpflichtung zur Uebernahme des Krankenhauses besteht dagegen nicht.

Zur Einleitung einer Reorganisation des Feuerlöschwesens wird eine Kommission von sieben Vertretern gewählt. Ferner wird beschlossen, den Kaufpreis für die an den Kanalisationsverband Vichtenberg-Rummelsburg verkauften Grundstücke unserer jetzigen Kanalisationsanlagen im Betrage von 273 084 M. dahin zu teilen, daß 81 072 M. zum Erwerb neuer Ländereien bestimmt werden und daß 191 912 M. von unserer 550 000 M. betragenden Anleihe-schuld dieser Verwaltung gelöst wird.

Ober-Schöneweide.

Siehe an die hiesige Parteipetition gelangte Beschwerden wegen unpünktlicher Lieferung des „Vorwärts“ haben ihren Grund darin, daß diese Abonnenten den „Vorwärts“ bei einem auswärtigen Privatpedagogen abonniert haben, wo eine spätere Zustellung stattfindet. Die hiesige Parteipetition, Edlsonstr. 10 I, befragt die Zustellung bis spätestens 1/7 Uhr früh, und wird ersucht, das Abonnement dort zu bewirken. Die Parteipetition.

Teltow.

Der Ausfall der Reichstagswahl im Kreise Teltow scheint die Teltower Deputierten nicht wenig verschmerzt zu haben, denn jetzt nach drei Wochen seit der Hauptwahl erhielten mehrere Genossen Strafmandate zugeschiedt, weil sie wegen Plakatverstoßes am Tage der Wahl gegen § 9 und 41 des Verfassungsgesetzes vom 12. Mai 1851 verstoßen haben sollen. Am Morgen des 26. Januar prangte an vielen Hauswänden die Aufforderung zur Wahl des Genossen Jubel. Kaum graute der Tag, als auch schon städtische Nachwächter damit beschäftigt waren, die Aufrufe mittels Krake zu entfernen. Selbst der Torweg unseres Parteilokals fand seine Gnade, auch die hier angeklebten Plakate mußten der Krake des Hüfters der Ordnung weichen. Bei dieser Arbeit wurde der Beamte durch einen unserer Genossen zur Rede gestellt, wer ihm dieses Auftrag erteilt hätte. Hierauf antwortete er, von „oben“. Unsere Parteigenossen antworteten darauf mit Plakatträgern. Solche Unverschämtheit mußte natürlich gerochen werden. Wegen das Strafmandat wird selbstverständlich richterliche Entscheidung beantragt, denn was unsere Genossen in Teltow haben die Bürgerlichen allenthalben getan. Der Wirt unseres Parteilokals bekam sogar ein Strafmandat in Höhe von 5 M., weil im Schaufenster seines Lokals ein Wahlauftrag für Jubel ausgehängt war.

Buckow.

Ein nächtlicher Raubfall ist an dem Arbeiter Anton Road aus Buckow verübt worden. R. befand sich auf dem Wege von Buckow nach Briz, als auf der Chaussee plötzlich zwei Männer auftauchten und fragten, wie spät es sei. Anton hatte er die Taschenuhr gezogen, so fielen die beiden über ihn her und schlugen ihn nieder. Sie brachten ihrem Opfer tiefe Striche in den Kopf und in den Armen bei und räubten ihm dann die Taschenuhr sowie das Portemonnaie, das noch den größten Teil des Wochenlohnes enthielt. Passanten, welche später die Verfolgung der Täter aufnahmen, kamen leider nicht zum Ziel.

Potsdam.

Am Freitagabend findet im Lokal Radentz die Mitglieder-Versammlung der Arbeiter-Bildungsschule von Potsdam und Umgebung statt. Der Kursus beginnt voraussichtlich Freitag, den 2. März. Aus dem Lehrplan sei hervorgehoben: Die wirtschaftlich-rechtlichen Fragen der Sozialgesetzgebung: 1. Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Arbeitslosen-Versicherung, 2. Vereinsvereinsgesetzgebung, 3. Arbeiterschutz. Bei diesen so wichtigen Vorträgen ist es Pflicht jedes Arbeiters, sich an dem Kursus zu beteiligen; derselbe erstreckt sich auf 10 Abende und kostet 1 M. Vortragender ist wieder Herr Dr. Goldschmidt. — Am Freitag, den 22. Februar, Aufnahme neuer Mitglieder.

Im Wajkessell verübt. Ein bei einer Herrschaft in der Jägerallee beschäftigtes 16-jähriges Dienstmädchen R. setzte sich gestern während der Mittagszeit auf den Rand eines Waschtisches, rutschte aus und stürzte in das siedende Wasser, wobei es schwere Verbrühungen am Arm und am Oberkörper erlitt. Das Mädchen wurde zu weiterer Behandlung in das städtische Krankenhaus übergeführt.

Gerichts-Zeitung.

Kriminalkommissar Ruds vor Gericht.

Der insbesondere durch den Prozeß „Zur blauen Hölle“ bekannt gewordene Kriminalkommissar Ruds wurde gestern aus der Untersuchungshaft der ersten Strafkammer des Landgerichts II vorgeführt, um sich auf die Anklage des Betruges in drei Fällen und der Unterschlagung in einem Falle zu verantworten. Der Angeklagte befindet sich seit dem 20. Dezember d. J. in Untersuchungshaft. Er war früher in Berlin Polizeioffizier und ist seit dem Jahre 1899 als Kriminalkommissar in Schöneberg tätig. Er ist Mitglied des uniformierten Kriegervereins „Berolina“ und bekleidet daselbst den Rang eines Offiziers. Seine Uniform ist derjenigen eines Offiziers der Artillerie nicht unähnlich. Zurzeit schwebt noch ein auf Grund seiner erheblichen Schulden gegen ihn eröffnetes Disziplinarverfahren. Gegen das Urteil, durch welches er als Polizeioffizier nach Berlin versetzt worden ist, hat er Berufung eingelegt. Wie er gestern ausführlich darlegte, ist er nicht aus Leichtsinne, sondern infolge widriger Umstände in Schanden geraten. Zunächst kam er in eine mißliche Lage, da er auf Grund ungünstiger Disposition nach seiner Versetzung nach Schöneberg eine ganze Zeitlang seine Berliner Wohnung neben seiner Schöneberger Wohnung noch beibehalten mußte. Dann seien häßliche Unglücke und die Verstrickung in Fuchshände dazu gekommen. — Die Anklage beschuldigt nun den Angeklagten, daß er bei einer finanziellen Transaktion, wo er, um einen älteren Wechsel einzulösen zu können, von einem Herrn Schäfer 3000 M. auf zwei Aktepte erhalten hatte, dem Geldgeber in dem Glauben berechtigt habe, er sei Offizier. Herr Ruds war nämlich bei der durch einen Dritten vermittelten Verhandlung mit Herrn Schäfer in der Deutnantsuniform des Kriegervereins erschienen, da er von einer Sitzung des Vereins kam. Der Heuge Schäfer behauptet, daß er Herrn Ruds das Geld nicht gegeben haben würde, wenn er ihn nicht für einen Offizier gehalten und wenn er gewußt haben würde, daß es sich um den Kriminalkommissar Ruds handelt. Die Beweisaufnahme ergab aber, daß der Angeklagte Herrn Schäfer als „Kriminalkommissar Ruds“ vorgestellt worden war und daß Sch. das Geld erst gegeben hatte, nachdem noch zwei Namen auf die beiden Wechsel gesetzt worden waren. Er hat sein Geld teils durch den Angeklagten selbst, teils durch einen Giranten zurückerhalten.

Ein zweiter Fall betraf die Nichtbezahlung einer Hotelrechnung in Stettin im Betrage von 66,75 M. Angeklagter war unter falschem Namen nach Stettin gefahren. Durch Zeugen wurde der Nachweis erbracht, daß der Angeklagte nach Stettin genügende Geldsummen mitgenommen hatte, um seine Rechnung zu bezahlen und daß kurz nach der Abreise der Familie die Frau Ruds auch an das Hotel geschrieben und aufgefordert hatte, die Rechnung an ihre Mutter zu senden, die sie dann auch beglichen hat. — Die beiden letzten Fälle der Anklage mußten verlagert werden, weil

Zeugen fehlten. Der Angeklagte soll am 12. Oktober 1906 sein Mobilcar an einen Verkäufer für 3500 M. verkauft haben, obwohl ein Teil davon schon vorher an einen anderen verkauft worden sei. Ferner soll er eine Schreibmaschine verkauft haben, die angeblich auf Abzahlungsbasis mit ihm einmündig sein soll. — Auch in diesen beiden Fällen, die später verhandelt werden sollen, bestritt der Angeklagte jede Schuld. — Der Staatsanwalt beantragte im Falle Schäfer selbst die Freisprechung, glaubte aber doch, daß sich der Angeklagte in der Hotel-Wirtin einer Beschuldigung schuldig gemacht habe und beantragte deshalb gegen ihn sechs Wochen Gefängnis.

Das Gericht kam in beiden verhandelten Fällen zu einer Freisprechung, da es für erwiesen gelten müsse, daß in beiden Fällen eine betrügerische Absicht auf Seiten des Angeklagten nicht vorlag. Die beiden übrigen Fälle wurden verurteilt. Der Beschuldigte wurde aufgehoben und der Angeklagte aus der Untersuchungshaft entlassen.

Zum Darlehensvermittlungsschwandel.

Eine 23jährige Darlehensvermittlerin stand gestern in der Person des unbedenklichen Gertrud Kuschke vor der achten Strafkammer des Landgerichts I. Die als Kinderärztin ausgebildete Angeklagte betreibt seit ihrem 21. Lebensjahre selbständig das Gewerbe einer Darlehensvermittlerin. Sie bot in Zeitungen durch Annoncen die Vermittlung von Darlehen an, sicherte den Geldsuchenden, die sich an sie wandten, auch das Darlehen zu und ließ sich einen Vorschuß zahlen für ihre Vermittlungen. Das Darlehen selbst machte sie davon abhängig, daß die einzuholende Auskunft die persönlichen Angaben der Darlehenssucher bestätigten würde; das Geld würde entweder von den angelegten hinter ihr stehenden Geldmännern gegeben, oder den Darlehenssuchern eine abschlägige Antwort zuteil werden. Das Schöffengericht hat nun auf Grund einer sehr umfangreichen Beweisaufnahme bezüglich acht einzelner Fälle für festgesetzt, daß die Angeklagte überhaupt keine Geldleute hinter sich hatte, sondern es nur darauf anlegte, von den Darlehenssuchern die Provision zu erlangen, um ihnen dann, gestützt auf eine wenig günstige Auskunft, eine ablehnende Antwort zu erteilen. Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit eines solchen Treibens und in der Annahme, daß die zur Klage stehenden acht Fälle jedenfalls nicht die einzigen seien, erkannte das Schöffengericht auf ein Jahr Gefängnis. — Die Angeklagte legte Berufung ein und ließ vor der Strafkammer den Beweis führen, daß sie in zahlreichen Fällen tatsächlich Darlehen vermittelt, daß sie Geldgeber hinter sich hatte und das ihr gezahlte Geld gar nicht eine „Provision“ darstellte, sondern einen Beitrag zu den Lasten. Das Berufungsgericht erachtete nur zwei Betrugsfälle klar erwiesen und verurteilte die Angeklagte zu zwei Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft.

Ein russischer Agent vor Gericht.

Eine turbulente Casöhanszene bildete den Gegenstand eines Strafprozesses, der gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II zur Verhandlung kam. Wegen Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge war der Mitmeister Alexander v. Sandjanoſſ angeklagt. — Der 40jährige Angeklagte, welcher in Lissib geboren ist, ist russischer Staatsangehöriger und war als Einkäufer und Agent der russischen Regierung in Deutschland tätig. In dem Casé „Imperiale“ in der Potsdamerstraße war Herr von S. längere Zeit Stammgast und wurde hier mit dem Kaufmann Karl Kathansky näher bekannt. Eines Abends fand sich an einem Tische in der Nähe des Büfets eine kleine Gesellschaft zusammen, die in ausgelassener, fröhlichster Stimmung war. Bald knallten die Selbstproben auf Veranstaltung des russischen Mitmeisters. Als die Batterie der Selbstproben einen bald beängstigenden Umfang angenommen hatte, kam es anlässlich der Unterbrechung einer Ansichtskarte zu einer kleinen Meinungsverschiedenheit. Der Angeklagte, der als sehr leicht erregbar und ausdauernd bekannt war, stürzte eine am Tische sitzende Dame ohne jede Veranlassung mit den schönen Worten: „Sie schmutziges, dreißiges Weib!“ An dem Sturm der Entrüstung, der sich über diese Beleidigung erhob, beteiligte sich auch der Kaufmann Kathansky, der dem Angeklagten Vorträge wegen seiner Keueung machte. Es kam zu einer erneuten Auseinandersetzung, nach welcher K. aufstand und sich am Nebentische niederlegte. Plötzlich ergriff der Angeklagte eine vor ihm stehende Selbstflasche und schleuderte sie mit großer Gewalt nach Kathansky. Ehe dieser dem gefährlichen Wurfgeschloß ausweichen konnte, ertönte auch schon ein Schrei und Kathansky fiel bewußtlos und blutüberströmt zu Boden. Die schwere Flasche hatte ihn in die Schläfen-gegend getroffen und eine schwere Verletzung hervorgerufen, an der K. über fünf Wochen krank danielerlag. — In der ersten Verhandlung vor dem Schöffengericht wurde v. Sandjanoſſ auf der milden Strafe von 50 Mark verurteilt. Hiergegen legte der Verletzte Berufung ein, die nunmehr die Strafkammer beschäftigte. Vor Gericht wurde seitens des Nebenklägers ausgeführt, daß der Angeklagte in anderen Lokalen ähnliche Exzesse verübt habe, zum Beispiel im Restaurant Nische, wo er mit Sektgläsern ein vom Bardelement eröffnet habe. Am Tage der damaligen Verurteilung habe der Angeklagte frohlockend über die geringe Beurteilung seinen Freunden ein Souper für fünfzig Mark gegeben. Bei dieser Sachlage ersuchte eine erhebliche Straferhöhung für angebracht, auch erscheine es für gerechtfertigt, dem Nebenkläger eine Ruhe in Höhe von 100 Mark für die ihm entstandenen Arztgebühren zuzubilligen. Das Gericht erkannte an, daß die erkannte Strafe mit Rücksicht auf den großen Ertrag und die schweren Folgen, die dieser zur Folge gehabt habe, zu niedrig sei. Das Urteil lautete deshalb auf 100 M. Geldstrafe, außerdem wurde dem Nebenkläger K. eine Ruhe von 100 M. zugesprochen. Mit dieser gleichfalls milden Strafe gegenüber der mutwilligen und rohen Tat des russischen Agenten vergleiche man die gegen Arbeiter erkannten Strafen, die wegen Handlungen ausgesprochen sind, welche zum Zweck der Verbesserung der Lebenslage des Arbeiters vorgenommen waren.

Die beschlossene Spreewaldlerin.

Ein an Raub grenzender Diebstahl auf einem Postamt, der seinerzeit großes Aufsehen erregte, beschäftigte gestern das Schöffengericht Berlin-Schöneberg. Angeklagt war der Tapezierer Richard Rundi. Am Nachmittage des 31. Januar d. J. wurde die bei dem Geh. Reg.-Rat Dr. Lortz angestellte Spreewaldlerin Anna Hauſchke beauftragt, den Betrag von 150 M. auf dem Postamt in der Landgrabenstraße einzuzahlen. Die Spreewaldlerin begab sich, das aus einem Quaders und einem fünfzigmarkigen bestehenden Geld offen in der Hand haltend, auf das Postamt und wartete dort geduldig, bis sie an die Reihe kam. Sie sah nicht, daß hinter ihr ein Mann stand, dessen Hinterbacken sich nur auf die beiden Taschengelddärme gerichtet war. Als die Kasse mit den beiden Scheinen ein wenig liehangelegt, erschien plötzlich hinter ihrem Kopfe eine Hand und im nächsten Augenblick waren die beiden Scheine verschwunden. Die biedere Spreewaldlerin wachte vor Schreck anfänglich gar nicht, um was es sich handelte. Dann aber war sie wie der Wind hinter dem frechen Dieb her. Auf der Straße ereignete sich nun zur allgemeinen Bestürzung des Publikums, welches nicht den Geringsten der Sache kannte, ein kleiner Wettlauf zwischen dem Dieb und der Spreewaldlerin. Sie packte schließlich den Dieb. Er wurde zur nächsten Polizeiwache gebracht, während die Spreewaldlerin mit den beiden wieder-erlangten Scheinen zur Post ging. — Vor Gericht kam der Angeklagte mit der sonderbaren Ausrede, er wisse nicht, wie er zu der Tat gekommen sei. Wie er annehme, könne nur das infolge seiner Influenza, an der er damals gelitten habe, aufgetretene Nicker davon schuld sein. Der Staatsanwalt beantragte acht Tage Gefängnis. Das Schöffengericht ging jedoch erheblich über diesen Antrag hinaus, da es sich um einen an Raub grenzenden und ziemlich frechen Uebertat handelte. Das Urteil lautete demzufolge auf einen Monat Gefängnis.

Bereinsgesetz zur Rettung vor polnischer Gefahr.

Die Posener Strafkammer verhandelte gestern gegen 14 Mitglieder des Hauptvorstandes des polnischen Vereins „Strag“, und zwar den Vorsitzenden des Vereins von Koscielski, den Reichstags- und Landtagsabgeordneten Bralaten Stachel, Reichstags- und Landtagsabgeordneten v. Dziembowski, Reichstagsabgeordneten v. Mielski, Landtagsabgeordneten Mizerski, den Fürsten Jbidlaus Czartoryski, Stadtrat Cegielski, Dr. Gausonowski, Dr. Rudski-Pleschen, Dr. Maraszczyk-Tuchel, Reichsanwalt Sedda-Kattowitz, Karl Rose, Ingenieur in Friedenau bei Berlin, Apotheker Sigismund Grochowski und Konditoreibesitzer Wischner-Posen wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes. Die Angeklagten wurden bis auf die Mitglieder des Reichstages und Landtages, gegen welche das Verfahren einstweilen eingestellt worden ist, zu je 30 Mark Geldstrafe wegen Nichterfüllung der für politische Vereine vorgeschriebenen Anmeldungen verurteilt. Im Urteil wurde, wie das Wolffsche Telegr.-Bureau meldet, der „Strag“ für einen politischen Verein erklärt, der staatsfeindlichen Tendenzen huldige.

Vor dem Gesetz sind ja wohl nach der Verfassung alle Preußen gleich. Es ist also unerheblich, ob das Gericht die Tendenzen des Vereins für staatsfeindlich hält. Ist der „Strag“ ein „politischer Verein“, so ist es der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der „Katholikenverein“ usw. zweifellos auch. Haben diese Vereine die vorgeschriebene Meldepflicht in jedem Falle erfüllt, ihre Sitzungen angemeldet usw.? Wenn nicht, warum ist nicht auch gegen sie ein hochnotpeinliches Gerichtsverfahren eingeleitet?

Berweiterung der Einsichtnahme in die Kommunalwählerliste führt nicht immer zur Ungültigkeit der Wahl. Eine Klage auf Ungültigkeitserklärung der Stadtverordnetenwahlen der ersten und zweiten Abteilung, die in Ahlen am 8. November 1906 stattgefunden haben, war vom Bezirksauswahlschuss Münster abgewiesen worden. Die Kläger legten Berufung ein und machten unter anderem geltend, bei der Offenlegung der Wählerliste in der dafür gesetzlich vorgeschriebenen Zeit sei nicht richtig verfahren worden. Man habe die Einsichtnahme beschränkt. In der Beziehung wurde durch die Beweisaufnahme festgestellt, daß die Liste einem Bürger, der sie einsehen wollte, vorgelegt wurde, daß ihm aber der Stadtkreisler erklärte, Notizen dürften nicht entnommen werden.

Der zweite Senat des preussischen Oberverwaltungsgerichts wies die Berufung zurück und führte aus: Feststehe, daß die Einsicht der Liste gestattet sei. Es frage sich nun, ob die Erklärung des Sekretärs, Notizen dürften nicht entnommen werden, eine so schlimme Unregelmäßigkeit sei, daß sie die Zwecke des Auswahlsverfahrens vereitelt und somit die Wahlen ungültig mache. Das Oberverwaltungsgericht gehe allerdings davon aus, daß die Entnahme von Notizen aus der Wählerliste nicht unzulässig sei, aber nur soweit, als nicht andere in ihren Interessen dadurch verletzt würden, z. B. durch zu lange Dauer. Als unzulässig ist nicht notwendig sehr das Recht, in dessen die Gestaltung der Entnahme von Notizen aus der Wählerliste nicht an. Also könne es die Verweigerung der Entnahme von Notizen hier nicht als eine so grobe Unregelmäßigkeit ansehen, daß sie die freitragenden Wahlen ungültig mache. Die Ungültigkeit sei daher anzuerkennen.

Kommunales.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Den Stadtverordneten lag für ihre gestrige Sitzung eine sehr lange und inhaltreiche Tagesordnung vor. Die Ausschuhberichterstattung über die Neuregelung der Lehrergehälter wurde vorweggenommen. Im Ausschuh ist eine Einigung mit dem Magistrat erzielt worden, und die Versammlung hat gestern den Vorschlägen des Ausschusses zugestimmt. Die Redner der einzelnen Fraktionen äußerten ihre Befriedigung darüber, daß der Streit um die Lehrergehälter endlich geschlichtet ist. Genosse Singer meinte, man könne dem Kompromiß, das da geschlossen worden ist, mit einem heiteren und einem nassen Auge zustimmen. Oberbürgermeister Kirchner gab ganz kurz die Erklärung ab, auch der Magistrat stimme zu. Er sagte das in so kühlem Tone, daß man fast annehmen möchte, den Herren Oberbürgermeister schmerze selbst das wenige an Entgegenkommen, daß er sich schließlich doch noch hat abringen lassen.

Die Ausschuhberichterstattung über die Zuwendungen an Vereine führte zweimal zu bemerkenswerten Debatten. Der Zusatz, den der Magistrat dem „Bein zur Beförderung der Kleinkinderbewahranstalten“ bewilligen will, war im Ausschuh gefürzt worden. Im Plenum beantragte die sozialdemokratische Fraktion, den höheren Zuschuh zu gewähren — unbedacht des grundsätzlichen Standpunktes, daß solche Anstalten am besten von der Gemeinde einzurichten und zu betreiben sind. Genosse Jadel begründete den Antrag. Er schilderte die unzulängliche Verpflegung, die gegenwärtig in den Kleinkinderbewahranstalten geboten werden kann, und gelangte zu dem Schluß, daß der Verein ohne höheren Zuschuh gar nicht weiter bestehen könne. Der Antrag wurde schließlich angenommen. Weniger Erfolg hatten unsere Genossen mit einem Antrag, der den „Zentralverein für Arbeitsnachweis“ betraf. Die Erhöhung des diesem Verein zu gewährenden Zuschusses, die vom Magistrat empfohlen wird, war gleichfalls vom Ausschuh verworfen worden. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, die Versammlung solle den Magistrat ersuchen, die Uebernahme des Arbeitsnachweises in städtische Verwaltung herbeizuführen. Genosse Glöck zeigte die Notwendigkeit dieser Maßregel, die nicht mal etwas Neues und Unerhörtes wäre. Er erinnerte daran, daß in zahlreichen anderen Städten, namentlich in Süddeutschland, seit langem kommunale Arbeitsnachweise bestehen. Berlin solle also nur nachhaken, was es so lange veräumt hat. Ein wirklich leistungsfähiger Arbeitsnachweis, wie er im Interesse der Arbeiterbevölkerung gefordert werden muß, könne auf die Dauer nicht von einem Verein als privates Unternehmen betrieben werden. Glöck erwähnte in seinen interessanten Ausführungen auch die Kämpfe, die zwischen den Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber um die Arbeitsnachweise geführt worden sind, und sprach von dem Terrorismus der Arbeitgeber, der in diesen Kämpfen zutage getreten ist. Das murkte natürlich Herrn Rosenow, den Schlichter der Arbeitgeber. Er erwiderte, der Terrorismus der Arbeitnehmerverbände sei noch viel größer, sei geradezu unerträglich geworden — und die Mehrheit stimmte ihm eifrig zu. Von einer Uebernahme des Arbeitsnachweises in städtische Verwaltung wollte Herr Rosenow natürlich nichts hören. Außer der sozialdemokratischen Fraktion trat überhaupt niemand für diese Forderung ein, auch nicht die „sozial-fortschrittlichen“ Männer — und der Antrag wurde dann mit erdrückender Mehrheit abgelehnt. Angenommen wurden dagegen die Anträge Rosenow, dem Verein die vom Magistrat empfohlene höhere Unterstützung zu gewähren und ihm auch den Ausbau seines Dienstboten-

Aus dem weiteren Verlauf der Sitzung sei noch der Beschluß erwähnt, der den endlichen Beginn des Baues der städtischen Straßenbahnen betrifft. Genosse Singer wies hier den oft gehörigen Vorwurf zurück, daß die Stadtverwaltung für die Verzögerung der Bauausführung verantwortlich zu machen sei. Dieser Vorwurf sei lediglich der Aufsichtsbehörde zu machen, die der Gemeinde immer wieder neue Schwierigkeiten bereite.

Aus der Frauenbewegung.

Berufungen — Veranstaltungen.

Zeltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Sonntag, den 24. Februar, nachmittags 4 Uhr: Kreisversammlung in Brüg, im Lokale „Völschung“, Rudowertstraße, Wirt Häbner. Vortrag: „Reichstags-Abgeordneter Frey Jubel: Die Frau im politischen Kampfe“. Bericht der Vertrauensperson. Neuwahl der Vertrauensperson für Brüg und der Kreisvertrauensperson. Berlin für die Interessen der Hausangehörten. Unterhaltungsabend: Sonntag, den 24. Februar, bei Rürich, Steglitzerstr. 35. Anfang 8 Uhr. Gäste willkommen. Berlin. Montag, den 25. Februar, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72: „Die Philosophie der Entwidlung“ (Friedrich Nietzsche). Referent: Kurt Göner. Moabit. Dienstag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, in Peters „Moabiter Gesellschaftshaus“, Wielestr. 24: Vollerversammlung. Vortrag, W. Döwll: „Frauenbewegung und politische Entwidlung“.

Vermischtes.

Hochwasser und Sturmschäden.

Der Wasserstand des Rheines hat nach Kölner Meldung eine Höhe von 2,98 Meter erreicht. Aus St. Johann wird berichtet, daß die Schifffahrt wegen Hochwassers eingestellt ist; die Saar ist so schnell gestiegen, wie seit 15 Jahren nicht. Das Wasser steigt noch weiter. Auch die Mosel ist, wie eine Trierer Meldung besagt, im Laufe des gestrigen Tages bedeutend gestiegen und steigt weiter. Sie hat die Höhe der Kempfede beinahe erreicht. Aus einigen Stellen des Vorortes St. Barbara wurde wegen Hochwassererforders das Vieh entfernt. Der Bahnbetrieb mußte eingestellt werden. Wie aus Paris gebrähtet wird, sind infolge furchtbaren Sturmes die telephonischen Verbindungen zwischen Paris und London unterbrochen.

Ein dreifacher Raubmord, der im April vorigen Jahres in dem märkischen Dorfe Wiebelsdorf bei Jälichau verübt worden ist, hat jetzt endlich seine Klärung gefunden. Wie vor einiger Zeit mitgeteilt worden ist, wurde der Arbeiter Johann Kosski in Romst unter dem dringenden Verdacht verhaftet, vor anderthalb Jahren den Knecht Andries aus dem Schloßvorker bei Romst ermordet zu haben. Der Knecht war damals verschwunden, ohne daß man über seinen Verbleib etwas ermitteln konnte. Vor drei Wochen bemerkte eine Schwester des Andries, daß Kosski Kleidungsstücke des Vermissten trug, und der daraufhin verhaftete Arbeiter gestand dann auch ein, den Knecht ermordet zu haben. Die Staatsanwaltschaft stellte nun fest, daß der Räuber sich im Frühjahr 1906 in der Gegend von Jälichau aufgehalten hatte. Dem Kosski wurde auf den Kopf zugelegt, daß er damals das Geislerische Ehepaar und deren Tochter in Wiebelsdorf ermordet hätte, und K. legte dann auch nach anfänglichen Leugnen ein Geständnis ab, durch welches seine Täterschaft erwiesen wurde. Der vierfache Mörder, der sich zurzeit im Untersuchungsgefängnis in Refers befindet, war damals als Ausschuh-arbeiter bei G. beschäftigt gewesen.

Primanerliebe. Mit dem 19jährigen Primaner Gufung unterhielt die um 25 Jahre ältere Apotheker-Ehefrau Heppich in Herbst ein Liebesverhältnis. Die Folge war ein Kind, dessen Leiche der Gemann der Frau geraume Zeit später im Keller vorfand. Die Frau ist beschuldigt, das Kind getötet, der Primaner ihr Beistand geleistet zu haben. Der Primaner bestreitet jede Schuld. Die Apothekerfrau behauptet, das Kind sei tot zur Welt gekommen. Die medizinischen Sachverständigen behaupten übereinstimmend, daß das Kind zweifellos mehrere Stunden gelebt habe. Die Geschworenen des Schwurgerichts Deffau sprachen Frau Heppich der versuchten Abtreibung und fahrlässigen Kindesmordung unter Zustimmung mildernder Zustände schuldig. Dufung wurde der Begünstigung schuldig erachtet. Das Urteil lautete für Frau Heppich auf ein Jahr sieben Monate, für Dufung auf einen Monat Gefängnis.

Ein Kind als Mörder. Ein Mord wurde an dem sechsjährigen Söhnchen des Landwirts Bollmers in Weiffeld bei Verlesburg verübt. Ein zu Besuch weilender vierzehnjähriger Knabe namens Hoffmann hat den Jungen, nachdem er versucht, ihn zu ertränken, geschlagen und ihn dann mit einem Messer so schwere Verletzungen beigebracht, daß das Kind starb.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markt-Sallen-Direktion (Großhandel). Rindfleisch Ia 68-73 pr. 100 Pfd., IIa 62-67, IIIa 56-61, IVa 48-54, bän. Bullen 60-65, voll. 0,00. Kalbfleisch, Doppelwender 110-125, Ia 80-88, IIa 70-78, IIIa 50-66, bän. 62-68, bän. 60-68. Gammelfleisch Ia 67-76, IIa 50-65, Schweinefleisch 50-58, Rehmilch, plombiert, per 100 0,55-70, Rehmilch 0,45-0,57, Rohmilch Ia 0,00, Danziger 0,45-0,65, da. Käse 0,00, Bismilchme 0,25 bis 0,50, Reischlinge 0,40-0,64, Hasen, plombiert, per Stück 3,00-3,35, da. II 1,65-2,50, Kaninchen per Stück 0,60-0,90, Wildenten per Stück 1,25-1,75, Gänser, alte per Stück 1,30-1,90, da. IIa 0,90-1,25, da. junge per Stück 0,00, Tauben per Stück 0,60-0,90, junge keine 0,00, Italienische 0,00, Unten per Stück 1,50-2,70, bän. Danziger junge per Stück 2,50-3,75, Gänse, Hamburger per Hund 1,10-1,20, Eis 0,50-0,82, Rechte per 100 Pfund 88-108, groß 80, klein 0,00, Zander 0,00, klein 0,00, Schlei, unfortiert 125, klein 134-141, Hele 0,00, Kalle, groß 0,00, mittel 96-103, klein und mittel 0,00, Wägen matt 0,00, groß 52-62, klein 46, Raupfen, 70-90er 58-57, da. unfortiert 61-67, Bunte Röhre 72, Barke, matt 0,00, da. 70-75, Storaufen 0,00, Weis 0,00, Quappen 0,00, Reische 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer per 100 Pfd. 110-130, da. IIa neuer 90-100, da. IIIa neuer 75, Seelachs 25-30, Sprotten, Reifer, Ball 1,00-1,25, Danziger, Riste 1,20, Ränder, Reifer, Stange Ia 3-4, da. mittel per Riste 2-3, Damb, Stange 4-6, halbe Riste 1,50-2, Bäcklinge, per Ball Reifer 3,50-3,00, Straubler 0,00, Kalle, groß per Pfd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,90, Enten per Schoß 5-9, Scheuchische Riste 3-6, da. 1/2, Riste 3,00, Stahlium, p. 100 Pfd. 25-30, Heilbut 0,00, Sardellen, 1902er per Kiste 95, 1904er 93, 1906er 90, 1906er 75-80.

Witterungsübersicht vom 21. Februar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Baromet. (hoh. mm)	Windrichtung	Windstärke	Temper. (hoh. u. n. C.)	Stationen	Baromet. (hoh. mm)	Windrichtung	Windstärke	Temper. (hoh. u. n. C.)
Emmende	728 0,2	8 Regen	2	4	Dabrand	728 0,2	0	0	3
Damburg	729 0,1	6 wolllig	3	3	Petersburg	733 0,0	4	0	2
Berlin	731 0,2	4 Schnee	2	2	Schiff	759 0,2	6	0	7
Frankfurt a. M.	741 0,2	6 Schnee	2	1	Aberdeen	714 0,2	6	0	0
München	745 0,2	7 d. d. b. b.	2	1	Paris	762 0,0	4	0	4
Wien	743 0,2	4 bedekt	2	1					

Wetter-Prognose für Freitag, den 22. Februar 1907. Ein wenig Milder, zeitweise aufklarer, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und abnehmenden nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 21. Februar. Elbe bei Ruffig — Meter, bei Dresden — 0,85 dm. — Elbe bei Radeburg 1,67 Meter, eisfrei. — Elbe bei Straußfurt — Meter. — Oder bei Rathor 1,76 Meter. — Oder bei Breslau Oberpegel — 1,02 Meter. — Reipenauung 2,99 Meter. — Oder bei Ruffig 2,98 Meter. —

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenleibern... Verkauft zu billigen Preisen...

Teppiche! (Fehlerliste) in allen Größen... Verkauft zu billigen Preisen...

Teppiche! (Fehlerliste) in allen Größen... Verkauft zu billigen Preisen...

Teppiche! (Fehlerliste) in allen Größen... Verkauft zu billigen Preisen...

Teppiche! (Fehlerliste) in allen Größen... Verkauft zu billigen Preisen...

Teppiche! (Fehlerliste) in allen Größen... Verkauft zu billigen Preisen...

Teppiche! (Fehlerliste) in allen Größen... Verkauft zu billigen Preisen...

Teppiche! (Fehlerliste) in allen Größen... Verkauft zu billigen Preisen...

Teppiche! (Fehlerliste) in allen Größen... Verkauft zu billigen Preisen...

Teppiche! (Fehlerliste) in allen Größen... Verkauft zu billigen Preisen...

Teppiche! (Fehlerliste) in allen Größen... Verkauft zu billigen Preisen...

Teppiche! (Fehlerliste) in allen Größen... Verkauft zu billigen Preisen...

Patentanwalt Bessel, Giffhauer-Strasse 94a. 9273*

Patentanwalt Bessel, Giffhauer-Strasse 94a. 9273*

Patentanwalt Bessel, Giffhauer-Strasse 94a. 9273*

Patentanwalt Bessel, Giffhauer-Strasse 94a. 9273*

Patentanwalt Bessel, Giffhauer-Strasse 94a. 9273*

Patentanwalt Bessel, Giffhauer-Strasse 94a. 9273*

Patentanwalt Bessel, Giffhauer-Strasse 94a. 9273*

Patentanwalt Bessel, Giffhauer-Strasse 94a. 9273*

Patentanwalt Bessel, Giffhauer-Strasse 94a. 9273*

Patentanwalt Bessel, Giffhauer-Strasse 94a. 9273*

Patentanwalt Bessel, Giffhauer-Strasse 94a. 9273*

Patentanwalt Bessel, Giffhauer-Strasse 94a. 9273*

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verein der Einsetzer Berlins. Achtung! Bauarbeiter!

Wegen der Aussperrung in der Berliner Holzindustrie sind folgende Bauten gesperrt: 78/5

Bauten der Firma Sawataki: Sude, Württembergische Str. 37

Bauten der Firma Jäger, Charlottenburg: Charlottenburg, Straße 26, Parz. 25

Bauten der Firma Jarotki: Jagdfeld, Glienide.

Bauten der Firma Plagemann: Fürstentof, Potsdamer Platz

Bauten der Firma Traxel: Schallhorn u. Köhl, Tempelhofer

Bauten der Firma Iden: Bodanstraße in Panlow neben dem

Bauten der Firma Dombrowsky: Tempelhofer, Germania u. Gottlieb

Bauten der Firma Margardt: Rixdorf, Weiss- u. Rixstr. 40

Bauten der Firma Ziehe: Charlottenburg, Tauroggenstr. 46

Bauten der Firma Emmeluth, Rixdorf: Gewerkschaftshaus der Metall-

Bauten der Firma Schmidt, Frankfurter Allee: Dudenardstr. 5, Dose.

Bauten der Firma Powesin: Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 12

Bauten der Firma Prill, Fährbringerstraße: Herms, Charlottenburg, Suarez-

Bauten der Firma Wals: Nach, Liebenburger- und Pfalz-

Bauten der Firma Sperling & Kapelke: Brühl, Berder- u. Ringlust-Str.

Bauten der Firma Schirmer: Dreier, Nikolafsee, Mehmsie.

Bauten der Firma Wagenknecht: Sprede, Büchelstr. 17.

Bauten der Firma Akt.-Ges. für Bauausführung: Nord u. Laffer, von der Heide-

Bauten der Firma Repke, Charlottenburg: Lorenz, Seidelstr. 47.

Bauten der Firma Gebr. Schaar: Jeder u. Klaffen, Lichtenberg.

Bauten der Firma Schudert: Rix u. Genest, General Papestrasse.

Bauten der Firma Kussia: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203.

Bauten der Firma Walter, Reinickendorf: Gemeindefchule, Reinickendorf.

Bauten der Firma Küssner: Rixdorf, Weiss- u. Rixstr. 40

Bauten der Firma Schalenburg, Charlottenburg: Anstalt, Wangerheimstr. 40

Bauten der Firma Altmann, Lippcherrstr. 23: See u. Waldlaquetstrassen-Str.

Bauten der Firma Oehlschlägel: Late, Charlottenburg, Ullmannstr.

Bauten der Firma Räder & Comp.: Samsal, Malmstrasse, Ude

Bauten der Firma C. Prächel, Langenstr. 10: Dahlem, Botanischer Garten.

Bauten der Firma Thal, Lehrterstr. 44: Richtenberg, Steglitz, Friedrichstr. 6

Bauten der Firma Heinemann: Sophie Charlottenstrasse, Ude

Bauten der Firma Akt.-Ges. für Bauausführung: Nord u. Laffer, von der Heide-

Bauten der Firma Repke, Charlottenburg: Lorenz, Seidelstr. 47.

Bauten der Firma Gebr. Schaar: Jeder u. Klaffen, Lichtenberg.

Bauten der Firma Schudert: Rix u. Genest, General Papestrasse.

Bauten der Firma Kussia: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203.

Bauten der Firma Walter, Reinickendorf: Gemeindefchule, Reinickendorf.

Bau der Firma Seeger, Nieder-Schönhausen, Bismarckstr. 39

Bau der Firma Mitsch, Varusstr. 22: Christburgerstr. 41.

Bau der Firma Krause in Rixdorf: Rudolf u. Lempe, Mariendorf,

Bau der Firma Schmidt & Co., Schönhauser Allee: Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Sieg-

Bau der Firma Pasch, Varusstr. 35: Duggenbagen, Lichtenberg, Wart-

Bau der Firma P. Peschel & Söhne: Rixdorf, Hermannstr. 32, Bauge-

Bau der Firma Geisler, Diefenbachstr. 129: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129

Bau der Firma Metz, Urbanstr. 14: Tempelhofer, Chlauerstrasse.

Bau der Firma Törner & Schariou: Gr. Frankfurterstr. 120.

Bau der Firma G. Bruns, Vopyrstr. 1: Bismarckstr. 71/72, Geise.

Bau der Firma Völker, Tempelhofer: Gräf, Vornholmerstrasse, Ude Schön-

Bau der Firma Stahl, Kurfürstentorstr. 37: Ueberholz, Kurfürstendam 170.

Bau der Firma Lindgren, Rixdorf: Rahmann, Bräudenstr. 2

Vermietungen.

Wohnungen. Prachtige Einzel- und Dreizimmer-

Schlafstellen. Teilnehmer zur möblierten Schlaf-

Mietsgesuche. Möbliertes Zimmer oder Schlaf-

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche. Blinder Studienter bietet um

Stellenangebote. Grabenlehrer verlangt Tauchert,

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene

Gürtelarbeiter

Achtung! Bauarbeiter! Die Bauten der Firma Vereingte

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Da wir am 1. April d. J. das Restaurant des Gewerkschaftshauses

Defonomen.

Wegen der Aussperrung in der Berliner Holzindustrie sind folgende Bauten gesperrt: 78/5

Bauten der Firma Sawataki: Sude, Württembergische Str. 37

Bauten der Firma Jäger, Charlottenburg: Charlottenburg, Straße 26, Parz. 25

Bauten der Firma Jarotki: Jagdfeld, Glienide.

Bauten der Firma Plagemann: Fürstentof, Potsdamer Platz

Bauten der Firma Traxel: Schallhorn u. Köhl, Tempelhofer

Bauten der Firma Iden: Bodanstraße in Panlow neben dem

Bauten der Firma Dombrowsky: Tempelhofer, Germania u. Gottlieb

Bauten der Firma Margardt: Rixdorf, Weiss- u. Rixstr. 40

Bauten der Firma Ziehe: Charlottenburg, Tauroggenstr. 46

Bauten der Firma Emmeluth, Rixdorf: Gewerkschaftshaus der Metall-

Bauten der Firma Schmidt, Frankfurter Allee: Dudenardstr. 5, Dose.

Bauten der Firma Powesin: Wilmersdorf, Brandenburgische Str. 12

Bauten der Firma Prill, Fährbringerstraße: Herms, Charlottenburg, Suarez-

Bauten der Firma Wals: Nach, Liebenburger- und Pfalz-

Bauten der Firma Sperling & Kapelke: Brühl, Berder- u. Ringlust-Str.

Bauten der Firma Schirmer: Dreier, Nikolafsee, Mehmsie.

Bauten der Firma Wagenknecht: Sprede, Büchelstr. 17.

Bauten der Firma Akt.-Ges. für Bauausführung: Nord u. Laffer, von der Heide-

Bauten der Firma Repke, Charlottenburg: Lorenz, Seidelstr. 47.

Bauten der Firma Gebr. Schaar: Jeder u. Klaffen, Lichtenberg.

Bauten der Firma Schudert: Rix u. Genest, General Papestrasse.

Bauten der Firma Kussia: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203.

Bauten der Firma Walter, Reinickendorf: Gemeindefchule, Reinickendorf.

Bauten der Firma Küssner: Rixdorf, Weiss- u. Rixstr. 40

Bauten der Firma Schalenburg, Charlottenburg: Anstalt, Wangerheimstr. 40

Bauten der Firma Altmann, Lippcherrstr. 23: See u. Waldlaquetstrassen-Str.

Bauten der Firma Oehlschlägel: Late, Charlottenburg, Ullmannstr.

Bauten der Firma Räder & Comp.: Samsal, Malmstrasse, Ude

Bauten der Firma C. Prächel, Langenstr. 10: Dahlem, Botanischer Garten.

Bauten der Firma Thal, Lehrterstr. 44: Richtenberg, Steglitz, Friedrichstr. 6

Bauten der Firma Heinemann: Sophie Charlottenstrasse, Ude

Bauten der Firma Akt.-Ges. für Bauausführung: Nord u. Laffer, von der Heide-

Bauten der Firma Repke, Charlottenburg: Lorenz, Seidelstr. 47.

Bauten der Firma Gebr. Schaar: Jeder u. Klaffen, Lichtenberg.

Bauten der Firma Schudert: Rix u. Genest, General Papestrasse.

Bauten der Firma Kussia: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203.

Bauten der Firma Walter, Reinickendorf: Gemeindefchule, Reinickendorf.

Bau der Firma Seeger, Nieder-Schönhausen, Bismarckstr. 39

Bau der Firma Mitsch, Varusstr. 22: Christburgerstr. 41.

Bau der Firma Krause in Rixdorf: Rudolf u. Lempe, Mariendorf,

Bau der Firma Schmidt & Co., Schönhauser Allee: Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Sieg-

Bau der Firma Pasch, Varusstr. 35: Duggenbagen, Lichtenberg, Wart-

Bau der Firma P. Peschel & Söhne: Rixdorf, Hermannstr. 32, Bauge-

Bau der Firma Geisler, Diefenbachstr. 129: Großer Jahn, Schönhauser-Allee 129

Bau der Firma Metz, Urbanstr. 14: Tempelhofer, Chlauerstrasse.

Bau der Firma Törner & Schariou: Gr. Frankfurterstr. 120.

Bau der Firma Völker, Tempelhofer: Gräf, Vornholmerstrasse, Ude Schön-

Bau der Firma Stahl, Kurfürstentorstr. 37: Ueberholz, Kurfürstendam 170.

Bau der Firma Lindgren, Rixdorf: Rahmann, Bräudenstr. 2

Bau der Firma Lindgren, Rixdorf: Rahmann, Bräudenstr. 2

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den